



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



JAHRE
IM BUND
MIT DER KULTUR

IM BUND MIT DER KULTUR

Kultur- und Medienpolitik der Bundesregierung



„Kunst und Kultur sind Ausdruck einer humanen Gesellschaft und einer lebendigen Demokratie. Wir brauchen sie als Kompass zur Orientierung und Selbstvergewisserung – heute mehr denn je.“

Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB,
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

26 Kultur



20 Humboldt Forum



102 Erinnern
und
Gedenken



136 Film



146 Medien



4	Die Kultur- und Medienpolitik des Bundes – ein Überblick
12	20 Jahre „Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien“
20	Humboldt Forum
26	Kultur
28	Bedeutende Kultureinrichtungen
42	Künstlerische Freiheit
52	Literatur und Musik, darstellende und bildende Kunst
66	Kulturelle Bildung und Integration
76	Provenienzforschung und Restitution
84	Kulturgutschutz
90	Denkmalschutz
96	Kulturelles Erbe der Deutschen im östlichen Europa
102	Erinnern und Gedenken
108	Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
118	Aufarbeitung der SED-Diktatur
130	Orte der Demokratiegeschichte
136	Film
138	Filmförderung
146	Medien
152	Digitalisierung
158	Medienkompetenz
161	Die Deutsche Welle
164	Kontakt/Impressum



DER DEUTSCHEN KUNST MDCCCLXVI



KULTUR- UND MEDIENPOLITIK DES BUNDES – EIN ÜBERBLICK

Unser demokratische Gesellschaft lebt ganz wesentlich von den Anregungen und Denkanstößen der Kultur und der freien Künste. Hier entstehen Spiegelräume der Gesellschaft, die kritische Debatten antreiben, Konflikte verhandeln, unsere kulturellen Werte mit der Wirklichkeit konfrontieren und so zu Verständigung, Toleranz und gesellschaftlichem Zusammenhalt beitragen.

Die Freiheit der Kunst zu schützen und mit passenden Rahmenbedingungen ein florierendes Kulturleben zu ermöglichen – das ist die Aufgabe des Staates und vornehmste Pflicht der Kulturpolitik.

Unser kulturelles Erbe ist uns durch vorherige Generationen anvertraut. Es wirkt bis in unser heutiges Selbstverständnis hinein und prägt auch kommende Generationen. Damit Deutschlands kulturelles Erbe für die Nachwelt erhalten bleibt, braucht es unsere Wertschätzung und Fürsorge.

Zum Fundament unserer Demokratie gehören auch freie und vielfältige Medien. Daher sind die Presse- und Rundfunkfreiheit im Grundgesetz verankert. Auch hier gilt es – vor allem mit Blick auf die digitale Revolution – zeitgemäße Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese Freiheit und Vielfalt schützen.



◀ Alte Nationalgalerie
auf der Berliner
Museumsinsel



◀ Allgemeiner Lesesaal der
Staatsbibliothek zu Berlin,
Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Kulturföderalismus – ein bewährtes Modell

Den kulturellen Reichtum Deutschlands verdanken wir insbesondere seiner vielfältigen, historisch gewachsenen Kulturlandschaft in den Regionen. Im internationalen Vergleich hat Deutschland ein besonders dichtes Netz an Kultureinrichtungen. Nicht nur in Ballungsräumen, auch in kleineren Städten und auf dem Land gibt es eine bunte Vielfalt an Kulturangeboten.

Diese gewachsene Struktur hat sich dank des Kulturföderalismus der Bundesrepublik stetig weiterentwickelt. Dabei gilt der Grundsatz der „Kulturhoheit der Länder“, die auch im Grundgesetz angelegt ist. Das heißt, in Deutschland sind in erster Linie die Bundesländer für die Kultur- und Medienförderung verantwortlich. Sie bestreiten etwa 41 Prozent der Gesamtausgaben. Die Kommunen tragen an den Kulturausgaben mit rund 45 Prozent den größten Anteil. Der Bund übernimmt mit rund 1,3 Milliarden Euro etwa 14 Prozent der Kosten. Er ist dabei für kulturelle Einrichtungen und Projekte von nationaler Bedeutung zuständig.

Kulturausgaben von Bund, Ländern und Kommunen

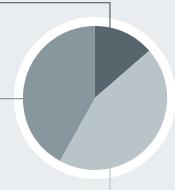
Insgesamt ca. 9,9 Milliarden Euro
Kulturausgaben der öffentlichen Hand
in Deutschland

davon

13,6 % Bund

41,0 % Bundesländer

45,4 % Kommunen



(Quelle: Kulturfinanzbericht 2016,
bezogen auf das Jahr 2013)

„Kunst- und Kulturförderung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, die uns als Kulturnation eint.“

Kulturstaatsministerin
Monika Grütters

Kooperativer Kulturföderalismus

Um bestmögliche Bedingungen für Kunst und Kultur zu schaffen, müssen Bund, Länder und Kommunen konstruktiv zusammenarbeiten. Auf Initiative von Kulturstaatsministerin Monika Grütters finden daher zweimal im Jahr gemeinsame Gespräche mit den Kulturministerinnen und -ministern der Länder, Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände sowie der Kulturstiftungen der Länder und des Bundes statt.

So trägt der Bund dazu bei, unser kulturelles Erbes zu erhalten, und sorgt mit dafür, dass sich Kunst und Kultur überall in Deutschland entfalten können – in den Ballungsräumen, aber auch in den Regionen.

Welche Rolle spielt der Bund?

Der Bund nimmt in der Kultur- und Medienpolitik Aufgaben von gesamtstaatlicher Bedeutung wahr:

- Er sorgt mit Bundesgesetzen für günstige Rahmenbedingungen für Kultur und Medien – zum Beispiel durch ein Urheberrecht, das Künstlerinnen und Künstlern eine faire Beteiligung an der Wertschöpfung aus ihren Werken ermöglicht.
- Er fördert Kultureinrichtungen und Projekte von nationaler Bedeutung – unter anderem die Deutsche Nationalbibliothek, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die Berlinale.
- Die kulturelle Repräsentation der Bundesrepublik in der Hauptstadt Berlin ist ebenfalls Aufgabe des Bundes. Beispiele sind das Humboldt Forum, die Akademie der Künste und der vom Bund finanzierte Hauptstadtkulturfonds.
- Außerdem vertritt der Bund Deutschland in verschiedenen internationalen Gremien wie dem EU-Kultur- und Medienministerrat in Brüssel.
- Für Länder und Kommunen ist der Bund ein verlässlicher Partner, der dem kulturellen Leben in ganz Deutschland Impulse gibt und durch ergänzende Fördermaßnahmen viele Vorhaben möglich macht.



Die Kultur- und Medienstaatsministerin im Kanzleramt

Um die kultur- und medienpolitischen Aufgaben des Bundes zu bündeln, wurde 1998 das Amt und die oberste Bundesbehörde der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geschaffen. Die Beauftragte hat zugleich die Funktion einer Staatsministerin für Kultur und Medien bei der Bundeskanzlerin. Als solche hat sie ihr Büro im Bundeskanzleramt und nimmt an den Sitzungen des Bundeskabinetts teil.

Seit Dezember 2013 ist die langjährige Kulturpolitikerin und Bundestagsabgeordnete Monika Grütters Kultur- und Medienstaatsministerin.

◀ Bundeskanzlerin Angela Merkel überreicht im März 2018 Monika Grütters die Ernennungsurkunde für die zweite Amtszeit als Staatsministerin für Kultur und Medien

Die Behörde der Kultur- und Medienstaatsministerin

Die Kulturstaatsministerin ist auch Leiterin einer Obersten Bundesbehörde, ähnlich einem Ministerium, in der rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Berlin und Bonn tätig sind.

Zum nachgeordneten Verantwortungsbereich der Kulturstaatsministerin gehören:

- das Bundesarchiv mit seinen acht Standorten deutschlandweit,
- der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, besser bekannt als „Stasi-Unterlagen-Behörde“,
- das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa mit Sitz in Oldenburg.

Der Etat für Kultur und Medien

2018 beträgt der Etat der Staatsministerin für Kultur und Medien rund 1,7 Milliarden Euro.

Zu den größten Ausgabenposten gehören:

- die Finanzierung des Auslandssenders **Deutsche Welle** mit rund 319 Millionen Euro,
- der Bundesanteil an der **Stiftung Preußischer Kulturbesitz** mit rund 257 Millionen Euro,
- die Finanzierung der **Stasi-Unterlagen-Behörde** mit knapp 103 Millionen Euro.

Besondere Ausgabenposten im Kulturretat 2018 sind zum Beispiel:

- Filmförderung und Digitalisierung des Filmerbes mit 183 Millionen Euro,
- Humboldt Forum mit 29 Millionen Euro,
- Provenienzforschung und das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste mit 7,5 Millionen Euro,
- Kulturstiftung des Bundes mit 35,5 Millionen Euro,
- Kulturelle Bildung und Integration sowie Stärkung der Medienkompetenz mit 7,5 Millionen Euro,
- Ankauf national wertvollen Kulturguts mit 7,5 Millionen Euro.

Monika Grütters Staatsministerin für Kultur und Medien

Die gebürtige Münsteranerin beschäftigt sich schon seit vielen Jahren mit Kulturpolitik: zunächst zehn Jahre in der Berliner Landespolitik, seit 2005 als Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Sie ist Honorarprofessorin der Freien Universität Berlin.

Zuvor hatte Monika Grütters an den Universitäten Münster und Bonn Germanistik, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft studiert. An verschiedenen Institutionen im Opern-, Museums- und Verlagsbereich war sie in der Öffentlichkeitsarbeit tätig. Von 1998 bis 2013 war Grütters Vorstandsvorsitzende der Stiftung Brandenburger Tor im Max Liebermann Haus in Berlin.

Informationen zu Aufgaben und Arbeit der Kulturstaatsministerin unter www.kulturstaatsministerin.de

~ Monika Grütters





◀ Monika Grütters im Juni 2018 vor dem Europäischen Parlament in Brüssel zum Thema „Kulturelle Identität“ in Europa

Kultur- und Medienpolitik für die europäische Wertegemeinschaft

Die Europäische Union ist das größte Friedensprojekt, das Europa jemals hatte: Getragen von der gemeinsamen europäischen Kulturgeschichte, ist sie heute eine Wertegemeinschaft verschiedener Kulturen, in der Vielfalt gelebt und das Gemeinsame über das Trennende gestellt wird. Dieses kulturelle Selbstverständnis macht Europa einzigartig und lebenswert.

Zur Verständigung auf das friedliche Miteinander unterschiedlicher Interessen, Lebensweisen, Traditionen und Weltanschauungen in einem geeinten Europa und in einer globalisierten Welt leisten gerade Kunst und Kultur einen unschätzbaren Beitrag. Deshalb hat sich die Europäische Union im Vertrag von Maastricht die Förderung der kulturellen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten und mit Ländern außerhalb der EU zum Ziel gesetzt.

Kultureinrichtungen und -projekte in Europa

Der Bund fördert diverse grenzüberschreitende Kulturinitiativen und -einrichtungen in Europa.

Besonders eng und vielfältig ist die Zusammenarbeit mit **Frankreich**: von der Finanzierung gemeinsamer Filmproduktionen über den Deutsch-Französischen Franz-Hessel-Preis für zeitgenössische Literatur bis hin zur Förderung von Übersetzungen.

In **Italien** ist die Kulturstaatsministerin für eine Reihe deutscher Kultureinrichtungen verantwortlich. Zu ihnen zählen die Deutsche Akademie Villa Massimo, die Casa di Goethe in Rom, das Deutsche Studienzentrum in Venedig sowie die Villa Romana in Florenz. In Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt vergibt die Kulturstaatsministerin den Deutsch-Italienischen Übersetzerpreis.



Casa di Goethe, Rom:
Dauerausstellung zur
Italienreise Goethes

Auch mit **Polen** pflegt die Bundesrepublik einen intensiven kulturellen Austausch. Dafür stehen das gemeinsame Engagement zum Erhalt des historischen Fürst-Pückler-Parks Bad Muskau an der deutsch-polnischen Grenze und weitere zahlreiche von der Kulturstaatsministerin geförderte deutsch-polnische Kunst- und Kulturprojekte.

Deutschland und Polen –
gemeinsam engagiert für den
Fürst-Pückler-Park Bad Muskau

Die Kulturstaatsministerin ist dabei Ansprechpartnerin für die kultur- und medienpolitischen Belange Deutschlands. Sie gibt Impulse für entsprechende Vorhaben auf EU-Ebene, bringt sich fachlich in die dazugehörige Rechtsetzung ein, berät in Budgetfragen mit und ist in Arbeitsgruppen des Rats der Europäischen Union sowie anderen EU-Gremien vertreten.

Eines der wichtigsten europäischen Gremien ist der Kultur- und Medienministerrat in Brüssel, in dem die Bundesrepublik von der Kulturstaatsministerin vertreten wird. Gemeinsam mit den Kulturministerinnen und -ministern der anderen EU-Staaten setzt sich die Kulturstaatsministerin für die Freiheit und Vielfalt von Kunst, Kultur und Medien ein.

Auch in bilateralen Regierungskonsultationen verantwortet die Kulturstaatsministerin den Bereich Kultur und Medien. Ein Beispiel ist der Deutsch-Französische Ministerrat, der einmal jährlich stattfindet.





20 JAHRE „BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR KULTUR UND MEDIEN“

Der Auftrag

Das Amt eines Staatsministers – oder einer Staatsministerin – für kulturelle Angelegenheiten wurde 1998 geschaffen, um die kulturpolitischen Kompetenzen des Bundes zu bündeln. Er ist Ansprechpartner und Impulsgeber für die Kultur- und Medienpolitik des Bundes. Zugleich vertritt er die kulturpolitischen Interessen Deutschlands auf europäischer wie nationaler Ebene. So wird Deutschland seither als Kulturnation sichtbar.

War es zuvor im Wesentlichen eine einzige Abteilung im Bundesministerium des Innern, die die kulturpolitische Arbeit auf Bundesebene stützte, wechselte die Zuständigkeit nun in eine eigene Oberste Bundesbehörde unter der politischen Leitung eines unmittelbar dem Bundeskanzler unterstellten Staatsministers. Daraus entwickelte sich in den vergangenen 20 Jahren eine eigenständige Behörde für Kultur und Medien, an deren Spitze zunächst ein Staatsminister stand, einige Jahre später dann auch eine Staatsministerin.

◀ **Bundeskanzleramt,
Regierungssitz
in Berlin**



Für die recht sperrige Amtsbezeichnung Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) hat sich im Laufe der Zeit die Kurzbezeichnung Kulturstaatsministerin eingebürgert.

Der Deutsche Bundestag unterstrich den höheren Stellenwert, den Kultur und Medien durch die Berufung eines eigenen Staatsministers bzw. einer Staatsministerin erhielten, indem er 1998 einen Ausschuss für Kultur und Medien einrichtete. Damit war die Basis gelegt, um die Kulturpolitik auch parlamentarisch eigenständig zu begleiten und der demokratischen Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung angemessen gerecht zu werden.

Obwohl es insbesondere in den Anfangsjahren noch kritische Stimmen aus den Ländern gab, blieb die im Grundgesetz verankerte Kulturhoheit der Länder stets gewahrt.

Der Dienstort

Die Wurzeln der Bundeskulturpolitik im Bundesinnenministerium sind heute noch sichtbar. Ein Dienstsitz der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Bonn befindet sich nach wie vor auf dem Gelände des Innenministeriums. In den dortigen Räumen legten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neuen Behörde Ende 1998 los. Anfang Februar 1999 bezog Michael Naumann als erster Amtsinhaber sein Büro im Bonner Bundeskanzleramt, wenige Monate später erfolgte der Umzug nach Berlin. 2001 wurde der Bau des neuen Bundeskanzleramtes fertiggestellt, in dem sich bis heute das Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie ihrer engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befindet. Im Übrigen arbeitet das mittlerweile auf knapp 300 Personen angewachsene Team bis heute etwa zur Hälfte in Bonn und zur Hälfte in Berlin.

› **Empfang der Leiterinnen und Leiter der von der BKM-geförderten Kulturinstitutionen im Bundeskanzleramt**

„Kunst und Kultur sind es, die den Menschen ganz wesentlich ausmachen. Sie geben uns ein Gefühl dafür, wo wir herkommen, wo wir zu Hause sind und wie sich unsere Identität zusammensetzt.“

Bundeskanzlerin
Angela Merkel



Die Zuständigkeit

In der Mitte Berlins befinden sich viele der für Deutschland bedeutendsten Kulturschauplätze, die allerdings ohne die engagierte Bundesförderung in dieser Form nicht bestehen könnten: von der Museumsinsel über die Denkmäler für die Opfer des Nationalsozialismus bis hin zum Neubau des Berliner Stadtschlusses, das als Humboldt Forum eine neue Form der Kultur(en)vermittlung bieten soll. Denn eine zentrale Aufgabe der Bundeskulturpolitik ist die kulturelle Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt – nicht nur politisch, sondern auch durch gezielte Förderung derjenigen Kulturinstitutionen, die für unser ganzes Land bedeutsam sind.

Neben einem Schwerpunkt auf Berlin und auf den damals noch recht jungen Bundesländern im Osten Deutschlands, deren Strukturformen sich auch in ihrer Kulturlandschaft niederschlugen,

findet sich der Hinweis „gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien“ bei Kulturinstitutionen und Stätten von nationaler Bedeutung im ganzen Land. Einen Überblick dazu bieten die Seiten 40 und 41. Im Sinne eines gelebten kooperativen Kulturföderalismus sind die zuständigen Länder und Kommunen in der Regel als Partner mit im Bunde.

Auch das medienpolitische Aufgabengebiet der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ist breit gefächert. Eines ihrer Kernanliegen ist es, die Rahmenbedingungen für Medien und Medienvielfalt in Deutschland sicherzustellen, diese – auch durch entsprechendes Engagement auf europäischer Ebene – kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Die Mittel

Das Engagement der Kulturstaatsministerin ist mit der Zeit immer weiter gewachsen. Dies spiegelt sich in ihrem Etat wider. Er hat sich im Laufe der Zeit von rund 900 Millionen Euro auf fast 1,7 Milliarden Euro nahezu verdoppelt. Besondere Meilensteine waren in den vergangenen 20 Jahren die Abschlüsse der sogenannten Hauptstadtkulturverträge mit dem Land Berlin, das Aufbauprogramm Kultur für die fünf neuen ostdeutschen Bundesländer, die Gedenkstättenkonzeption zur Erinnerung an das NS- und das SED-Unrecht, die stärkere Beachtung der deutschen Kultur im östlichen Europa, die Errichtung einer Kulturstiftung des Bundes zur Förderung von Kunst und Kultur in ganz Deutschland, der stete Ausbau der Filmförderung und damit des Produktionsstandorts Deutschland, die engagierte Unterstützung der Erforschung von NS-Raubkunst, die Stärkung der Deutschen Welle, die Auslobung des Deutschen Buchhandlungspreises, der Erhalt der Buchpreisbindung, die Reform der Künstlersozialversicherung und vieler anderer gesetzlicher Regeln, für die sich die jeweiligen Staatsminister und Staatsministerinnen stark gemacht haben.

„Ihre Aufgabe ist es nicht, selbst Kultur zu schaffen, sondern für die erforderlichen politischen Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Gestaltung von Kunst und Kultur überlässt sie besser den Künstlern selbst.“

Abschlussbericht der
Kultur-Enquete-Kommission
des Deutschen Bundestages
zur Kulturpolitik des Bundes



^ Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Bonn – mit dem Ausstellungsprojekt „The Playground Project. Outdoor“

Das Ziel hinter alldem: einerseits das Schaffen von Kunst und Kultur zu erleichtern und andererseits in der ganzen Bundesrepublik Möglichkeiten zur Teilhabe am kulturellen Leben zu schaffen.

Der Abschlussbericht der Kultur-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages brachte das Wesen der Bundeskulturpolitik wie folgt auf den Punkt: „Ihre Aufgabe ist es nicht, selbst Kultur zu schaffen, sondern für die erforderlichen politischen Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Gestaltung von Kunst und Kultur überlässt sie besser den Künstlern selbst.“ Dies war, ist und bleibt unumstößliche Leitlinie der Bundeskulturpolitik.

Die Amtsträger/innen



„Es gibt eine nationale Verantwortung für die Kultur, der die Politik gerecht werden muss.“

Prof. Dr.
Julian Nida-Rümelin
(2000 – 2002)

„Kunst ist nicht das Sahnehäubchen, sondern die Hefe im Teig.“

Prof. Dr. h.c.
Bernd Neumann
(2005 – 2013)

„Es ist wichtig, dass die Kultur im Bereich der Macht eine Stimme hat.“

Prof. Dr. Christina Weiss
(2002 – 2005)

„Kultur ist die schönste Form der Freiheit.“

Prof. Dr. Michael Naumann
(1999 – 2000)



„Kunst und Kultur sind mehr als alles andere ein Wert an sich. Ihrem Schutz und ihrer Freiheit sind wir als Kulturnation verpflichtet.“

Prof. Monika Grütters
(seit 2013 Staatsministerin für Kultur und Medien)

HUMBOLDT FORUM – DIE WELT ALS GANZES VERSTEHEN

Ein Museum neuen Typs soll es werden, eine Empfehlung Deutschlands als Partner in der Welt und eine Einladung an seine Gäste, Weltbürger zu sein: Das Humboldt Forum ist derzeit das wohl bedeutendste Kulturvorhaben der Bundesrepublik. Ab 2019 präsentieren sich auf 40.000 Quadratmetern die Kulturen der Welt im rekonstruierten Berliner Schloss.

Dabei steht das Humboldt Forum für eine neue Herangehensweise, unterschiedliche Kulturen und Perspektiven zusammenzuführen, um nach neuen Erkenntnissen zu aktuellen Themen wie Migration, Religion und Globalisierung zu suchen. Mit einem vielseitigen Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm entsteht hier ein Geschichts- und Kulturpanorama, das uns die Welt neu verstehen lässt.

Als Zeugen der Vergangenheit zeigen Artefakte aus der ganzen Welt, wie die verschiedenen Kulturen existenzielle Fragen der Menschheit zu allen Zeiten beantwortet haben und beantworten. Was bestimmt Natur und Mensch? Wie nehmen wir Leben wahr? Wie begegnen wir dem Tod? Wie wirkt sich der Glaube auf die Gesellschaft aus, wie die Globalisierung oder Migration und Klimawandel?

So macht das Humboldt Forum erfahrbar, wofür der Name „Humboldt“ steht: für die Tradition der Aufklärung, für die Idee einer selbstbewussten, gleichberechtigten Annäherung der Völker und für das Ideal eines friedlichen Dialogs trotz aller Unterschiede.

◀ Foyer des Humboldt Forums – so wird der Eingangsbereich aussehen



Und noch vor seiner Eröffnung stößt es bereits wichtige Debatten an wie zum Beispiel die Frage nach dem angemessenen Umgang mit Kulturgütern, die im Zusammenhang mit der Kolonialvergangenheit Deutschlands in unsere Museen gekommen sind.

Damit ist das Humboldt Forum auch sichtbares Zeichen dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland Verantwortung und Fürsorge für das kulturelle Erbe der Menschheit übernimmt und einen glaubwürdigen – weil umfassenden – Umgang mit der Aufarbeitung ihrer Geschichte gefunden hat.



Generalintendant Hartmut Dorgerloh

Auf Vorschlag der Kulturstatsministerin hat der Stiftungsrat der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss Hartmut Dorgerloh zum Generalintendanten des Humboldt Forums gewählt. Dorgerloh war zuvor Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG).



◀ Besuch auf der Baustelle im April 2018: Bundeskanzlerin Merkel mit dem französischen Staatspräsidenten Macron und Kulturstatsministerin Grütters



^ Nulis-Maske der Ureinwohner
Kanadas – außereuropäische
Sammlungen haben ihren festen
Platz im Humboldt Forum

Die Stiftung Preussischer Kulturbesitz wird künftig mit den außereuropäischen Sammlungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst der Staatlichen Museen zu Berlin im Humboldt Forum vertreten sein. Weitere Akteure des Humboldt Forums sind die Humboldt-Universität zu Berlin und das Land Berlin. Das Humboldt Forum soll Ende 2019 eröffnet werden.

Stadtmuseum im Humboldt Forum – ein Platz in Berlin für Berlin

Mit der Wiedererrichtung des Schlosses schließt sich nicht nur eine historische Lücke im Berliner Stadtbild, sondern das Stadtmuseum Berlin im Humboldt Forum widmet sich mit einer eigenen Ausstellung auch der bewegten Geschichte der deutschen Hauptstadt und ihren weitreichenden internationalen Verbindungen. Die Ausstellung zeigt, wie die Welt Berlin prägte und welche Einflüsse Berlin auf die Welt genommen hat. Außerdem entstehen – nicht nur für die Berlinerinnen und Berliner – neue Räume zur Begegnung, zur Diskussion und zum persönlichen Austausch, denn das Schlossforum und der Schlüterhof sind jederzeit frei zugänglich.



^ Rekonstruiertes Relief an der Nordfassade

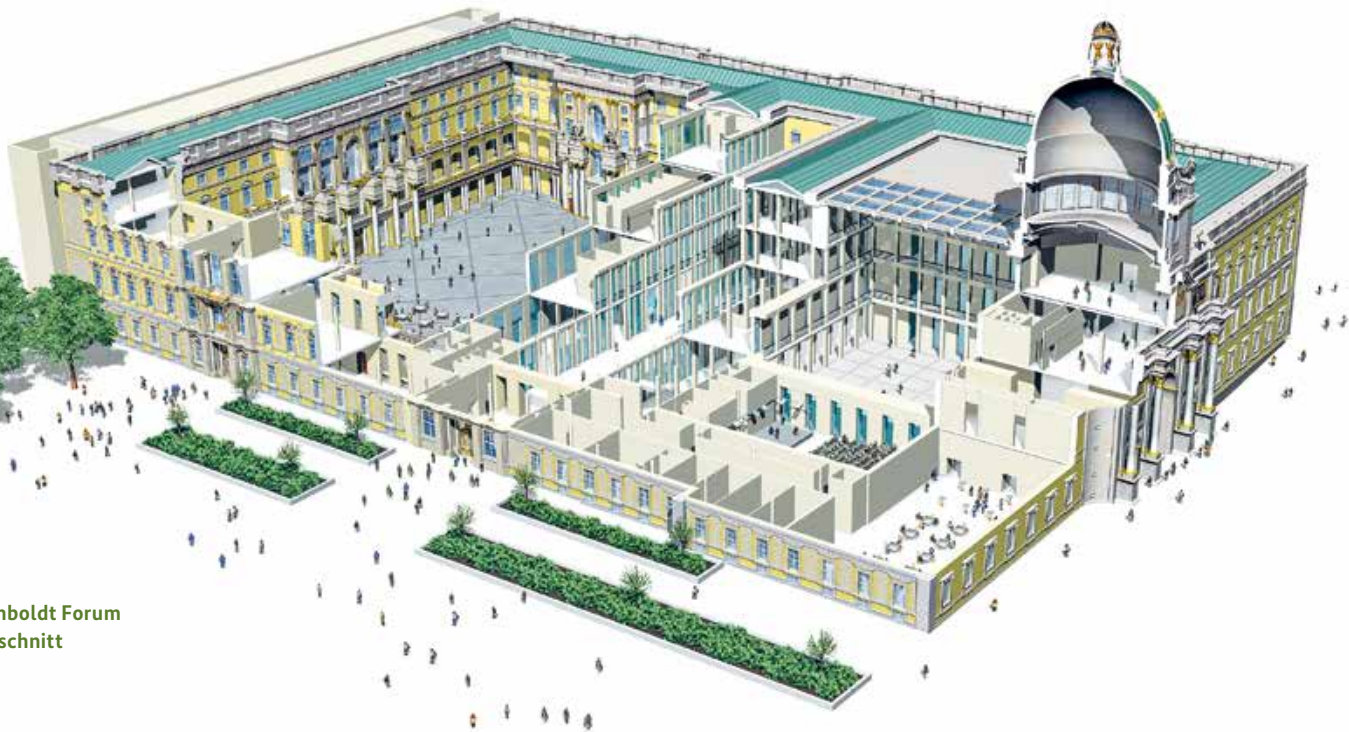


< Blick auf die künftige Ostfassade

International vernetzt forschen im Humboldt-Lab

Die Humboldt-Universität zu Berlin richtet in Zusammenarbeit mit anderen Berliner Wissenschaftsstandorten das Humboldt-Labor ein. Als offene, international vernetzte Einrichtung soll es im Sinne der Gebrüder von Humboldt Forschung, Lehre und Öffentlichkeit zusammenbringen. Das Programm reicht von Vorlesungen, Tagungen, Konferenzen und Diskussionsrunden über Filmvorführungen und wechselnde Ausstellungen bis hin zu Spielformen und Performances.

www.humboldtforum.com



Das Humboldt Forum
im Querschnitt



KULTUR

Kulturnation Deutschland

Deutschland ist mit 44 Einträgen in der UNESCO-Liste des Kultur- und Naturerbes der Welt vertreten. Davon sind 40 Stätten historische Bauten und Ensembles – vom Kölner Dom über die Berliner Museumsinsel bis hin zu den Denkmälern des klassischen Weimars. Darüber hinaus bereichern rund 140 öffentlich finanzierte Theater und etwa 130 Konzert- und Theaterorchester das geistig-kulturelle Leben in Deutschland. Hinzu kommen tausende Museen und Ausstellungshäuser, die sich hoher Besucherzahlen erfreuen.

Selbstbewusst besetzen Deutschlands Kultureinrichtungen, Kunstschaffende und Kreative vielfältige gesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Themen. Zugleich pflegen sie häufig auch den kulturellen Austausch mit unseren Nachbarn und der Welt. Was dabei immer wieder deutlich wird: Kunst kann gemeinsame Sprache sein, wo unterschiedliche Begriffe Schweigen oder Missverstehen provozieren. Sie kann gemeinsame Erfahrungen bescheren, wo unterschiedliche Herkunft ab- und ausgrenzt, und sie kann uns in die Lage versetzen, die Welt aus anderen Augen zu sehen. Kurzum: Kultur eröffnet Welten – in jedem Alter und an jedem Ort.

Für eine Kulturnation wie Deutschland ist es daher vornehme Pflicht, für die Freiheit von Kunst und Kultur einzustehen, ihr einzigartiges Kulturerbe und die Vielfalt ihrer kulturellen Angebote zu erhalten, um allen Menschen, die hier leben, Kunst und Kultur nahezubringen und damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen.

◀ **UNESCO-Welterbe:**
Der Aachener Dom war
Krönungsort Karls des
Großen



Bedeutende Kultur- einrichtungen fördern

Die Kunst- und Kulturförderung ist nach dem Grundgesetz in Deutschland in erster Linie Sache der Länder und Gemeinden. An der Finanzierung von Stiftungen, Bibliotheken und Archiven ebenso wie von Museen und Ausstellungen, beteiligt sich der Bund dann, wenn sie von nationaler oder internationaler Bedeutung sind. Ein Beispiel hierfür ist die **Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg**. Zusammen mit den Ländern Berlin und Brandenburg fördert die Kulturstaatsministerin den Erhalt des preußischen Erbes.

Darüber hinaus finanziert die Kulturstaatsministerin einige Einrichtungen vollständig aus ihrem Etat. Darunter sind neben anderen zum Beispiel die **Deutsche Nationalbibliothek**, die **Akademie der Künste** oder das **Deutsche Historische Museum**.

› Schloss Babelsberg, Potsdam



James-Simon-Galerie – Schlussstein der Museumsinsel

Mit dem Alten und dem Neuen Museum, dem Pergamonmuseum, dem Bode-Museum und der Alten Nationalgalerie ist die Museumsinsel im Herzen Berlins das Herzstück der **Stiftung Preußischer Kulturbesitz**. Mit jährlich mehr als zwei Millionen Besucherinnen und Besuchern aus dem In- und Ausland ist die Museumsinsel ein Publikumsmagnet unter Deutschlands Kulturstätten.

Nachdem das einzigartige Museumsensemble 1999 zum UNESCO-Welterbe erklärt wurde, wird es seither nach dem sogenannten **Masterplan Museumsinsel** wiederhergestellt und zu einem zukunftsfähigen Museumskomplex weiterentwickelt.

Hierzu zählt unter anderem der Neubau der James-Simon-Galerie, die ab 2019 als zentrales Eingangsportal die Besucherinnen und Besucher in Empfang nimmt. Hier erhalten sie alle wichtigen Informationen für ihren Rundgang auf der Museumsinsel. Bis auf die Alte Nationalgalerie werden dann alle Museen auf der Insel miteinander verbunden sein. Der Neubau entsteht nach den Plänen des britischen Architekten David Chipperfield.

www.museumsinsel-berlin.de

› Die James-Simon-Galerie –
neuer Eingangsbereich für die
Bauten der Museumsinsel



Mit seinem Engagement für national und international bedeutende Kultureinrichtungen in Deutschland trägt der Bund dazu bei, unser kulturelles Erbe zu erhalten. Im Schulterschluss mit den Bundesländern und Kommunen sorgt er vielerorts dafür, dass sich Kunst und Kultur in ganz Deutschland entfalten können. Eine wichtige Rolle spielt dabei die **Kulturstiftung des Bundes** (Seite 53).

Auf den Seiten 40 und 41 finden Sie eine Deutschland-Karte mit vom Bund geförderten Einrichtungen und Projekten.

Stiftung Preussischer Kulturbesitz

Die Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) ist weltweit eine der größten Kultureinrichtungen: Ihr gehören insgesamt 15 Museen an. Hinzu kommen mehrere Forschungsinstitute, die **Staatsbibliothek zu Berlin**, das **Geheime Staatsarchiv**, das **Ibero-Amerikanische Institut** und das **Staatliche Institut für Musikforschung**. Präsident der SPK ist seit 2008 der international renommierte Archäologe Hermann Parzinger.

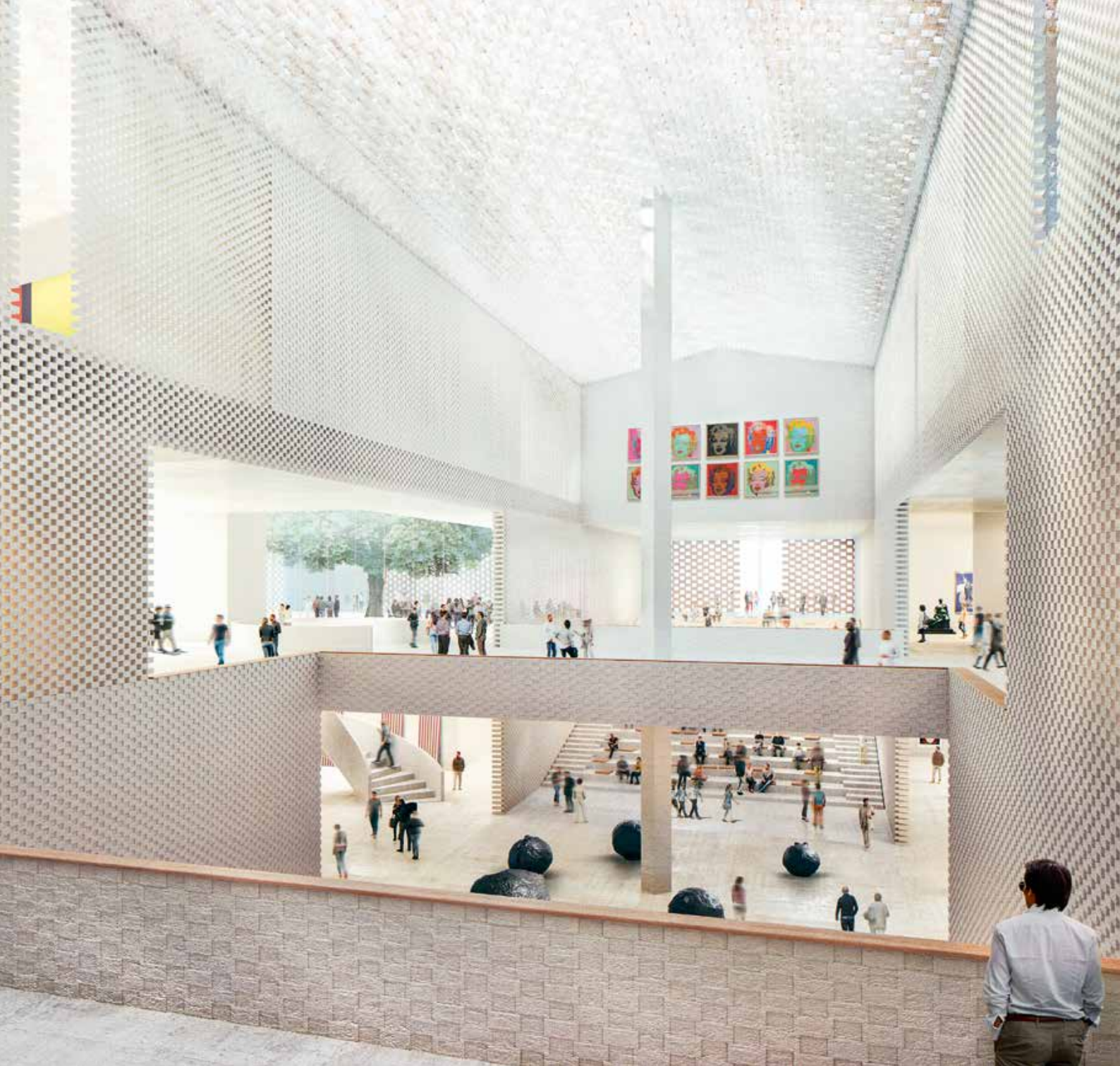
Aufgrund ihrer nationalen Bedeutung wird die SPK gemeinsam von Bund und Ländern finanziert. Dabei trägt der Bund die laufenden Betriebskosten zu 75 Prozent, anfallende Baukosten übernimmt er komplett.

www.preussischer-kulturbesitz.de

› **Das Neue Museum in Berlin –
Teil des Weltkulturerbes
Museumsinsel**







Neue Nationalgalerie – Museum für die Kunst des 20. Jahrhunderts

Es ist eines der größten nationalen Kulturvorhaben des Bundes in den kommenden Jahren: der geplante Neubau des Museums für die Kunst des 20. Jahrhunderts am Berliner Kulturforum. Hier werden erstmals die international bedeutenden Bestände der Nationalgalerie zur Kunst des 20. Jahrhunderts, die Sammlungen Marx, Pietzsch und Marzona sowie Werke aus dem Kupferstichkabinett in einer Dauer- ausstellung zusammengeführt.

Auftraggeber für das Museum ist die Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Der Entwurf für den Neubau stammt aus der Feder des renommierten Schweizer Architektenbüros Herzog & de Meuron.

www.nationalgalerie20.de

◀ **Innenraumperspektive aus dem Realisierungswettbewerb von Herzog & de Meuron**

Bundesarchiv

Das Bundesarchiv nimmt in Deutschland die Aufgaben eines Nationalarchivs wahr: Schrift-, Bild-, Film- und Tondokumente analog wie digital, darunter Unterlagen des Bundes und seiner Vorgängerinstitutionen, werden dort dauerhaft gesichert, für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht und wissenschaftlich verwertet.

Großes Interesse gibt es unter anderem an vorhandenen Beständen des Deutschen Reiches (1867/71–1945), der Weimarer Republik (1918–1933) oder des Nationalsozialismus (1933–1945), der Besatzungszonen (1945–1949), der Deutschen Demokratischen Republik (1949–1990) und der Bundesrepublik Deutschland (seit 1949). Das Bundesarchiv sammelt auch schriftliche Nachlässe bedeutender Personen, Unterlagen von Parteien, Verbänden und Vereinen mit überregionaler Bedeutung sowie publizistische Quellen. Grundlage ist das Bundesarchivgesetz.

www.bundesarchiv.de

Deutsches Historisches Museum

Aufgabe des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin ist es, die gesamte deutsche Geschichte in ihrem europäischen Zusammenhang darzustellen. Entsprechend breit gefächert ist das generationsübergreifende Bildungsprogramm des Hauses. Es beinhaltet neben der ständigen Ausstellung „Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen“, gesellschaftlich relevante Sonderschauen, thematische Führungen, Vorträge, Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen sowie wissenschaftliche Tagungen und Workshops. Rund 800.000 Gäste aus dem In- und Ausland besuchen das Museum jedes Jahr.

Gegründet wurde das DHM 1987. Seinen Sitz hat es im historischen Zeughaus in der Berliner Prachtstraße Unter den Linden. 2003 wurde es um einen modernen Anbau des chinesisch-amerikanischen Architekten Ieoh Ming Pei erweitert. Finanziert wird das DHM aus dem Haushalt der Kulturstatsministerin mit rund 48 Millionen Euro im Jahr.

www.dhm.de

Hauptstadtkultur fördern

Das kulturelle Leben der deutschen Hauptstadt und ihre Kulturinstitutionen spiegeln die vielen Facetten unserer Kulturnation in besonderer Weise wider – im In- wie im Ausland. Diese „Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt“ ist – so steht es im Grundgesetz – Aufgabe des Bundes. Daher engagiert sich die Kulturstaatsministerin für national bedeutsame Kultureinrichtungen und herausragende Initiativen in Berlin.

Ein Beispiel hierfür ist die **Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH**. Unter ihrem Dach sind wichtige Einrichtungen zusammengeschlossen: das **Haus der Kulturen der Welt**, die **Berliner Festspiele** mit dem **Martin-Gropius-Bau** und die **Internationalen Filmfestspiele Berlin** (Berlinale).

Weitere Beispiele für die besondere Rolle der Hauptstadt sind die **Stiftung Deutsches Historisches Museum**, die **Stiftung Deutsche Kinemathek**, die **Akademie der Künste**, die **Stiftung Jüdisches Museum** sowie die **Stiftungen Berliner Philharmoniker** und **Oper in Berlin**. Zu den wichtigen Bauvorhaben und Wiederaufbaumaßnahmen, die der Bund in Berlin fördert, gehören die Vollendung der **Museumsinsel** oder auch der Neubau des **Bauhaus-Archives**, der **Neuen Nationalgalerie** und das **Humboldt Forum**.

Hinzu kommt der **Hauptstadtkulturfonds**. Einzelvorhaben und Veranstaltungen, die nationale oder internationale Ausstrahlung haben oder besonders innovativ sind, erhalten daraus Fördermittel des Bundes.

› **Haus der Kulturen der Welt Berlin – Forum für zeitgenössische Künste**



› **Das Jüdische Museum Berlin**



Nationale Kultureinrichtungen in den Regionen

Der Bund hat die Verantwortung, das nationale Kulturerbe in allen Regionen Deutschlands zu fördern und zu stärken. Dazu gehören etwa 70 Kulturinstitutionen wie die **Bayreuther Festspiele** oder das **Goethe-Haus** in Frankfurt. Auch in der Bundesstadt Bonn befinden sich einige sehr bedeutende Einrichtungen – so etwa die **Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland** oder die **Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland**.

Hinzu kommen wichtige Baumaßnahmen, an denen sich die Kulturstaatsministerin finanziell beteiligt. Hierzu zählen zum Beispiel die Erweiterungsbauten für das **August-Macke-Haus in Bonn** und für das **Archiv für Künstlernachlässe in der Abtei Brauweiler** in Pulheim bei Köln sowie der Wiederaufbau des **Residenzschlosses in Dresden**.



Stiftung Haus der Geschichte

Die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (HdG) wurde 1986 gegründet. Sie widmet sich der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nach 1945. Neben dem Standort Bonn betreibt das HdG auch das **Zeitgeschichtliche Forum** in Leipzig, den **Tränenpalast** in Berlin sowie das **Museum in der Kulturbrauerei** in Berlin. Außerdem betreut das Haus der Geschichte die Besucherführung für das **Palais Schaumburg**, den sogenannten **Kanzlerbungalow** und das ehemalige **Kanzlerbüro** sowie die **Außenstelle des Bundesrates**. Im Jahr 2017 durfte das HdG in seinen Ausstellungen rund 1,1 Millionen Besucherinnen und Besucher begrüßen.

Finanziert wird die Stiftung vollständig aus dem Etat der Kulturstaatsministerin mit rund 24,2 Millionen Euro jährlich.

www.hdg.de

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland

Die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn – auch bekannt als Bundeskunsthalle – ist eine Einrichtung des Bundes. In regelmäßigen Wechselausstellungen und hochkarätigen Kulturveranstaltungen zeigt sie bedeutende Kunstschätze und Kulturgüter aus der ganzen Welt. Dabei widmet sie sich vielfältigen Themen aus den Bereichen Kunst, Kultur, Geschichte, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Ökologie.

Seit ihrer Eröffnung 1992 besuchten über 19 Millionen Gäste die mehr als 245 Ausstellungen. Damit zählt die Bundeskunsthalle zu den besucherstärksten Museen in Deutschland. Sie wird jährlich mit rund 21 Millionen Euro vollständig aus dem Haushalt der Kulturstatsministerin gefördert.

www.bundeskunsthalle.de



^ Residenzschloss Dresden, Blick in das historische Grüne Gewölbe

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Kulturförderung in den ostdeutschen Bundesländern. Der Bund unterstützt hier – gemeinsam mit Ländern und Kommunen – „kulturelle Leuchttürme“ wie das **Deutsche Meeresmuseum** in Stralsund, die **Kulturstiftung Dessau-Wörlitz**, die **Stiftung Luthergedenkstätten** sowie die **Fürst-Pückler-Parks** in Bad Muskau und Branitz.

Mit dem **Investitionsprogramm für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland** fördert der Bund zudem zusammen mit den ostdeutschen Ländern den Erhalt und die Wiederherstellung national bedeutender Kulturbauten. Seit 2004 hat die Kulturstatsministerin dafür rund 83 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

100 Jahre Bauhaus – UNESCO-Welterbe verpflichtet

Das Bauhaus war Avantgarde, Experiment und Provokation. Seine Designkonzepte prägten die Klassische Moderne weltweit. 2019 jährt sich die Gründung der legendären Schule für Architektur, Gestaltung und Kunst von Walter Gropius zum 100. Mal – und das wird nicht nur in Deutschland, sondern weltweit groß gefeiert, weit über die Haupt-Wirkungsstätten Weimar, Dessau und Berlin hinaus.

Dafür stellt die Kulturstaatsministerin über die **Kulturstiftung des Bundes** (KSB) rund 20 Millionen Euro zur Verfügung. Zudem beteiligt sie sich mit etwa 52 Millionen Euro am Bau neuer Bauhaus-Museen in Weimar, Dessau und Berlin. Koordiniert wird das Jubiläumsjahr vom **Bauhaus Verbund 2019**. Vertreten sind darin die Kulturstaatsministerin, die KSB sowie die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ebenso wie die sammlungsführenden Bauhaus-Institutionen in Berlin, Dessau und Weimar.

› Rokosaal der
Herzogin Anna Amalia
Bibliothek in Weimar

www.bauhaus100.de

‹ Fagus-Werk im niedersächsischen
Alfeld – eines der wichtigsten Werke
der architektonischen Moderne
und UNESCO-Weltkulturerbe





Einzigartiges Kulturensemble Weimar

Über 20 Museen, Schlösser und historische Häuser, die Herzogin Anna Amalia Bibliothek, das Goethe- und Schiller-Archiv, acht Park- und Gartenanlagen und ganze elf UNESCO-Welterbstätten: Weimar in Thüringen ist eine der bedeutendsten Kulturstädte Deutschlands.

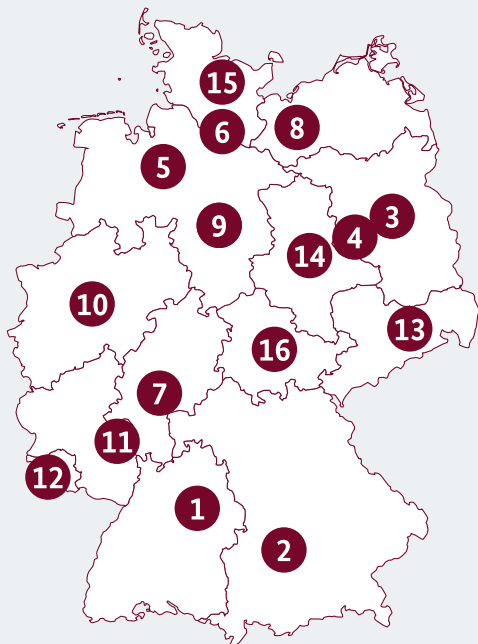
Verwaltet wird dieser kulturelle Reichtum von der Klassik Stiftung Weimar. Als eine der größten und bedeutendsten Kulturinstitutionen Deutschlands bewahrt, erschließt, erforscht und präsentiert die Stiftung Sammlungsbestände, die zeitlich vom Mittelalter

bis zum Weimarer Bauhaus reichen. Mehr als 700.000 Menschen besuchen jedes Jahr ihre Einrichtungen.

Am 5. April 2019 eröffnet die Klassik-Stiftung-Weimar anlässlich des 100-jährigen Gründungsjubiläums des Bauhauses ein eigenes „bauhaus museum weimar“. Mit dem neuen Museum entsteht in Weimar eine „Topographie der Moderne“, die einen Bogen von der „Stadt der Klassik“ über die ambivalente Historie der Moderne bis hin zur Gegenwart spannt.

www.klassik-stiftung.de

Von der Kulturstaatsministerin geförderte Einrichtungen – Beispiele:



1 BADEN-WÜRTTEMBERG

- Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus; Stuttgart
- Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma; Heidelberg
- Donauschwäbisches Zentralmuseum; Ulm
- Deutsches Literaturarchiv Marbach
- Deutsche Schillergesellschaft e.V.; Marbach
- Bundesarchiv – Militärarchiv; Freiburg i. Br.

2 BAYERN

- Deutsch-Deutsches Museum; Mödlareuth
- Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e.V.
- Adalbert Stifter Verein e.V.
- Tolstoi Hilfs- und Kulturwerk e.V.; München
- Stiftung Kunstforum Ostdeutsche Galerie; Regensburg
- Bayreuther Festspiele, Bundesarchiv – Lastenausgleichsarchiv; Bayreuth

3 BERLIN

- Akademie der Künste
- AlliiertenMuseum
- Barenboim-Said Akademie
- Berliner Festspiele mit Martin-Gropius-Bau
- Bund Deutscher Amateurtheater e.V.
- Bundesarchiv
- Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
- Bundesverband Freie Darstellende Künste e.V.
- Dachverband Tanz Deutschland
- Deutsche Dienststelle
- Deutsche Welle
- Deutscher Kulturrat e.V.
- Deutscher Museumsbund e.V.
- Deutscher Musikrat e.V.
- Deutsches Zentrum des internationalen Theaterinstituts ITI
- Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst
- Haus der Kulturen der Welt
- Internationale Filmfestspiele Berlin
- Stiftung Deutsche Kinemathek

- Stiftung Deutsches Historisches Museum
- Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
- Stiftung Jüdisches Museum Berlin
- Stiftung Preußischer Kulturbesitz
- Stiftung Oper in Berlin
- Stiftung Berliner Philharmoniker

4 BRANDENBURG

- Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V.; Potsdam
- Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg; Potsdam
- Stiftung Genshagen
- Kleist-Museum; Frankfurt/Oder

5 BREMEN

- Länderzentrum für Niederdeutsch; Bremen
- Deutsches Tanzfilminstitut; Bremen
- Deutsches Auswandererhaus; Bremerhaven

6 HAMBURG

- Deutscher Musikinstrumentenfonds
- Bundesjugendballett
- Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung

7 HESSEN

- Gesellschaft für deutsche Sprache e.V.; Wiesbaden
- Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft; Marburg
- Goethe-Museum; Frankfurt/Main
- Deutsches Filminstitut e.V.; Frankfurt/Main
- Deutsche Nationalbibliothek; Frankfurt/Main
- Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung; Darmstadt
- Festspiele Bad Hersfeld
- Museum für Sepulkralkultur; Kassel
- Internationaler Suchdienst; Bad Arolsen

8 MECKLENBURG-VORPOMMERN

- Stiftung Deutsches Meeresmuseum; Stralsund
- Pommersches Landesmuseum; Greifswald

9 NIEDERSACHSEN

- Domfestspiele Bad Gandersheim
- Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V.; Lüneburg
- Ostpreußisches Landesmuseum; Lüneburg
- Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa; Oldenburg

10 NORDRHEIN-WESTFALEN

- Deutscher Musikrat gemeinnützige Projektgesellschaft mbH; Bonn

- Deutsche Welle; Bonn
- Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH; Bonn
- Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; Bonn
- Verein Beethoven-Haus e.V.; Bonn
- Martin-Opitz-Bibliothek; Herne
- Porta Polonica; Bochum
- Stiftung Bundeskanzler-Konrad-Adenauer-Haus; Bad Honnef-Rhöndorf
- Westpreußisches Landesmuseum; Warendorf
- Ruhrfestspiele; Recklinghausen

11 RHEINLAND-PFALZ

- Hambacher Schloss; Neustadt an der Weinstraße
- Deutsche Burgenvereinigung e.V.; Braubach
- Deutsches Kabarettarchiv; Mainz
- Bundesarchiv (Hauptsitz); Koblenz

12 SAARLAND

- Weltkulturerbe Völklinger Hütte – Europäisches Zentrum für Kunst und Industriekultur GmbH

13 SACHSEN

- Schlesisches Museum zu Görlitz
- Fürst-Pückler-Park; Bad Muskau
- Bach-Archiv; Leipzig

- Kurt-Wolff-Stiftung; Leipzig
- Zeitgeschichtliches Forum; Leipzig
- Deutsche Nationalbibliothek; Leipzig

14 SACHSEN-ANHALT

- Deutsches Zentrum Kulturgutverluste; Magdeburg
- Stiftung Bauhaus Dessau
- Franckesche Stiftungen; Halle
- Kulturstiftung des Bundes; Halle
- Stiftung Luthergedenkstätten; Wittenberg
- Kulturstiftung Dessau-Wörlitz

15 SCHLESWIG-HOLSTEIN

- Otto-von-Bismarck-Stiftung; Friedrichsruh
- Nordfriesische Volksgruppe; Niebüll
- Sydslesvigsk Forening e.V.; Flensburg
- Buddenbrookhaus; Lübeck
- Grass-Haus; Lübeck

16 THÜRINGEN

- Klassik Stiftung Weimar
- Wartburg-Stiftung; Eisenach
- Stiftung Schloss Friedenstein; Gotha

Künstlerische Freiheit

Eine Demokratie braucht Impulse

Kritisch, eigenwillig, unkonventionell: Künstlerinnen und Künstler können – und sollen – auch unbequem sein! Oft lenken sie unsere Aufmerksamkeit auf etwas, das wir gern übersehen würden. Oder sie provozieren eine öffentliche Debatte, wenn wir uns Ruhe wünschen. Und weil es richtig ist, dass Kreative immer wieder den Finger in die Wunde legen, aufdecken und anmahnen, ist es wichtig, ihnen Raum zu bieten, ihre künstlerischen Standpunkte darzulegen.

Die Auseinandersetzung mit Kunst zu fördern, gehört deshalb zu unserem freiheitlichen demokratischen Selbstverständnis. Genauso gehört dazu, Kunst auch dann auszuhalten, wenn sie die eigene Meinung nicht bestätigt. Denn eine lebendige Demokratie braucht Impulse, Denkanstöße und Perspektivenwechsel. Mit ihrer Experimentierfreude und der kritischen Beobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen verhindern Kreative, dass intellektuelle Trägheit, argumentative Phantasielosigkeit und politische Bequemlichkeit unsere Demokratie einschläfern. Daher ist der Staat in der Pflicht, die Freiheit der Kunst zu schützen.

› Künstlerinnen und Künstler brauchen größtmögliche Freiheit, um sich zu entfalten





Künstlerförderung

Damit Künstlerinnen und Künstler ihrer Arbeit frei nachgehen können, müssen sie auch davon leben können. Die Förderung einzelner Künstlerinnen und Künstler gehört vorrangig zu den Aufgaben der Länder und Kommunen. Die Kulturstaatsministerin unterstützt Künstlerinnen und Künstler vor allem indem sie etwa Kultureinrichtungen mit bundesweiter Bedeutung unterstützt, Fonds und Stipendienprogramme auflegt und ihrem Wirken mit verschiedenen Bundespreisen wie zum Beispiel dem Theaterpreis zu größerer Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit verhilft.

Zu den wichtigsten Säulen der Künstlerförderung gehören neben den Förderprogrammen eine stabile Künstlersozialversicherung und der Schutz der Urheberrechte – auch im Internet. Einen eigenen Schwerpunkt legt die Bundesregierung auf die Förderung von Frauen im Kreativbereich, um ihnen den Weg zu mehr Chancengerechtigkeit zu ebnen.

Förderprogramme und Stipendien

Arbeitsaufenthalte, Projekte oder Publikationen: für diese und viele weitere Vorhaben können Kunstschaffende und Kreative Stipendien und Zuschüsse bei den von der Kulturstaatsministerin geförderten Kulturförderfonds beantragen:

- Deutscher Literaturfonds
- Deutscher Übersetzerfonds
- Fonds Darstellende Künste
- Stiftung Kunstfonds
- Fonds Soziokultur
- Musikfonds

Stipendien für Auslandsaufenthalte

Die Kulturstaatsministerin ermöglicht es in Deutschland lebenden Künstlerinnen und Künstlern, sich durch längere Studienaufenthalte im Ausland weiterzuentwickeln. Folgende deutsche Kultureinrichtungen im Ausland bieten entsprechende Programme an:

- Deutsche Akademie Villa Massimo / Casa Baldi in Olevano Romano
- Casa di Goethe in Rom
- Deutsches Studienzentrum in Venedig
- Villa Romana in Florenz
- Cité Internationale des Arts in Paris
- Villa Aurora und Thomas-Mann-Haus in Los Angeles

Antragsformulare finden Sie unter:

www.kulturstaatsministerin.de



^ Die Villa Massimo Rom zeigt
im Berliner Martin-Gropius-Bau
aktuelle Stipendiatenarbeiten

Weitere Fördermöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler sind Stipendien für Aufenthalte an deutschen Kultureinrichtungen im Ausland. Die Kulturstaatsministerin unterstützt zudem diverse Programme der Musikerförderung, die junge talentierte Musikerinnen und Musiker in ihrer Entwicklung fördern. Dazu gehören zum Beispiel das **Dirigentenforum** oder das **PopCamp**.



◀ Musikproduktion –
eine Branche der Kultur-
und Kreativwirtschaft

Soziale Absicherung für Kreative – Künstlersozialkasse

Künstlerinnen und Künstler arbeiten oft wechselnd zwischen Selbständigkeit und befristeten, projektbezogenen Arbeitsverhältnissen. Geringe Einnahmen machen es ihnen schwer, überhaupt von ihrer Arbeit leben zu können. Hinzu kommen häufig längere Phasen ohne Einkommen, was unter anderem Probleme für ihre Altersvorsorge bereiten kann. Diesem Umstand wird in unseren Sozialsystemen Rechnung getragen, etwa mit Anpassungen bei den Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld.

Zudem beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Künstlersozialversicherung – eine weltweit einzigartige Institution zur sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern. Rund 180.000 selbstständigen Kreativen und Publizisten ermöglicht sie eine bezahlbare Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

◃ BKM-Amtschef Dr. Günter Winands
bei der Preisverleihung „Kultur- und
Kreativpiloten Deutschland“ in Berlin



Kultur- und Kreativwirtschaft – Motor für Beschäftigung

Sie gilt als Zukunftsmarkt, als kreativer Kern einer Gesellschaft, als Standortfaktor für Metropolen, als Innovations-treiber im globalen Wettbewerb und als Laboratorium für neue Wissensfelder: Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist auch in Deutschland eine vielfältige und wachstumsstarke Branche.

Mit der **Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft** fördern die Kulturstaatsministerin und das Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam die Entwicklung dieser dynamischen Branche. Dabei unterstützen sie gezielt Modellprojekte, die eine oder mehrere Teilbranchen strukturell in ihrer Arbeit vernetzen. Ein Beispiel hierfür ist die Online-Plattform www.touring-artists.info

Darüber hinaus fördert die Kulturstaatsministerin das **Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes** in Berlin. Zusammen mit den Akteuren werden hier Lösungsansätze für branchenbetreffende Herausforderungen entwickelt und nach disziplin-übergreifenden Potenzialen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gesucht.

Gute Geschäftsideen werden jedes Jahr beim Wettbewerb **Kultur- und Kreativpiloten Deutschland** ausgezeichnet.

www.kultur-kreativ-wirtschaft.de

Selbstständige Künstlerinnen und Künstler bezahlen an die Künstlersozialkasse – wie angestellte Arbeitnehmer – 50 Prozent der Beiträge. 20 Prozent kommen vom Bund und 30 Prozent von den Unternehmen, die die Kreativen beauftragen und ihre Werke verwenden.

Weil die Künstlersozialkasse eines der wichtigsten Instrumente der Künstlerförderung in Deutschland ist, setzt sich die Kulturstaatsministerin für einen stabilen Abgabesatz ein.

www.kuenstlersozialkasse.de

▼ **Monika Grütters lässt sich das Werk eines Kultur- und Kreativpiloten erklären**





Bund steht ein für Chancengleichheit

Beim Thema Gleichberechtigung von Frauen gibt es auch im Kultur- und Medienbetrieb weiterhin viel zu tun. Dies geht aus der von der Kulturstaatsministerin geförderten Studie des Deutschen Kulturrates "Frauen in Kultur und Medien" aus dem Jahr 2016 hervor. Demnach sind Frauen in leitenden Positionen immer noch deutlich unterrepräsentiert und erfahren Benachteiligungen. Zum Beispiel verdienen sie im Durchschnitt weniger als ihre männlichen Kollegen.

Daher setzt sich die Kulturstaatsministerin für bessere Aufstiegschancen von Frauen in der Kreativbranche ein, für Parität in Gremien und Jurys, eine faire Bezahlung und eine bessere Vereinbarkeit von Karriere und Familie.

Unterstützung bietet das von der Kulturstaatsministerin ins Leben gerufene und geförderte **Projektbüro „Frauen in Kultur und Medien“** beim Deutschen Kulturrat. Mit einem speziellen Mentoring-Programm richtet es sich zum Beispiel an Künstlerinnen, die selbst Führungsverantwortung übernehmen möchten.

Unabhängige Vertrauensstelle

Die Kulturstaatsministerin hat sich zudem für die Einrichtung einer zentralen unabhängigen **Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt** eingesetzt. Sie bietet Betroffenen sexualisierter Gewalt und Diskriminierung Beratung und Unterstützung an.

Hintergrund ist die sogenannte #MeToo-Debatte, die eine breite Diskussion über Machtmissbrauch bis hin zu sexuellen Übergriffen in der Kultur- und Medienbranche angestoßen hat. Dabei ist deutlich geworden, dass insbesondere dort Handlungsbedarf besteht, wo es asymmetrische Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen gibt, wo oft nur kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse bestehen, viele Selbständige arbeiten und starke Abhängigkeitsverhältnisse beispielsweise durch die zentrale Bedeutung von Weiterempfehlungen entstehen.

◀ Die nominierten Künstlerinnen für den „Preis der Nationalgalerie“ im Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart – Berlin

Bund unterstützt Exil- künstlerinnen und -künstler

Immer noch werden in zahlreichen Ländern vor allem Schriftstellerinnen und Schriftsteller aber auch Künstlerinnen und Künstler anderer Sparten verfolgt, gefoltert oder ermordet. Der Bund sieht sich in der Verantwortung, auch außerhalb außenpolitischer Initiativen Wege zu finden, um einzelnen Opfern zu helfen. Denn in Deutschland wurden unter den Nationalsozialisten einst ganze Kunstrichtungen für „entartet“ erklärt und entsprechende Werke vernichtet, Künstler und Künstlerinnen zur Emigration gezwungen und umgebracht.

Deshalb finanziert die Bundesregierung mit dem Projekt **Writers in Exile** Autorinnen und Autoren, die in Deutschland im politischen Exil leben. Das Stipendiaten-Programm des deutschen PEN-Zentrums bietet jedes Jahr bis zu neun Exilautorinnen und -autoren sowie Exiljournalistinnen und -journalisten bis zu drei Jahre lang eine sichere Bleibe und Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland.

Das virtuelle Museum **Künste im Exil** der Deutschen Nationalbibliothek widmet sich dem Schicksal verfolgter Künstlerinnen und Künstler unter den Bedingungen des Exils. Die Online-Ausstellung umfasst Inhalte unter anderem aus Archiven, Ausstellungshäusern und Initiativen im In- und Ausland, die sich im Netzwerk „Künste im Exil“ zusammengeschlossen haben.

www.kuenste-im-exil.de



◀ Screenshot der
Internetseite
Künste im Exil

PEN-Zentrum Deutschland

Das PEN-Zentrum Deutschland ist eine der weltweit über 140 Schriftstellervereinigungen unter dem Dach des PEN International, der sich für den Schutz und die Freiheit der Kultur einsetzt. PEN steht für Poets, Essayists, Novelists.

www.pen-deutschland.de



^ Dauerausstellung des
Deutschen Exilarchivs 1933–1945,
Deutsche Nationalbibliothek in
Frankfurt am Main

Den Exilschicksalen von rund 500.000 Menschen, die zwischen 1933 und 1945 aus dem Machtbereich der NS-Diktatur fliehen mussten, ist seit März 2018 die neue Dauerausstellung des **Deutschen Exilarchivs 1933–1945** in der Deutschen Nationalbibliothek (DNB) gewidmet. Die Sammlung einzigartiger Zeugnisse der Betroffenen besteht aus zahlreichen Nachlässen, Briefen, Manuskripten und anderen persönlichen Dokumenten.

www.dnb.de

Jazzahead!



◀ jazzahead bietet als Mischung aus Fachmesse und Festival eine Bühne für die ganze Vielfalt des Jazz

Kulturstiftung des Bundes: Gegenwartskultur im internationalen Kontext

Die Kulturstiftung des Bundes (KSB) ist eine der größten öffentlich getragenen Kulturstiftungen weltweit. Sie verfügt über einen Jahresetat von 35 Millionen Euro, der aus dem Haushalt der Kulturstatsministerin kommt. Damit unterstützt die Stiftung vor allem zukunftsweisende Modellprojekte aller Sparten der zeitgenössischen Kunst und Kultur, die zum internationalen Kulturaustausch beitragen. Außerdem fördert die KSB kulturelle Leuchttürme wie die documenta, das Berliner Theater-treffen oder die Donaueschinger Musiktage.

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.kulturstiftung-bund.de

Literatur und Musik, darstellende und bildende Kunst

Deutschland ist ein weltoffenes Land mit einer vielfältigen Kunst- und Kulturszene, die auch viele Künstlerinnen und Künstler aus dem Ausland anzieht. Um diese Vielfalt und den internationalen Austausch zu fördern, unterstützt die Kulturstatsministerin die zeitgenössische Kunst in allen Sparten: von Musik, Literatur und bildender Kunst über Tanz und Theater bis hin zur Denkmalpflege, um das kulturelle Erbe in diesen Kunstsparten zu bewahren und zeitgenössische Ausdrucksformen zu ermöglichen.

Literaturförderung – die Kraft der Worte verbindet

Schriftstellerinnen und Schriftsteller der zeitgenössischen Literatur erweitern mit der Kraft ihrer Worte genauso wie Übersetzerinnen und Übersetzer unsere Denk- und Vorstellungsräume, zeigen uns im Fremden das Vertraute und im Trennenden das Verbindende.

Deshalb fördert die Kulturstatsministerin die literarische und verlegerische Vielfalt Deutschlands mit vielen verschiedenen Förderinstrumenten wie dem Deutschen Literaturfonds und dem Deutschen Übersetzerfonds.

Zudem vergibt sie internationale Preise wie den deutsch-französischen **Franz-Hessel-Preis für zeitgenössische Literatur** sowie verschiedene Übersetzerpreise, wie den Deutsch-Französischen, den Deutsch-Hebräischen oder den Deutsch-Italienischen, die alle zum kulturellen Austausch über nationale Grenzen hinweg beitragen.



Ein weiterer Schwerpunkt der Literaturförderung der Kulturstaatsministerin liegt darin, das reiche literarische Erbe Deutschlands zu bewahren. Wichtige Literaturmuseen, Bibliotheken und Archive erhalten daher Bundesmittel, zum Beispiel das **Deutsche Literaturarchiv Marbach** mit dem **Literaturmuseum der Moderne** sowie dem **Schiller-Nationalmuseum**, das **Buddenbrookhaus** und das **Günter Grass-Haus** in Lübeck oder das **Freie Deutsche Hochstift** mit dem **Goethe-Haus** in Frankfurt am Main.

Zudem fördert die Kulturstaatsministerin die **Casa di Goethe** in Rom. Als einziges deutsches Museum im Ausland widmet sich die Casa di Goethe dem literarischen Erbe Johann Wolfgang Goethes und seiner epochebildenden Italienreise von 1786 bis 1788. Die Casa di Goethe hat sich seit 1997 als wichtiger Treffpunkt des kulturellen Austausches zwischen Italien und Deutschland etabliert und steht beispielhaft für die engen Kulturbeziehungen zwischen beiden Ländern. Träger ist der ebenfalls von der Kulturstaatsministerin geförderte **Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute e.V.**, dem derzeit 37 deutsche Einrichtungen aus allen Bereichen der Kultur angehören.

^ **Literaturmuseum der Moderne, angeschlossen an das Deutsche Literaturarchiv Marbach mit dem Schiller-Nationalmuseum**

^ **Buddenbrookhaus in Lübeck**



› Verleihung des ersten
Deutsch-Hebräischen
Übersetzerpreises in Berlin

**Deutsch-Hebräischer
Übersetzerpreis – Brücken bauen
durch Literatur**

Im Bereich der Literatur hat die Kunst des Übersetzens große Bedeutung.

Als gemeinsame Initiative der Kulturstaatsministerin und des israelischen Kulturministeriums wurde deshalb 2015 der Deutsch-Hebräische Übersetzerpreis ins Leben gerufen. Mit dem Preis werden alle zwei Jahre herausragende Übersetzungen aus dem Hebräischen ins Deutsche und aus dem Deutschen ins Hebräische als Beiträge zur interkulturellen Verständigung geehrt.

Die Preisträgerinnen und Preisträger erhalten jeweils ein Preisgeld von 10.000 Euro. Ausgewählt werden sie von einer deutschen und einer israelischen Jury.



Auch die **Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung** in Darmstadt, die mit dem Georg-Büchner-Preis den bedeutendsten deutschen Literaturpreis vergibt, wird von der Kulturstaatsministerin finanziell unterstützt. Eine Vielzahl literarischer Erinnerungsorte und Gesellschaften ist in der Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften und Gedenkstätten verbunden, die ebenfalls Mittel aus dem Kulturretat erhält.

Um darüber hinaus die Pflege der deutschen Sprache zu fördern, unterstützt der Bund die **Gesellschaft für deutsche Sprache** in Wiesbaden.

Weitere Informationen unter:
www.deutscheakademie.de
www.gfds.de



Buchpreisbindung – weil Bücher keine reine Ware sind

Weil Bücher nicht nur einen Preis, sondern in erster Linie einen immateriellen Wert haben, sieht der Bund das Buch als schützenswertes Kulturgut. Bereits seit über 100 Jahren gibt es in Deutschland die Buchpreisbindung – seit 2002 ist sie gesetzlich festgelegt. Diese Preisbindung sichert die weltweit einzigartige Breite und Qualität des Bücherangebots in Deutschland – und damit die Existenz vieler, auch kleinerer Verlage und Buchhandlungen.

Darüber hinaus gilt für Bücher und Presseerzeugnisse in Deutschland ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von sieben statt 19 Prozent. Diese Regelung trägt dazu bei, dass Bücher für alle erschwinglich sind und die kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.

^ **Unabhängige Buchhandlungen
sichern eine vielfältige Literatur-
und Buchlandschaft**

Deutscher Buchhandlungspreis – Bund ehrt geistige Tankstellen

Sie machen Lust aufs Buch, kennen neue Autorinnen und Autoren, empfehlen spannende Titel jenseits der Bestseller: Die vielen inhabergeführten, unabhängigen Buchhandlungen in Deutschland sind unverzichtbare kulturelle Vermittler. Doch die wachsende Konkurrenz durch internationale Onlineanbieter setzt den klassischen stationären Buchhandel unter enormen Wettbewerbsdruck. Für viele Buchhändlerinnen und Buchhändler ergeben sich daraus existenzielle Fragen, denen sie mit viel Einfallsreichtum und ihrer Liebe zum Kulturgut Buch begegnen.

Daher hat die Kulturstaatsministerin 2015 den Deutschen Buchhandlungspreis ins Leben gerufen. Mit dem Gütesiegel als „Ausgezeichneter Ort der Kultur“ werden kleinere, inhabergeführte Buchhandlungen mit Sitz in Deutschland gewürdigt, die sich mit innovativen Geschäftsmodellen in besonderem Maße für die Lese- und Literaturförderung engagieren. Die Gütesiegel sind mit Prämien von 7.000 Euro, 15.000 Euro und 25.000 Euro für die drei besten der nominierten Buchhandlungen ausgestattet.

www.buchhandlungspreis.de

Seit Anfang 2015 fallen auch Hörbücher unter den ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Die Kulturstaatsministerin setzt sich dafür ein, dass diese Steuererleichterung künftig auch für E-Books gilt. Hierfür ist eine Gesetzesänderung auf EU-Ebene notwendig. Die Bundesregierung forderte deshalb unter anderem auf Betreiben der Kulturstaatsministerin die Europäische Kommission dazu auf, einen Vorschlag für eine Regelung zu machen, die es den Mitgliedstaaten erlaubt, den ermäßigten Steuersatz auf E-Books und weitere E-Papers anzuwenden. Einen entsprechenden Richtlinienvorschlag hat die Europäische Kommission daraufhin bereits vorgelegt. Die Kulturstaatsministerin macht sich weiter für eine zügige Umsetzung dieses Vorhabens stark.

▼ Monika Grütters verleiht den Deutschen Buchhandlungspreis in Hannover



Musikförderung – Nachwuchs von Weltklang

Den künstlerischen Spitzennachwuchs fördern und das nationale Musikerbe pflegen und bewahren – dies sind Schwerpunkte der Musikförderung des Bundes. Ebenso gilt es, die Laienmusikszene auf überregionaler Ebene zu stärken. Und schließlich unterstützt der Bund auch die Verbreitung und Vermittlung zeitgenössischer Musik, vor allem durch den 2016 gegründeten **Musikfonds**.

Der Bund fördert außerdem Einrichtungen, Organisationen und Veranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung im Bereich der Musik. Dazu gehören die **Bayreuther Festspiele**, das **Beethoven-Haus** in Bonn, das **Bach-Archiv** in Leipzig sowie Projekte des **Deutschen Musikrates**, dem Dachverband aller Bereiche des Musiklebens. Sein **Deutsches Musikinformationszentrum** ist die zentrale Auskunftsstelle für das musikalische Geschehen in Deutschland.

Ein weiterer Förderschwerpunkt sind Rock, Pop und Jazz. Die bundesgeförderte **Initiative Musik gGmbH** hilft jungen Musikerinnen



› Die Berliner Philharmoniker unter Kirill Petrenko, dem neuen Chefdirigenten ab der Saison 2018/2019

‹ Die Berliner Philharmonie zählt zu den wichtigsten Konzertsälen Berlins





und Musikern dabei, auf dem Markt Fuß zu fassen. Beispielsweise gibt es Zuschüsse für Produktionskosten oder für eine Tour im In- oder Ausland.

Ein Juwel der Musikkultur in Deutschland sind die **Berliner Philharmoniker**. Aufgrund ihrer nationalen wie internationalen Bedeutung werden sie seit 2018 auch dauerhaft durch den Bund gefördert. Im Rahmen der kulturellen Repräsentation des Bundes in der Hauptstadt Berlin trägt der Bund zudem das **Musikfest Berlin**, das **Jazzfest** und die **Barenboim-Said-Akademie**. Er ist an der Finanzierung der **Rundfunk Orchester und Chöre GmbH Berlin** beteiligt, zu der das **Deutsche Symphonie-Orchester Berlin**, das **Rundfunksinfonieorchester Berlin** sowie der **Rundfunkchor Berlin** und der **RIAS-Kammerchor** gehören.

2017 legte der Bund erstmals das Programm **Exzellente Orchesterlandschaft Deutschland** auf. Damit erhalten Klangkörper in der gesamten Bundesrepublik die Möglichkeit, sich mit Zukunftsfragen der Musikkultur und ihrer eigenen Entwicklung zu befassen.

Zum 250. Geburtstag Ludwig van Beethovens, der 2020 weltweit begangen wird, werden durch die Kulturstaatsministerin zahlreiche Aktivitäten auf Bundesebene koordiniert und begleitet.



Barenboim-Said-Akademie – Musik in Versöhnung und Hoffnung

Junge Menschen aus dem Nahen Osten – ob jüdisch, muslimisch oder christlich, ob mit arabischer oder hebräischer Muttersprache – musizieren, lernen und arbeiten gemeinsam: An der Barenboim-Said-Akademie studieren seit Oktober 2016 Stipendiaten aus dem Nahen Osten vier Jahre lang zusammen. Fern des Kriegs- und Krisenalltags überwinden Künstlerinnen und Künstler aus dem Nahen Osten alte Gräben und setzen mit ihrem Zusammenspiel ein hoffnungsvolles Zeichen für Toleranz, gegenseitigen Respekt und Verständigung.

Zum Lehrangebot der Musikhochschule zählen neben Instrumental- und Musikunterricht auch Geschichte, Literatur und Philosophie. Ab 2019 sollen pro Jahrgang bis zu 100 Orchestermusiker ausgebildet werden. Die Kulturstaatsministerin hat den Bau der Akademie aus ihrem Etat unterstützt und finanziert seit 2017 dauerhaft den laufenden Betrieb. Herzstück der Akademie ist der 2017 eröffnete Pierre Boulez Saal für Kammermusikkonzerte.

www.barenboimsaid.de

◀ **Der Pierre Boulez Saal der Berliner
Barenboim-Said-Akademie**



^ 125 Jahre Bund Deutsches
Amateurtheater – Tänzerinnen
und Tänzer des Theaters Donauwörth

Theaterpreis

Gerade die kleinen und mittleren Theater sorgen mit viel Leidenschaft und Engagement dafür, dass es in ganz Deutschland ein dichtes Netz an Theateraufführungen auf hohem professionellem Niveau gibt. Zur stärkeren Wahrnehmung und Anerkennung der Arbeit kleiner und mittlerer Theater hat die Kulturstatsministerin 2015 erstmals einen Theaterpreis ausgelobt, der alle zwei Jahre verliehen wird. Auf Vorschlag einer Jury werden herausragende Leistungen der Theaterarbeit in den Kommunen unter anderem mit einem Geldpreis ausgezeichnet.

www.iti-germany.de

Tanz- und Theaterförderung

Die Tanzförderung ist eine Schwerpunktaufgabe der Kulturstiftung des Bundes (KSB), die aus dem Haushalt der Kulturstatsministerin finanziert wird. Die KSB unterstützt dabei vor allem die freie Szene. Mit ihrem Programm **Doppelpass** fördert sie Kooperationen freier Gruppen und fester Tanz- und Theaterhäuser. Das Programm **Tanzland** unterstützt Gastspiele dieser Gruppen in kleineren und mittleren Städten. Der **Tanzfonds Erbe** fördert die künstlerische Auseinandersetzung mit der Tanztradition. Der alle drei Jahre ausgerichtete **Tanzkongress** gehört zu den von der Kulturstiftung geförderten „kulturellen Leuchttürmen“ der Gegenwartskunst.

Im Bereich des Sprechtheaters finanziert die Kulturstiftung unter anderem das **Theatertreffen** in Berlin, das jedes Jahr die zehn bemerkenswertesten deutschsprachigen Theaterinszenierungen in die Hauptstadt einlädt.

Zu den direkt von der Kulturstaatsministerin geförderten Programmen zählt das **Nationale Performance Netz**. Die Bundesländer-Initiative unterstützt Gastspielauftritte zeitgenössischer Tanzproduktionen und freier Theaterprojekte. Die Kulturstaatsministerin fördert außerdem das **Bundesjugendballett**, den **Tanzpakt Stadt Land Bund**, Vorhaben des **Dachverbandes Tanz** und die **Tanzplattform Deutschland**, ein Festival, das zu den wichtigsten Tanzereignissen in Deutschland zählt. Mit dem Projekt **Dance on** wurden Produktionen entwickelt, die gezielt künstlerische Erfahrungen älterer Tänzerinnen und Tänzer nutzen und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Auch Theaterprojekte mit überregionaler oder internationaler Ausstrahlung unterstützt der Bund. Beispiele sind das Festival **Theater der Welt**, das alle drei Jahre in einer anderen Stadt Deutschlands stattfindet, die **Ruhrfestspiele Recklinghausen** und das Festival **IMPULSE** für die freie Theaterszene, deren Produktionen darüber hinaus Unterstützung durch den Fonds **Darstellende Künste** erhalten können.



› **Nijinsky-Gala – auch das Bundesjugendballett hatte seinen Auftritt**

Qualität säen, APPLAUS ernten – Spielstättenprogrammpreis des Bundes

Das Wichtigste für Musikerinnen und Musiker ist und bleibt die Bühne. Unzählige Live-Clubs in Deutschland machen Auftritte vor einem größeren Publikum erst möglich und stärken mit ihren Programmen der Livemusikkultur den Rücken.

Deshalb verleiht die Kulturstaatsministerin jedes Jahr den Spielstättenprogrammpreis „APPLAUS“. Prämiert werden kleinere Musikclubs und Veranstaltungsreihen mit herausragenden Rock-, Pop- oder Jazz-Angeboten. Der Preis soll die öffentliche Aufmerksamkeit und die Anerkennung insbesondere für kleinere, unabhängige Clubs stärken und sie finanziell unterstützen, denn ihr Engagement gestaltet vielerorts das lokale Kulturprogramm maßgeblich mit.

www.initiative-musik.de

‹ **APPLAUS – der wichtigste und höchstdotierte Bundespreis für unabhängige Musikclubs und Veranstaltungsreihen**



Bildende Kunst

Neben der Künstlerförderung setzt sich die Kulturstatsministerin für bedeutsame Projekte der bildenden Künste und Ausstellungen ein. Dazu zählen die **documenta** in Kassel, eine der weltweit wichtigsten Schauen für zeitgenössische Kunst, sowie die ebenfalls international renommierte **Berlin Biennale**. Beide werden über die Kulturstiftung des Bundes gefördert. Sie unterstützt auch die **transmediale** in Berlin, Deutschlands größtes Festival für Medienkunst und digitale Kultur.

Zur Vermittlung und Präsentation von Kunst ist der Bund auch Träger großer Ausstellungshäuser und Museen. Dazu gehören die **Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland** in Bonn, der **Martin-Gropius-Bau** in Berlin oder die **Staatlichen Museen zu Berlin** der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.



Die Bundeskunstsammlung

Seit 1970 sammelt der Bund Kunst. Die „Sammlung zeitgenössischer Kunst der Bundesrepublik Deutschland“ umfasst inzwischen rund 1.600 Werke und dokumentiert so das Spektrum künstlerischen Schaffens in Deutschland nach 1945.

Die Sammlung macht nicht nur durch große eigene Ausstellungen auf sich aufmerksam, sondern ist auch eine geschätzte Leihgeberin für viele Institutionen im ganzen Land. Eine unabhängige Ankaufskommission sorgt dafür, dass die Sammlung aktuell bleibt und wächst.

www.kunstsammlung-bund.de

◀ Interessierter Kunstliebhaber betrachtet die Werke der Villa-Massimo-Stipendiaten im Martin-Gropius Bau, Berlin



^ **documenta in Kassel – die weltweit bedeutendste Reihe von Ausstellungen für zeitgenössische Kunst**

documenta – Weltkunstausstellung mit politischen Akzenten

Bereits seit 1955 bricht mit der documenta alle fünf Jahre ein außergewöhnliches Kunstspektakel über Kassel herein: 100 Tage lang präsentiert sie in öffentlichen Einrichtungen und weiteren Standorten in der ganzen

Stadt aktuelle internationale Kunstpositionen zu den drängenden Fragen unserer Zeit. Die documenta gilt als eine der weltweit bedeutendsten Ausstellungen zeitgenössischer Kunst. Die von der Kulturstatsministerin finanzierte Kulturstiftung des Bundes fördert die documenta regelmäßig, zuletzt mit 4,5 Millionen Euro für die 14. Ausgabe im Jahr 2017.

Kulturelle Bildung und Integration

Die kulturelle Teilhabe ist einer der wichtigsten Bausteine für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und ein ebenso wichtiger Motor der Integration in unserer Gesellschaft. Die Begegnung und Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur ermöglichen einen Zugang zu Geschichte, zu den Traditionen, Werten und kulturellen Leistungen in Deutschland, Europa und der Welt.

Deshalb fördert die Kulturstaatsministerin zahlreiche Projekte und Initiativen, die sich der Vermittlung von Kunst und Kultur widmen. Ziel ist es, Menschen zu erreichen, die Museen, Bibliotheken oder Theater bisher kaum oder selten besuchen.

Hier setzen Angebote der kulturellen Bildung an. Sie bringen Menschen ins Museum, ins Konzerthaus, in die Theatergruppe, in den Chor oder in die Gedenkstätte. Sie sorgen umgekehrt aber auch dafür, dass sich diese Projekte und Einrichtungen für neue Interessenten öffnen. Und sie vernetzen Kultureinrichtungen mit Schulen, Seniorenheimen oder interkulturellen Stadtteilzentren. Dazu gehören auch mobile Angebote für ländliche Regionen, wie zum Beispiel **on.tour**, der **Museumsbus des Jüdischen Museums Berlin** oder das Kinderkreativzentrum **Krokoseum** in den Franckeschen Stiftungen zu Halle.

Die Kulturstaatsministerin unterstützt ein breites Spektrum modellhafter Initiativen der kulturellen Vermittlung und Integration. Dabei geht es um Menschen jeden Alters, ob im ländlichen Raum oder in den Metropolen, mit und ohne Zuwanderungsgeschichte oder körperlichen Einschränkungen: Alle Menschen in Deutschland sollen regelmäßig Gelegenheit haben, sich über attraktive Vermittlungsangebote mit Kunst und Kultur vertraut zu machen. Die Bundesregierung sieht in diesem Engagement zur Förderung der kulturellen Teilhabe einen wesentlichen Beitrag, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu stärken.

▼ **Monika Grütters besucht
das Kinderkreativzentrum
Krokoseum in Halle**





^ Pergamon-Museum,
Berlin: Schülergruppe
vor dem Ishtar-Tor
aus Babylon

Daher ist es in der Kulturpolitik des Bundes ein wichtiges Anliegen, die Teilhabe und Integration beispielgebend in den vom Bund geförderten Kultureinrichtungen zu verankern – nach innen und nach außen. Sowohl in ihrer Gremien- und Personalbesetzung, als auch bei der Ansprache des Publikums, in der Programmgestaltung und bei der Zugänglichkeit ihrer Angebote soll sich die Vielfalt unserer Gesellschaft wiederfinden.



◀ Den „BKM-Preis Kulturelle Bildung“
verleiht die Kulturstaatsministerin in
der Stiftung Genshagen

BKM-Preis Kulturelle Bildung – Bund würdigt vorbildliche Initiativen

Mit dem BKM-Preis Kulturelle Bildung zeichnet die Kulturstaatsministerin jedes Jahr beispielhafte Projekte der kulturellen Bildung und Vermittlung aus. Dabei geht es um Projekte, die Kunst und Kultur nachhaltig vermitteln, auf kulturelle Verständigung setzen und bislang unterrepräsentierte Zielgruppen gezielt berücksichtigen.

Einer der Preisträger 2018 war das Projekt "Stranger than – Aus Nachbarn werden Fremde". Hierfür kamen so unterschiedliche Träger wie Spielen in der Stadt e.V., eine Münchner Mittelschule, das NS-Dokumentationszentrum München und die KZ-Gedenkstätte Dachau zusammen. 22 Jugendliche aus neun Nationen setzten verschiedene Aspekte der NS-Zeit in einer künstlerischen Performance um. Diese Annäherung an gesellschaftspolitisch relevante Themen mit Tanz und Theater ist ein beispielgebender Ansatz einer zeitgemäßen Geschichtsvermittlung.

Multaka

Die Kulturstaaatsministerin fördert Modellprojekte, die den interkulturellen Austausch besonders im Blick haben. Ein Beispiel dafür ist Multaka. Multaka ist arabisch und bedeutet „Treffpunkt“.

Genau darum geht es bei diesem Projekt der Stiftung Preußischer Kulturbesitz: durch Begegnungen den Austausch kultureller und historischer Erfahrungen zu fördern. In mehreren Berliner Museen führen arabischsprachige Geflüchtete als Museumsführer durch die Sammlungen. Dabei vermitteln sie nicht nur die Kultur ihrer Herkunftsländer, sondern stellen auch Verbindungen zu Kultur und Geschichte Deutschlands her.

Informationen zum BKM-Preis Kulturelle Bildung und Antragsvordrucke für Modellprojekte der Vermittlung und Integration finden Sie unter:

www.kulturstaaatsministerin.de/kulturellebildung

› **Multaka-Projekt:**
Führung durch
das Museum für
Islamische Kunst

Modellprojekte der Kulturstiftung des Bundes

Die Kulturstiftung des Bundes initiiert in vielfältigen Bereichen mehrjährige Modellvorhaben, unter anderem auch zur kulturellen Bildung und Vermittlung.

Um zu zeigen, was Vermittlungsarbeit an Museen auszeichnet und bewirken kann, hat die Kulturstiftung des Bundes gemeinsam mit den Staatlichen Museen zu Berlin **lab.Bode – Initiative zur Stärkung der Vermittlungsarbeit in Museen** ins Leben gerufen.

Außerdem nimmt die Kulturstiftung des Bundes das Bauhaus-Jubiläum 2019 zum Anlass, um mit dem **Bauhaus Agenten Programm** neue Akzente in der künftigen Ausrichtung der neuen Bauhaus-Museen zu setzen: Für die Dauer von vier Schuljahren arbeiten neun Bauhaus Agenten mit bis zu 36 Schulen in Weimar, Dessau und Berlin zusammen, um gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Kulturschaffenden



und Stadtforschern innovative Wege der kulturellen Vermittlung zu entwickeln und zu erproben.

www.kulturstiftung-bund.de/bauhaus-agenten

Noch bis 2019 läuft das bereits 2011 gestartete Programm **Kulturagenten für kreative Schulen** in Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. 49 Frauen und Männer sind aktuell als „Agenten“ für die Kultur im Einsatz, damit Kunst und Kultur einen festen Platz im Schulalltag bekommen. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern entwickeln sie ein künstlerisches Programm und stoßen Kooperationen mit Künstlern sowie Kultureinrichtungen der Stadt an, die nachhaltig wirken sollen. Die Kulturstiftung des Bundes fördert diese Kultur- und Schulpartnerschaften gemeinsam mit der Stiftung Mercator und den beteiligten Bundesländern.

www.kulturagenten-programm.de



› **Programm lab.Bode – Schülerinnen im Bodemuseum, Berlin**

lab.Bode – Initiative zur Stärkung der Vermittlungsarbeit an Museen

Die zweiteilige Initiative soll Veränderungsprozesse in den Museen selbst anstoßen, die geeignet sind, insbesondere junge Menschen anzusprechen. Dafür wird das Bode-Museum auf der Museumsinsel in Berlin bis Ende 2020 zum Experimentierfeld. Es wurde modellhaft ein Vermittlungslabor eingerichtet, das mit neun Berliner Schulen zusammenarbeitet.

Bundesweit fördert die Initiative 23 wissenschaftliche Volontariate an Museen, die der Vermittlungsarbeit in ihrer Institution einen höheren Stellenwert einräumen möchten.

Ein Diskursprogramm fördert den Fachdiskurs über aktuelle, auch internationale Ansätze und Perspektiven der Vermittlungsarbeit. Die Ergebnisse der Initiative werden allen Museen in Deutschland zur Verfügung gestellt.

www.lab-bode.de

‹ **Kulturagenten-Programm mit dem Thema „Wie wohnt die Fantasie“**





◀ **Stiftung Genshagen –
Kunst- und Kulturvermittlung
in Europa**

Kultur und Integration

Unsere Gesellschaft wird zunehmend von Migration geprägt. Kulturelle Teilhabe ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass Zuwanderer in der Fremde ihre neue Umgebung verstehen und dass auch sie hier verstanden werden. Denn kulturelle Teilhabe ist eben auch gesellschaftliche Teilhabe. Daher kann kulturelle Bildung eine wichtige Rolle dabei spielen, den Zusammenhalt in einer heterogenen, vielfältigen Gesellschaft zu stärken.

Die bundesgeförderten Museen, Bibliotheken und Archive, Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind aufgefordert, die kulturelle Teilhabe aller Menschen in Deutschland künftig als feste Kern- und Querschnittsaufgabe in ihrer Arbeit umzusetzen. Die gesellschaftliche Vielfalt soll sich sowohl in ihren Organisationsstrukturen und Gremien als auch beim Personal widerfinden, aber auch in der Ansprache des Publikums, der Programmgestaltung und der Zugänglichkeit ihrer Angebote Berücksichtigung finden.

Die Kulturstatsministerin unterstützt diese Vermittlungsarbeit zum Beispiel mit Vor-Ort-Beratungen. Die geförderten Einrichtungen erhalten dabei konkrete Anregungen von Expertinnen und Experten der kulturellen Bildung.

Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen widmet sich dem Dialog zwischen Kunst, Kultur, Politik und Wirtschaft. Themenschwerpunkte sind „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“ und Kunst- und Kulturvermittlung in Europa – ein Bereich, der von der Kulturstatsministerin explizit gefördert wird.

Frankreich und Polen engagieren sich in der Stiftung und fördern Mitarbeiterstellen und Einzelvorhaben. Die Stiftung wird gemeinsam vom Bund und vom Land Brandenburg getragen.

www.stiftung-genshagen.de

Initiative Kulturelle Integration – Zusammenhalt in Vielfalt

Den aktuellen Herausforderungen der kulturellen Integration widmet sich die Initiative Kulturelle Integration (IKI). Unter Moderation des Deutschen Kulturrats haben 28 Mitglieder aus der Zivilgesellschaft, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, den Medien, den kommunalen Spitzenverbänden, den Sozialpartnern, Migrantenverbänden und vier Ressorts der Bundesregierung 15 Thesen zum „Zusammenhalt in Vielfalt“ erarbeitet.

Darin beschreiben sie die Rolle der Kultur für das Zusammenleben in einer pluralen, weltoffenen Gesellschaft und benennen grundlegende Werte, die unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhalten, um diesen Kern zu stärken.

Finanziert wird die Initiative aus dem Haushalt der Kulturstaatsministerin, die Schirmherrin ist.

www.kulturelle-integration.de

Mit der Mitmachaktion: „Gib mir ein Zeichen!“ werden die 15 Thesen in die breite Öffentlichkeit getragen.

www.gibmireinzeichnen.de

- › **Die Bundeskanzlerin erhält das Thesenpapier „Zusammenhalt in Vielfalt“ der Initiative Kulturelle Integration**

Netzwerk Kulturelle Bildung und Integration

Modellvorhaben wie Multaka (Seite 69) ermöglichen es, die interkulturelle Öffnung der Kulturinstitutionen voranzutreiben – ein Kernanliegen des **Nationalen Aktionsplans Integration** der Bundesregierung. Die Kulturstaatsministerin betreut hier federführend das Kapitel „Kultur“. Ziel ist es unter anderem, maßgebliche Akteure deutschlandweit zu vernetzen. Hierfür wurde 2012 das von der Stiftung Genshagen koordinierte **Netzwerk Kulturelle Bildung und Integration** gegründet.





Kulturelle Vielfalt in Deutschland

In Deutschland leben Menschen mit vielen verschiedenen kulturellen Hintergründen. Diese Vielfalt bereichert den Austausch und die Kreativität in Kunst und Kultur, so dass ein lebendiges gesellschaftliches Miteinander entsteht.

Um dieses Miteinander zu stärken und dabei die kulturelle Identität der als „nationale Minderheiten“ anerkannten Gruppen zu erhalten, stellt die Kulturstaatsministerin Förderhilfen zur Verfügung. Zu den Geförderten zählen die deutschen Sinti und deutschen Roma, die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein sowie die Nord- und die Saterfriesen.

Zudem unterstützt die Kulturstaatsministerin die Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland **Porta Polonica** mit Sitz in Bochum. Diese dokumentiert und vermittelt die Spuren und Einflüsse des polnischen Lebens in Deutschland in einem zentralen Internetportal. Kernstück des Portals ist der „Atlas der Erinnerungsorte“.

www.porta-polonica.de

Kompetenzverbund Kulturelle Integration und Wissenstransfer

Die Fragen, wie kulturelle Integration in Deutschland noch stärker gefördert werden kann und welche Maßnahmen zur Weiterentwicklung institutioneller Strukturen in dieser Hinsicht noch ergriffen werden können, stehen im Fokus des Kompetenzverbundes Kulturelle Integration und Wissenstransfer (KIWiT). Seit 2017 führt er die Expertise zu kultureller Integration seitens der **Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel e.V.**, des **Bundesverbands Netzwerke von Migrantenorganisationen (NeMO)**, des **Hauses der Kulturen der Welt (HKW)**, des **netzwerks junge ohren e.V.** und der **Stiftung Genshagen** zusammen.

Die Verbundpartner betrachten Teilhabe an Kunst und Kultur als wichtigen Baustein einer Einwanderungsgesellschaft. Deshalb führen sie deutschlandweit in Kooperation mit weiteren Partnern Workshops, Fortbildungen und künstlerische Werkstätten zu diesen Themen durch. Das **Onlineangebot „Kultur öffnet Welten“** ist ein wichtiger Bestandteil von KIWiT. Es gibt Aufschluss über die Aktivitäten des neuen Kompetenzverbundes und bietet Kulturschaffenden sowie Institutionen im Bereich kultureller Teilhabe eine Plattform zum Austausch.

www.kultur-oeffnet-welten.de

◀ **Das Deutsche Musikinformationszentrum bietet im Internet das Portal „Musik und Integration“ an. Es zeigt, welche musikalischen Integrationsprojekte es in der Region gibt**

Provenienzforschung und Restitution

NS-Raubkunst: Deutschland trägt historische Verantwortung

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden zahlreiche Kunst- und Kulturgüter vor allem aus jüdischem Besitz geraubt, enteignet oder anderweitig entzogen. Viele Menschen mussten bei ihrer Flucht aus Deutschland ihren Besitz zurücklassen oder unter Wert verkaufen.

Nach wie vor befinden sich solche Kunstwerke und andere Kulturgüter verstreut in öffentlichen Sammlungen oder in Privatbesitz. Deutschland kommt in diesem sensiblen Bereich seiner historischen Verantwortung nach und setzt sich mit Nachdruck für die Suche nach diesen Kulturgütern sowie für gerechte und faire Lösungen in entsprechenden Restitutionsangelegenheiten ein.



Washingtoner Erklärung

1998 hat Deutschland zusammen mit 43 weiteren Staaten und 13 Nichtregierungsorganisationen die sogenannte „Washingtoner Erklärung“ verabschiedet. Gemeinsam erklärten sich die Teilnehmer bereit, auf Basis der jeweiligen Rechtssysteme weiter nach NS-Raubkunst – also im Nationalsozialismus verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut, insbesondere aus jüdischem Besitz – zu suchen und gerechte und faire Lösungen für den weiteren Umgang damit zu finden.

◀ NS-Raubkunstwerk restituiert – eine Zeichnung von Adolph von Menzel aus dem „Kunstfund Gurlitt“ geht an die Familie der ursprünglichen Erbin zurück

- › **Zwei Experten für Provenienzforschung bei der Arbeit**

Empfehlungen der „Beratenden Kommission“

Bei Differenzen über die Rückgabe von Kulturgütern können ehemalige Eigentümer oder Erben und öffentliche oder private Einrichtungen sowie Privatpersonen, bei denen sich das betreffende Kunstwerk heute befindet, die „Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“ anrufen.

Die Kommission übernimmt eine Mediatorenrolle, wenn dies von beiden Seiten gewünscht wird. Zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten kann sie Empfehlungen aussprechen.

Die Geschäftsstelle der Kommission befindet sich beim Deutschen Zentrum Kulturgutverluste in Magdeburg.

www.kulturgutverluste.de



„Gemeinsame Erklärung“ zur Suche nach NS-Raubkunst

Mit ihrer „Gemeinsamen Erklärung“ haben Bund, Länder und Kommunen 1999 die Washingtoner Prinzipien auf die föderalen Strukturen in Deutschland übertragen.

Seither sind insbesondere alle öffentlichen Einrichtungen – aber auch Privatpersonen – aufgerufen, ihre Kulturgutbestände rasch und umfassend auf ihre Herkunft (Provenienz) hin zu prüfen.

Grundlegende Hinweise und eine praktische Orientierungshilfe zur Provenienzforschung finden Museen, Archive, Bibliotheken und andere, auch private Sammlungen, in einer von der Kulturstaatsministerin herausgegebenen Handreichung zur praktischen Umsetzung der „Gemeinsamen Erklärung“.

Die Handreichung ist unter www.lostart.de online verfügbar.

Deutsches Zentrum Kulturgutverluste

Der Bund, die Länder und die Kommunen haben 2015 auf Initiative der Kulturstaatsministerin die Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste in Magdeburg gegründet.

Das Zentrum ist in Deutschland national und international zentraler Ansprechpartner in Fragen unrechtmäßiger Entziehungen von Kulturgut. Das Hauptaugenmerk des Zentrums gilt hierbei der NS-Raubkunst. Grundlage für seine Arbeit in diesem Bereich sind die „Washingtoner Prinzipien“ und die „Gemeinsame Erklärung“.

Neben der NS-Raubkunst zählen auch kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter (sogenannte Beutekunst) sowie Kulturgutverluste in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR zu den Aufgabefeldern des Zentrums. Ein weiteres wichtiges Themenfeld wird die Förderung der Provenienzforschung zu Kulturgütern aus kolonialen Kontexten sein.

Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste fördert Provenienzforschung über finanzielle Zuwendungen und dokumentiert Kulturgutverluste als Such- und Fundmeldungen in seiner frei zugänglichen Lost-Art-Datenbank. Zu seinen Aufgaben gehören auch nationale und internationale Kooperationen.

Das Zentrum erarbeitet eine Forschungsdatenbank, in der die Ergebnisse der bislang mit öffentlichen Mitteln geförderten Provenienzforschung gesammelt, ausgewertet und der Forschungsgemeinschaft zur Verfügung gestellt werden können.

Das Zentrum bündelt und vernetzt vorhandenes Wissen sowie aktuelle Forschungsergebnisse und eröffnet so der Provenienzforschung neue Perspektiven.

www.kulturgutverluste.de



Lost Art – Datenbank

Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste dokumentiert Such- und Fundmeldungen in der frei zugänglichen Online-Datenbank Lost Art. Hat eine Recherche ergeben, dass bei einem Kunstwerk ein verfolgungsbedingter Entzug nicht auszuschließen ist, kann es dort veröffentlicht werden. Gleichzeitig können Privatpersonen oder Institutionen Suchmeldungen in die Datenbank einstellen.

Mittlerweile haben mehr als 1.400 Personen und Einrichtungen aus dem In- und Ausland Kunstwerke in Form von Such- bzw. Fundmeldungen zu NS-Raubkunst oder Beutekunst gemeldet. Die Anzahl der Objekte zu Fundmeldungen hat sich seit 2008 von rund 6.670 auf jetzt rund 44.000 mehr als versechsfacht.

www.lostart.de

Der „Kunstfund Gurlitt“

Seit November 2013 ist das Thema NS-Raubkunst durch den sogenannten „Kunstfund Gurlitt“ verstärkt ins Licht der breiten Öffentlichkeit gerückt.

Bei Cornelius Gurlitt wurden über 1.500 Kunstwerke gefunden, die er von seinem Vater Hildebrand Gurlitt geerbt hatte. Dieser war als Kunsthändler auch im Auftrag des NS-Regimes tätig. Es bestand daher der Verdacht, dass es sich zumindest bei einem Teil der Werke um NS-Raubkunst handeln könnte.

Eine international besetzte „Taskforce“ übernahm ab November 2013 die Aufgabe, NS-Raubkunst in dem Gurlitt-Bestand zu identifizieren und einen transparenten Umgang damit zu sichern. Im Januar 2016 legte sie ihren Abschlussbericht vor.

Seitdem führt das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste die Provenienzforschung zum Kunstfund Gurlitt fort. Die Forschungsergebnisse und die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind wichtige Beiträge zur Aufarbeitung des NS-Kunstraubs.

› Aus der Gurlitt-Ausstellung
in der Bundeskunsthalle in
Bonn: Marmorfigur von
Auguste Rodin „Kauernde“



Fördermittel für Provenienzforschung

Um die Provenienzforschung, insbesondere zur NS-Raubkunst, noch weiter voranzutreiben, hat die Kulturstaatsministerin die Fördermittel deutlich erhöht. Derzeit stellt der Bund jährlich gut 7,5 Millionen Euro für die Provenienzforschung zur Verfügung, einschließlich der Finanzierung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste. Weitere Mittel tragen die Länder und die geförderten Einrichtungen bei.

Seit 2008 hat der Bund rund 24,5 Millionen Euro aufgewendet, um Forschungsvorhaben zur Provenienzforschung in Kultureinrichtungen zu finanzieren. Damit wurden 270 Forschungsprojekte in 182 Einrichtungen gefördert. Seit der Unterzeichnung der „Washingtoner Erklärung“ wurden in Deutschland zahlreiche Kunstwerke, Bücher und Archivalien als NS-Raubkunst identifiziert und restituiert.

› **Ausstellung im Zeppelin-Museum, Friedrichshafen, zur Provenienzforschung: „Eigentum verpflichtet! Eine Kunstsammlung auf dem Prüfstand“ – Förderung durch das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste**



◀ **Archivrecherche Provenienzforschung, Landesmuseum Oldenburg**



Provenienzforschung zu Kulturgut aus kolonialen Kontexten

Auch Deutschland blickt auf eine Vergangenheit als Kolonialmacht zurück. Hierzulande gibt es viele Objekte in Museen und Sammlungen, von denen wir (noch) nicht wissen, wem sie ursprünglich gehörten oder auf welchem Weg sie hierher gekommen sind. Dies gilt es ebenso zu erforschen, wie im Dialog mit den Herkunftsgesellschaften und Herkunftsstaaten einen angemessenen Umgang hinsichtlich des Verbleibs der Kulturgüter und möglicher Rückgaben zu finden.

Deutschland steht hier genau wie viele andere europäische Staaten in der Pflicht, diese Fragen zu klären und in den Dialog mit den jeweiligen Herkunftsgesellschaften und Herkunftsstaaten zu treten. Wichtig ist es der Kulturstaatsministerin dabei, im Sinne einer konsequenten Erinnerungspolitik Grundlagen für Verständigung, Austausch und Versöhnung zu schaffen.

Weil die mit der Aufarbeitung von Kulturgut aus kolonialen Kontexten verbundenen Fragen rechtlich, politisch und moralisch höchst komplex sind und unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen berühren, sieht der Bund in der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die weit über einzelne ethnologische Sammlungen hinausreicht.

Finanziert von der Kulturstaatsministerin, hat der Deutsche Museumsbund einen ersten Leitfaden mit konkreten Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten erstellt.

Der Leitfaden ist unter www.museumsbund.de online verfügbar.



^ Vorstellung des Leitfadens des Deutschen Museumsbundes „zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“ im Mai 2018 in Berlin

› **Übersee-Museum Bremen: Zwei
Ahnenfiguren, Papua Neuguinea**

Projektförderung

Um die Aufarbeitung der Provenienzen zu Kulturgut aus kolonialen Kontexten zu stärken, erarbeitet das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste Grundsätze für die Projektförderung im Umgang mit Kulturgut aus kolonialen Kontexten. Dazu soll die Provenienzforschung in Museen und Sammlungen ebenso zählen wie die Grundlagenforschung. Das Zentrum wird dabei eng mit dem Deutschen Museumsbund und anderen Akteuren zusammenarbeiten und von einem Fachbeirat unterstützt werden.

www.kulturgutverluste.de



Kulturgutschutz

Bedeutung des Kulturgutschutzes – national und international

Kulturgüter sichern, erhalten und für kommende Generationen bewahren – das ist die gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Dabei geht es nicht nur um Kulturgut, das für die Bundesrepublik von nationaler Bedeutung ist, sondern auch um das kulturelle Erbe der Menschheit, das des gemeinsamen Schutzes aller Staaten bedarf.

Während der Erhalt von Kulturgütern in erster Linie Sache der Länder ist, ist der Bund vor allem in zwei Bereichen für die Gesetzgebung zuständig: einerseits für den Schutz national wertvollen Kulturguts vor Abwanderung ins Ausland, andererseits für den Schutz von Kulturgut ausländischer Staaten, das unrechtmäßig nach Deutschland eingeführt wurde und zurückzugeben ist.

Vor allem in Krisensituationen und bewaffneten Konflikten werden immer wieder Museen und archäologische Grabungsstätten geplündert und Kulturgüter illegal ins Ausland geschafft. Seit 2015 fordert der UN-Sicherheitsrat die Staatengemeinschaft auf, wegen der Zerstörung des Weltkulturerbes in Syrien und im Irak und der Finanzierung terroristischer Aktivitäten durch den illegalen Handel mit Kulturgütern, verstärkt Maßnahmen gegen das Geschäft mit Raubgut zu ergreifen.

Kulturgutschutz Deutschland

Mit dem Internetportal „Kulturgutschutz Deutschland“ bietet die Bundesregierung detaillierte Informationen zum Kulturgutschutz in Deutschland, aber auch im Ausland an. Sammlerinnen und Sammler, Kulturschaffende oder Kulturgut bewahrende Einrichtungen können hier gezielt auf genau die Fakten zugreifen, die für ihre jeweiligen Interessen- oder Geschäftsbereiche wichtig sind.

Neben den deutschen Kulturgutschutzregelungen und dem Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes eröffnen insbesondere einzelne Staateninformationen interessante Einblicke in den internationalen Kulturgutschutz. Nutzerinnen und Nutzer erhalten schnell einen Überblick über national geschützte Kulturgüter ausländischer Staaten, deren maßgebliche Ausfuhrbestimmungen, exportverantwortliche Stellen und gegebenenfalls erforderliche Ausfuhrgenehmigungen.

www.kulturgutschutz-deutschland.de

› **Fragmente einer Statue im Museum in Palmyra/Syrien, verwüstet durch den „Islamischen Staat“**



Kulturgutschutzgesetz

Um den Kulturgutschutz in Deutschland zu stärken, hat die Kulturstaatsministerin 2016 ein einheitliches und zeitgemäßes Kulturgutschutzgesetz auf den Weg gebracht. Hierin wurde das bisherige lückenhafte Kulturgutschutzrecht neu geregelt und zugleich den aktuellen Anforderungen des UN-Sicherheitsrats, des EU-Rechts und internationaler UNESCO-Standards angepasst.

Bereits 1993 hatten sich die EU-Mitgliedsstaaten mit dem Wegfall der Grenzkontrollen im Schengen-Raum darauf verständigt, wechselseitig die nationale Unterschutzstellung beweglichen Kulturguts anzuerkennen: Sollte also ein Kulturgut, das in einem EU-Mitgliedsstaat geschützt ist, unrechtmäßig in einen anderen EU-Mitgliedsstaat verbracht werden, muss es zurückgegeben werden. 2014 hatte die EU diese Regelungen weiter verschärft. Auch das „UNESCO-Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut“ aus dem Jahr 1970 beinhaltet eine solche Verpflichtung zur Rückgabe unrechtmäßig verbrachten Kulturguts auch aus Drittstaaten außerhalb der EU.

www.kulturgutschutz-deutschland.de

Schutz von Museumssammlungen

Mit dem Kulturgutschutzgesetz sind auch die Sammlungen öffentlicher Museen und Archive besser geschützt. Sollte ein Objekt aus einem öffentlichen Museum gestohlen werden und auf illegalem Weg ins Ausland gelangen, hat der deutsche Staat nun einen völkerrechtlichen beziehungsweise einen EU-rechtlichen Rückgabeanspruch, der erst nach 75 Jahren erlischt. Von diesem Schutz können auch private Leihgeber profitieren.

› **Nebra-Himmelsscheibe und Beigaben (Schwerter, Beile, Armringe); um 1600 v. Chr.**

Verzeichnis

National wertvolles Kulturgut

Manche Kulturgüter sind besonders bedeutsam für unser kulturelles Erbe, sie wirken identitätsstiftend. Wandern solche Objekte zum Beispiel durch einen Verkauf ins Ausland ab, bedeutet das einen schweren – weil in den meisten Fällen unumkehrbaren – Verlust für den deutschen Kulturbesitz und für die deutsche Geschichtskultur.

Um dem vorzubeugen, gibt es in Deutschland schon seit beinahe 100 Jahren Regelungen, die solche besonders bedeutsamen Stücke vor der Abwanderung ins Ausland schützen. Seit 1955 führen die Bundesländer „Verzeichnisse national wertvollen Kulturguts“. Darin eingetragene Objekte dürfen nur mit Genehmigung und grundsätzlich nur vorübergehend aus Deutschland ausgeführt werden.

Ein Beispiel ist die 3.600 Jahre alte Himmelsscheibe von Nebra. Durch Raubgräber illegal ausgegraben, wurde sie zunächst ins Ausland verbracht und kam später zurück nach Deutschland. 2012 wurde sie in das „Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes“ aufgenommen.

Seit 1955 gab es etwa 2.700 Einzel- und Sammeleintragungen in die „Verzeichnis national wertvollen Kulturguts“ der Bundesländer, die in der Online-Datenbank Kulturgutschutz Deutschland recherchierbar sind.



Schriftliches Kulturgut erhalten

Handschriften, Archivalien oder Bücher: Nachlässe unserer Geistesgrößen gehören zu unserem kulturellen Gedächtnis. Sie geben Aufschluss über das Leben und Schaffen unserer Vorfahren, über Wege und Irrwege unserer Gesellschaft – und schließlich sind sie auch Impulse für die Zukunft. Dieses kostbare Vermächtnis für kommende Generationen zu bewahren, ist vornehme Pflicht einer Kulturnation wie Deutschland.

✓ Foto aus der Kinderakte des ITS (International Tracing Service) – Restaurierung aus BKM-Programm gefördert





^ **Band der Amerika-Tagebücher
Alexander von Humboldts (1799–1804)
in der Staatsbibliothek zu Berlin –
wertvolles Kulturgut**

Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek (DNB) sammelt an ihren Standorten Leipzig und Frankfurt/Main alle ab 1913 erschienenen deutschen und deutschsprachigen Publikationen in Wort, Bild und Ton, gedruckt auf Datenträgern oder online.

Jeder, der in Deutschland publiziert, ist verpflichtet, seine Arbeiten der DNB zur Verfügung zu stellen. So kommen täglich mehr als 2.100 neue gedruckte Werke und knapp 2.500 digitale Publikationen zum Bestand hinzu.

www.dnb.de

Doch die historischen Zeugnisse drohen durch Feuchtigkeit, Tintenfraß oder Schimmel in ihrer Substanz unwiederbringlich verloren zu gehen. Winzige Schädlinge, die Alterung der verwendeten Materialien und historische Formen der Magazinierung erschweren zunehmend den Erhalt des schriftlichen Kulturerbes Deutschlands.

Um die aufbewahrenden Einrichtungen bei ihren Rettungsversuchen zu unterstützen, hat die Kulturstaatsministerin 2017 erstmals auf Bundesebene die Initiative ergriffen und ein entsprechendes Sonderprogramm aufgelegt. Dabei handelt es sich um 45 ausgewählte Vorhaben zum Erhalt von Schriften, die aus historischer oder wissenschaftlicher Sicht von überregionaler Bedeutung sind. Im Fokus der Förderung stehen die notwendigen technischen Mengenverfahren wie Massensäuerung, Trockenreinigung oder Verpackung. Ein Erfolg des Programms besteht unter anderem darin, dass es auf Länderebene bereits ein größeres Engagement hervorgerufen hat. Zum Beispiel haben mehrere Länder ihre Mittel erhöht, um sich bei der Fortführung des Programms auch mit eigenen Förderungen zu beteiligen.

Darüber hinaus hat der Bund gemeinsam mit den Ländern die „Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts“ bei der Staatsbibliothek zu Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, eingerichtet. In einem ersten wichtigen Schritt hat sie Handlungsempfehlungen für den Erhalt schriftlichen Kulturguts in Archiven und Bibliotheken vorgelegt, die es nun umzusetzen gilt. Ihre Aufgabe ist es gleichzeitig, bestehende Netzwerke zu verknüpfen und bundesweit Modellvorhaben der Forschung und Bestandserhaltung zu fördern.

www.kek-spk.de



Denkmalschutz – Antreten gegen Vergänglichkeit

In Deutschland gibt es schätzungsweise rund eine Million Denkmäler – von der Dorfkirche, dem Fachwerkhaus oder dem ehemaligen Fabrikgebäude bis hin zur UNESCO-Welterbestätte. Sie alle sind ererbtes Kulturgut unserer Vorfahren und somit auch Spiegel unserer Geschichte und unserer Identität.

Diese Denkmäler als Orte unseres kulturellen Gedächtnisses zu erhalten und als Vermittler kulturhistorischer Zusammenhänge für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist eine wichtige kulturpolitische Aufgabe. Beim Denkmalschutz ergänzt der Bund deshalb das Engagement der Länder und Kommunen. Die Kulturstatsministerin hat dabei vor allem die überregional bedeutenden Denkmäler im Blick: so zum Beispiel das alte **Rathaus in Bremen**, die **Zuckerfabrik Oldisleben** oder die **Friedenskirche in Potsdam**.

Förderprogramme

Den Erhalt dieser und vieler weiterer Denkmäler unterstützt der Bund mit dem Förderprogramm **National wertvolle Kulturdenkmäler**. Hinzu kommen weitere Denkmalschutz-Sonderprogramme, mit denen in den vergangenen Jahren wichtige Kulturdenkmäler im gesamten Bundesgebiet saniert werden konnten. Die Fördermittel des Bundes werden dabei durch Mittel von Ländern, Kommunen, Eigentümern oder Projektträgern ergänzt.

◀ Wartburg bei Eisenach / Thüringen –
UNESCO-Weltkulturerbe



Darüber hinaus stellt der Bund auch Sondermittel für bedeutende Sanierungsvorhaben bereit. Hierzu zählen das Großprojekt **Berliner Museumsinsel**, das **Sonderinvestitionsprogramm für die Preußischen Schlösser und Gärten** oder das **Industriedenkmal Völklinger Hütte**. Hinzu kommen beträchtliche Investitionen zur langfristigen Erhaltung und Instandsetzung einzelner national bedeutsamer Kulturdenkmäler, etwa zu Gunsten der ehemaligen **Synagoge Görlitz** oder des Denkmalensembles **Eiderstedter Kirchen**.

Außerdem gibt es Förderprogramme, die zwar in erster Linie Kultureinrichtungen unterstützen, gleichzeitig aber auch denkmalpflegerische Ziele verfolgen – so zum Beispiel das Programm **Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland**.

- **Der jüdische Friedhof Berlin-Weißensee zählt zu den größten und schönsten jüdischen Friedhöfen Europas**



Erhalt historischer Orgeln

Der Deutsche Bundestag hat 2016 und 2017 zusätzlich Mittel für die Sanierung und Modernisierung historischer Orgeln bereitgestellt. Mit insgesamt 10 Millionen Euro werden insbesondere denkmalpflegerische Maßnahmen an wertvollen historischen Instrumenten gefördert. Der Orgelbau und die Orgelmusik wurden von der UNESCO im Jahr 2017 in die Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes aufgenommen.

Förderprogramm „National wertvolle Kulturdenkmäler“

Das älteste Denkmalschutzprogramm des Bundes gibt es seit 1950. Mehr als 600 Denkmäler nationalen Ranges sind seither mit diesen Fördermitteln saniert worden – darunter so bedeutende Bauwerke wie das Rathaus in Goslar, die Georgenkirche in Wismar, das brandenburgische Stift Neuzelle, das Eutiner Schloss, der Jüdische Friedhof sowie der Aachener Dom.

Antragsformulare finden Sie unter:

www.kulturstaatsministerin.de
(„Formulare und Anträge“)



^ Eröffnung des „Europäischen Kulturerbejahres“ im Kloster Neuzelle/Brandenburg zum 750. Gründungsjubiläum des Klosters im Mai 2018

Europäisches Kulturerbejahr 2018

Der Erhalt unseres gemeinsamen europäischen Kulturerbes ist gerade angesichts tiefgreifender gesellschaftspolitischer Veränderungen eine wichtige Aufgabe. Denn es sind die historischen Bauwerke und Denkmäler, die lebendigen Bräuche und Traditionen sowie die materiellen und immateriellen Schätze aus über 2.000 Jahren Geschichte, die eindrucksvoll zu erkennen geben, was uns in Europa verbindet.



◀ **Das historische Rathaus von Münster schmückt seit 2015 das Europäische Kulturerbe-Siegel. Hier und in Osnabrück wurde 1648 mit dem Westfälischen Frieden der Dreißigjährige Krieg beendet**

Weitere Informationen unter:

www.sharingheritage.de

Deshalb rücken die EU-Mitgliedsstaaten mit dem Europäischen Kulturerbejahr 2018 das gemeinsame kulturelle Erbe in den Fokus der Öffentlichkeit. Unter dem Motto „Sharing Heritage“ vermitteln sie in einer Vielzahl an Veranstaltungen, Projekten und Initiativen neue Perspektiven und Zugänge zum kulturellen Erbe Europas. Ziel ist es, in dieser Auseinandersetzung die verbindenden Beziehungen über nationale Grenzen hinweg aufzuzeigen, denn hierin wurzeln Identität, gemeinsame Werte und die Bereitschaft, trotz aller Unterschiede die Zukunft miteinander gestalten zu wollen.

Deutschland gehört zu den Initiatoren des Europäischen Kulturerbejahres. Schwerpunkt in Deutschland ist dabei das bauliche und archäologische Erbe. Das Programm zum Themenjahr in Deutschland koordiniert das **Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz** im Auftrag von Bund, Ländern und Kommunen. Für bundesbedeutsame Projekte stellt die Kulturstatsministerin insgesamt 7,2 Millionen Euro zur Verfügung. Darunter sind ein grenzüberschreitendes deutsch-französisches Park- und Gartenprojekt, ein eigens für das Kulturerbejahr gegründetes europäisches Folk-Ensemble, ein Literaturfestival, das den Geschichtsschatz europäischer Länder erlebbar macht und das gemeinsame Projekt „Frieden.Europa“ der Städte Münster und Osnabrück.



▶ **Festakt zur Auszeichnung des Rathauses Osnabrück mit dem Europäischen Kulturerbesiegel**



Kulturelles Erbe der Deutschen im östlichen Europa

Pommern, Böhmen, Mähren, Ostpreußen, Schlesien, Siebenbürgen: Dies sind Beispiele für frühere deutsche Ost- und Siedlungsgebiete im östlichen Europa. Hier haben Deutsche jahrhundertlang gelebt und zahlreiche Zeugnisse ihres Wirkens hinterlassen.

Zwei Weltkriege, der NS-Terror, Vertreibung und Flucht führten zu einer jähem Zäsur in diesem Miteinander. Sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs leben heute nur noch wenige Zeitzeugen mit eigenen Erinnerungen an ihre Heimat in den ehemals deutschen Herkunftsgebieten. Ohne eine gezielte Förderung und Pflege droht dieser Erinnerungsschatz der sogenannten „Erlebnisgeneration“ für immer verloren zu gehen. Deshalb gilt es, diese „gelebte Erinnerung“ in dauerhafte Formen der gesellschaftlichen Erinnerung und Wahrnehmung zu überführen.

Bund und Länder haben sich daher im **Bundesvertriebenen-gesetz** (§ 96 BVFG) dazu verpflichtet, das kulturelle Erbe der Deutschen im östlichen Europa zu erforschen, zu vermitteln und zu bewahren. Seitens des Bundes nimmt die Kulturstaatsministerin diesen Auftrag wahr.

Die Konzeption zur „Erforschung, Bewahrung, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa nach § 96 Bundesvertriebenengesetz“ finden Sie unter: www.kulturstaatsministerin.de



Mit dem Ziel einer stärkeren europäischen Integration und mit dem Blick auf jüngeres Publikum hat das Bundeskabinett 2016 eine erweiterte Förderkonzeption beschlossen. Deutsche Kultur und Geschichte ist bis heute in vielen Regionen des östlichen Europas lebendig. Sie zu erforschen, zu erhalten und zu vermitteln ist zu einem verbindenden Element für ein gemeinschaftliches Europa der Kulturen geworden. Deutschland arbeitet hier eng mit seinen östlichen Partnerländern zusammen.

Gemeinsam mit den Bundesländern fördert die Kulturstaatsministerin Wissenschafts- und Kultureinrichtungen, Bibliotheken sowie Museen, die sich dem deutschen Kulturerbe im östlichen Europa widmen. Außerdem unterstützt sie Juniorprofessuren, Forschungsvorhaben, Digitalisierungsprojekte oder Tagungen, museale, denkmalpflegerische und andere kulturelle Projekte.

▼ Kant-Tagung in Berlin

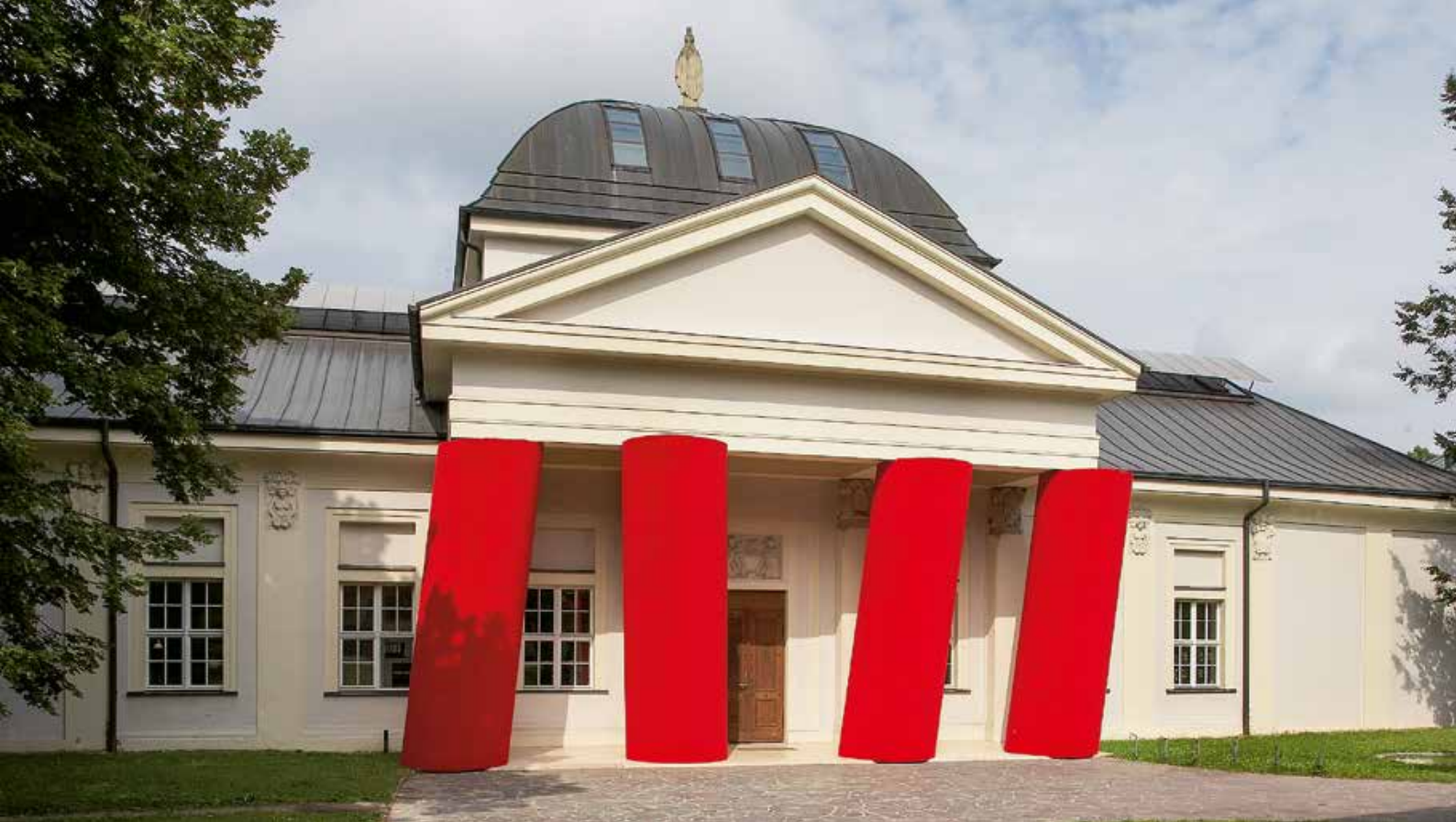


Kunstforum Ostdeutsche Galerie

Das Kunstforum Ostdeutsche Galerie in Regensburg widmet sich den Kunstschaffenden und dem künstlerischem Erbe der Deutschen aus den historischen Siedlungsgebieten des östlichen Europas. Zugleich präsentiert es zeitgenössische Kunst, die in Mittel-, Ost- und Südosteuropa entsteht oder sich mit diesen Gebieten auseinandersetzt. International bedeutende Künstlerinnen und Künstler von Corinth und Kollwitz bis Polke und Sieverding sind in der Sammlung vertreten. Sie umfasst rund 2000 Gemälde, 40 000 Papierarbeiten sowie 500 Plastiken und Skulpturen von der Romantik bis zur Gegenwart.

Getragen wird das Kunstforum Ostdeutsche Galerie Regensburg von einer gleichnamigen Stiftung, die 1966 gegründet wurde. Die Finanzierung des Museums teilen sich der Bund, der Freistaat Bayern und die Stadt Regensburg. Aus dem Haushalt der Kulturstaatsministerin wird die Stiftung jährlich mit 716.000 Euro gefördert.

www.kunstforum.net



^ **Kunstforum Ostdeutsche Galerie in Regensburg – Säuleninstallation „Venceremos / Sale“ der tschechischen Künstlerin Magdalena Jetelová**

Zu den geförderten Einrichtungen gehören zum Beispiel das **Kunstforum Ostdeutsche Galerie** in Regensburg, das **Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung** in Marburg oder das **Deutsche Kulturforum östliches Europa** in Potsdam. Museen wie das **Pommersche Landesmuseum** in Greifswald oder das **Donauschwäbische Zentralmuseum** in Ulm präsentieren gezielt einzelne historische Regionen.

Das **Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa** in Oldenburg berät die Bundesregierung als Ressortforschungseinrichtung und unterstützt die Einrichtungen und Projekte.

Deutschlandweit sind derzeit neun Kulturreferentinnen und Kulturreferenten jeweils an eine Einrichtung angeschlossen. Sie initiieren zum Beispiel Projekte der kulturellen Bildung oder Jugend-Austauschprogramme mit den östlichen Partnerländern.

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Millionen Menschen vor allem in Ost- und Mitteleuropa wurden im vergangenen Jahrhundert vertrieben – darunter mehr als zwölf Millionen Deutsche in Folge des Zweiten Weltkrieges. An die Schicksale der Vertriebenen in Deutschland und ganz Europa erinnert die 2008 errichtete Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV).

Im Geiste der Versöhnung soll die Stiftung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachhalten.

Zum anderen sollen Flucht und Vertreibung als zwei der großen Menschheitsthemen auch in den aktuellen und internationalen Kontext eingeordnet werden. Dazu entsteht im Deutschlandhaus in Berlin ein Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum.

www.sfvv.de

› An die Schicksale
der Vertriebenen
erinnern







1933

1934

1935



ERINNERN UND GEDENKEN

Deutschland übernimmt Verantwortung

A

ufgrund seiner jüngeren Geschichte trägt Deutschland eine immense Verantwortung für Erinnerung, Aufarbeitung und Versöhnung.

Das Regime des Nationalsozialismus mit seinen Menschheitsverbrechen und Vernichtungskriegen forderte Millionen Opfer. Rund sechs Millionen Juden wurden durch den Holocaust getötet. Den Opfern zu gedenken und die Geschichte präzise aufzuarbeiten, ist eine immerwährende Verpflichtung Deutschlands.

Zum historischen Erbe des wiedervereinten Deutschlands zählt seit 1990 auch die SED-Diktatur in der ehemaligen SBZ/DDR. Aufgabe von Staat und Gesellschaft ist es, an das dort verübte Unrecht zu erinnern und das Gedenken an die Opfer zu bewahren.

Gerade die Erinnerung an die Abgründe der jüngeren Geschichte Deutschlands macht den Wert unserer heutigen Demokratie sichtbar. Und sie stellt wichtige Fragen an die Gegenwart: Wo beginnt Zivilcourage? Wofür setze ich mich ein? Wann trete ich Fehlentwicklungen in unserer demokratischen Gesellschaft entgegen? Welche Entwicklungen hinterfrage ich überhaupt?

◀ **Denkmal für die ermordeten Juden Europas mit dem Ort der Information in Berlin**



Auseinandersetzung mit Geschichte fördern

Die Verantwortung aus unserer Geschichte verpflichtet alle Gruppen der deutschen Gesellschaft, Diskriminierung, Intoleranz und Ausgrenzung zu ächten und Angriffen auf die tragenden Prinzipien unserer demokratischen Ordnung entschieden entgegenzutreten. Deshalb steht der Bund für die konsequente Aufarbeitung dieser Kapitel der deutschen Geschichte ein. Besonders wichtig ist es dabei, vor allem jüngeren Menschen in Deutschland die Lehren daraus zu vermitteln, um ihr Verantwortungsgefühl für Demokratie und Freiheitsrechte zu stärken.

Eine große Herausforderung liegt darin, Menschen mit Migrationshintergrund in die historisch-politische Bildung einzubeziehen. Denn kulturelle Integration bedeutet auch, sich mit der jüngeren Geschichte Deutschlands auseinanderzusetzen.

▼ Dauerausstellung im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlsborst



Deutsch-russische Geschichte gemeinsam aufarbeiten

Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland waren im 20. Jahrhundert geprägt von Kooperation, strategischen Partnerschaften, aber auch von verhängnisvollen offenen Feindseligkeiten.

Um das beiderseitige Verständnis und Vertrauen zu festigen, fördert der Bund die Forschung zur deutsch-russischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Zur Seite steht ihm dabei die **Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen**.

Die Kommission berät die Kulturstatsministerin bei der Förderung von Projekten mit deutsch-russischem Bezug, zum Beispiel von Publikationen zur gemeinsamen Geschichte oder Workshops, veröffentlicht Ergebnisse eigener Aktivitäten und organisiert jährliche Kolloquien.

Gegründet wurde das auch als „Deutsch-Russische Geschichtskommission“ bekannte Expertengremium 1997 auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl und des damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin.

www.deutsch-russische-geschichtskommission.de



^ Die Stiftung „Haus der Geschichte“ hat in Berlin das Zeitzeugenportal präsentiert. Je weniger Überlebende des Holocaust es noch gibt, desto wichtiger werden Zeitzeugen-Dokumente in Wort und Bild

Besonders eindringlich wirken bei der Auseinandersetzung mit Geschichte die persönlichen Schilderungen von Zeitzeugen. Um sie möglichst vielen Menschen in Deutschland zugänglich zu machen, hat die Kulturstaatsministerin das 2017 gestartete **Zeitzeugenportal** initiiert. Die Online-Plattform der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sichert systematisch tausende Zeitzeugeninterviews aus den vergangenen Jahrzehnten und bewahrt diese Eindrücke für kommende Generationen.

www.zeitzeugen-portal.de



Gedenkstätten in Deutschland – Geschichte erfassbar machen

In Deutschland gibt es eine einzigartige, dezentrale und plurale Gedenkstättenlandschaft, die es zu erhalten und zu fördern gilt. Häufig sind die Gedenkorte aus lokalen Initiativen entstanden und werden mit hohem bürgerschaftlichem Engagement betrieben. Sie arbeiten mit Zeitzeugen und wissenschaftlichen Einrichtungen, mit Schulen und Trägern politischer Bildungsarbeit zusammen.

^ Gedenkstätte Ravensbrück/
Brandenburg – es war das
größte Konzentrationslager
für Frauen

Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität – für eine freiheitliche Erinnerungskultur in Europa

Das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ widmet sich der Aufarbeitung des von Diktaturen und Gewalterfahrungen besonders geprägten 20. Jahrhunderts. Mitglieder sind Polen, Rumänien, die Slowakei, Ungarn und Deutschland.

In grenzübergreifenden Bildungs- und Forschungsprojekten macht die Initiative die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven in Europa bewusst und trägt so zu einer freiheitlichen Erinnerungskultur in Europa bei.

Die Kulturstatsministerin unterstützt die Projekte des Netzwerks und beteiligt sich an der Finanzierung der Geschäftsstelle in Warschau.

www.enrs.eu

Unter diesen Gedenkstätten gibt es eine Reihe von Einrichtungen und Initiativen von nationaler oder internationaler Bedeutung. Mit ihren Ausstellungen, Bildungs- und Forschungsprojekten schärfen sie den Blick für Entwicklungen, die einst zu Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung, zu Krieg und Vernichtung, zu Gewalt und Unterdrückung geführt haben.

Hier sieht der Bund eine Mitverantwortung und steht den Kommunen und Ländern bei der Finanzierung zur Seite. Grundlage hierfür ist die „Gedenkstättenkonzeption des Bundes“.

▼ Holocaust-Denkmal in Berlin: Raum der Dimensionen – hier wird die europäische Dimension des Holocaust verdeutlicht



Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Während ihrer Terrorherrschaft verübten die Nationalsozialisten zahllose Verbrechen an ethnischen, religiösen und anderen Minderheiten, an politisch Andersdenkenden und als rassistisch oder genetisch minderwertig klassifizierten Menschen. Insbesondere der systematische Völkermord an den europäischen Juden ist in der Geschichte beispiellos: Rund sechs Millionen Juden wurden ermordet.

Mit dem deutschen Überfall auf Polen im Jahr 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Etwa 60 Millionen Menschen fielen ihm zum Opfer.

Wie konnte es dazu kommen?

Weil diese Menschheitsverbrechen von Deutschland ausgingen, ist es im Gedenken an die Opfer unsere immerwährende Pflicht, Antworten auf die Frage nach dem Warum zu suchen. Um der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Deutschlands Raum und Zeit zu geben, unterstützt der Bund Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Dokumentationszentren in ganz Deutschland.

› **Tor im Konzentrationslager
Dachau mit Inschrift**





ARBEIT
MACHT FREI

KZ-Gedenkstätten dauerhaft fördern

Auschwitz, Dachau, Buchenwald, Bergen-Belsen – ehemalige Konzentrationslager und Todesfabriken wie diese stehen für die Abgründe des nationalsozialistischen Terrorregimes. Heute sind diese Orte eine mahnende Erinnerung an das, was Menschen anderen Menschen antun können. Diese authentischen Orte als Gedenk- und Lernstätten für die Nachwelt zu erhalten, ist eines der Kernanliegen der Kulturpolitik des Bundes.

Gemeinsam mit den jeweiligen Bundesländern fördert die Kulturstatsministerin dauerhaft die KZ-Gedenkstätten:

- Buchenwald und Mittelbau-Dora in Thüringen,
- Sachsenhausen und Ravensbrück in Brandenburg,
- Bergen-Belsen in Niedersachsen,
- Neuengamme in Hamburg und
- Dachau und Flossenbürg in Bayern

Die in Polen gelegene KZ-Gedenkstätte Auschwitz wird vom Auswärtigen Amt gefördert.

› 72. Jahrestag der Befreiung
des Konzentrationslagers
Bergen-Belsen – Treffen
mit Überlebenden





Denkmäler und Einrichtungen in Berlin

Deutschlands zentrales Mahnmal zur Erinnerung an den Holocaust ist das **Denkmal für die ermordeten Juden Europas**. Das Stelenfeld im Zentrum Berlins mit seinem unterirdischen Ort der Information wurde mit Bundesmitteln errichtet und 2005 eingeweiht.

2008 ließ der Bund im Berliner Tiergarten zudem das **Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen** errichten. Dort befindet sich auch das 2012 errichtete **Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas**.



◀ **Homosexuellen-
Denkmal in Berlin-
Tiergarten**

Weitere Informationen unter:

www.stiftung-denkmal.de
www.ghwk.de



^ Denkmal für die
ermordeten Juden
Europas in Berlin

Im September 2014 wurde der **Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen Euthanasie-Morde** in der Tiergartenstraße 4 eingeweiht. Hier befand sich die Zentrale der Organisation, die unter dem Decknamen „T4“ den Massenmord an Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten im Deutschen Reich initiierte, koordinierte und durchführte.

In der **Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz** informiert eine Ausstellung über die Auswirkungen der Wannsee-Konferenz, auf der die Verfolgung, Deportation, Ghettoisierung und systematische Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten beschlossen wurden. Die Einrichtung bietet zudem berufsspezifische Seminare für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedenen Institutionen des öffentlichen Dienstes, so zum Beispiel der Polizei und der Justiz, an.



◀ **NS-Dokumentationszentrum München –
Lern- und Erinnerungsort zur
Geschichte des Nationalsozialismus**

Einer der wichtigsten Erinnerungsorte in Berlin ist die **Topographie des Terrors** in Berlin Mitte. Dort befanden sich einst die Zentralen der Geheimen Staatspolizei, der SS und des Reichssicherheitshauptamts. Nun informiert dort ein international vernetztes Dokumentationszentrum umfassend über die systematischen Verbrechen des Nationalsozialismus.

Das **Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit** in Berlin-Schöne-weide erinnert an die Bedeutung der Zwangsarbeit als Teil der nationalsozialistischen Herrschaftspolitik. Das ehemalige fast komplett erhaltene Barackenlager inmitten der umliegenden Wohnbebauung erinnert an das Schicksal von rund 26 Millionen Menschen aus fast allen europäischen Staaten. Diese Menschen wurden gewaltsam ausgebeutet, damit die deutsche Wirtschaft vor allem während des Zweiten Weltkriegs weiter funktionieren konnte.

Der zentrale nationale Ort der Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist die **Gedenkstätte Deutscher Widerstand** im Bendlerblock in Berlin – dem historischen Ort des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944. Die gleichnamige Stiftung betreibt in Berlin auch das **Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt** sowie – ebenfalls im Bendlerblock – die **Gedenkstätte Stille Helden**. Beide Einrichtungen erinnern an jene Menschen, die während der NS-Diktatur verfolgten Juden beistanden – trotz der damit verbundenen Gefahr für ihr eigenes Leben oder das ihrer Familien.

**Mit Suchdiensten
persönliche Schicksale klären**

Die eigene Geschichte und das Schicksal der Familie und Verwandten zu kennen, ist eine wichtige Voraussetzung für Aufarbeitung und Erinnerung.

Die **Deutsche Dienststelle (WASt)** für die „Benachrichtigung der nächsten Angehörigen der ehemaligen deutschen Wehrmacht“ gibt Auskünfte über das Schicksal deutscher und ausländischer Soldaten. Die ehemalige „Wehrmacht-auskunftsstelle“ verwahrt Millionen von Dokumenten der Wehrmacht, wie Wehrpässe, Personalakten und Kriegsgefangenenkarteien. 2019 wird die Deutsche Dienststelle in das Bundesarchiv überführt.

www.dd-wast.de

Auseinandersetzung mit den NS-Tätern

Zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus gehört das Wissen über die Täter und diejenigen, die zu Tätern gemacht wurden. Der Bund fördert deshalb deutschlandweit entsprechende Dokumentationsstätten sowohl institutionell als auch projektbezogen.

Neben den Dauerausstellungen im Haus der Wannsee-Konferenz und der Topographie des Terrors unterstützt die Kulturstatsministerin zum Beispiel die **Gedenk- und Erinnerungsstätte Wewelsburg 1933–45** bei Paderborn, die in ihrer Ausstellung Ideologie und Terror der SS darlegt.

In der Eifel klärt die **Gedenkstätte der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang** darüber auf, wie die Kaderschmiede Hitlers gewöhnliche Menschen zu obrigkeitshörigen Vollstreckern einer menschenverachtenden Ideologie drillte.

Mit dem Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen und der Deutschen Dienststelle (WASSt) in Berlin unterstützt die Kulturstatsministerin zwei Einrichtungen, die besonders wichtig sind, um persönliche Schicksale aufzuklären.

Der **Internationale Suchdienst** ist ein Zentrum für Dokumentation, Information und Forschung zur NS-Verfolgung und Zwangsarbeit sowie zum Holocaust. Die dort bewahrten Unterlagen stammen unter anderem von der Gestapo, aus Konzentrationslagern und aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Sie sind sowohl für die persönliche Familienforschung als auch für die Wissenschaft zugänglich.

www.its-arolsen.org

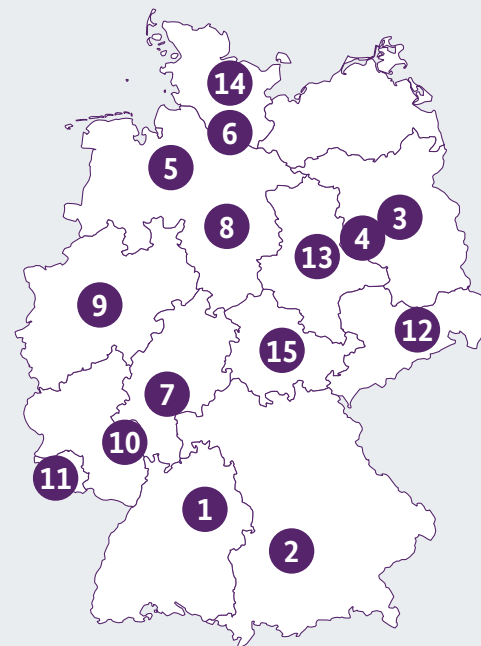
- › **Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz – hier planten die Nationalsozialisten die Vernichtung der Juden Europas**



Weil München als „Hauptstadt der Bewegung“ eine herausgehobene Rolle im Nationalsozialismus spielte, informiert seit 2015 das **NS-Dokumentationszentrum München** über die Geschichte der Stadt in dieser Zeit. Die Dauerausstellung auf dem Gelände der früheren NSDAP-Zentrale macht für die Besucherinnen und Besucher nachvollziehbar, wie sich München zu einem Sammelbecken antisemitischer und nationalistischer Kräfte entwickeln konnte.

In Erfurt dokumentiert der Erinnerungsort **Topf & Söhne – die Ofenbauer von Auschwitz** die Geschichte jenes Unternehmens, das die Verbrennungsöfen für das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und andere Konzentrationslager lieferte.

Die Informations- und Dokumentationsstätte **Memorium Nürnberger Prozesse** im Landgericht Nürnberg-Fürth widmet sich dem strafrechtlichen Umgang mit den NS-Verbrechern in der bundesdeutschen Nachkriegszeit sowie den Auswirkungen des Verfahrens für die Entwicklung des heutigen Völkerrechts.



◀ Bundeskanzlerin Angela Merkel
in der Dauerausstellung der Gedenkstätte
Deutscher Widerstand

Von der Kulturstaatsministerin geförderte Einrichtungen zur Erinnerung an NS-Verbrechen – Beispiele:

1 BADEN-WÜRTTEMBERG

- KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg; Ulm
- Gedenkstätte Grafeneck; Gomadingen
- Außenstelle des Bundesarchivs bei der Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen; Ludwigsburg

2 BAYERN

- KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
- KZ-Gedenkstätte Dachau
- NS-Dokumentationszentrum München
- Memorium Nürnberger Prozesse im Landgericht Nürnberg-Fürth

3 BERLIN

- Gedenkstätte Deutscher Widerstand
- Stiftung Topographie des Terrors
- Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz
- Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
- Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas
- Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen
- Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde
- Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Schöneeweide
- Deutsche Dienststelle (WASt)

4 BRANDENBURG

- Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück; Fürstenberg
- Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen; Oranienburg (mit Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald bei Wittstock)
- Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden; Brandenburg
- Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde; Brandenburg
- Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück; Fürstenberg

5 BREMEN

- Denkort U-Boot-Bunker Valentin

6 HAMBURG

- KZ-Gedenkstätte Neuengamme

7 HESSEN

- Gedenkstätte Hadamar
- Internationaler Suchdienst Bad Arolsen

8 NIEDERSACHSEN

- KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen
- Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel
- Gedenkstätte Esterwegen

9 NORDRHEIN-WESTFALEN

- Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933–1945
- Dokumentationsstätte NS-Ordensburg Vogelsang

10 RHEINLAND-PFALZ

- Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert; Trier-Saarburg

11 SAARLAND

- Gedenkstätte Gestapo-Lager Neue Bremm; Saarbrücken

12 SACHSEN

- Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein; Pirna
- Gedenkstätte Münchner Platz; Dresden (Gedenkstätte mit NS- und SED-Vergangenheit)
- Dokumentations- und Informationszentrum Torgau (Gedenkstätte mit NS- und SED-Vergangenheit)
- Gedenkstätte Bautzen (Gedenkstätte mit NS- und SED-Vergangenheit)

13 SACHSEN-ANHALT

- KZ-Gedenkstätte Lichtenburg; Prettin
- Gedenkstätte „Roter Ochse“; Halle (Gedenkstätte mit NS- und SED-Vergangenheit)

14 SCHLESWIG-HOLSTEIN

- KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

15 THÜRINGEN

- KZ-Gedenkstätte Buchenwald; Weimar
- KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora; Nordhausen



Gedenkstätte
Berliner Mauer
11. September 1961
11. September 1989
11. September 2009

Aufarbeitung der SED-Diktatur

Während im Westen Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 der Aufbau einer rechtsstaatlichen Demokratie gelang, entstand in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR eine Diktatur kommunistischer Prägung. Erst 1989/90 konnte sie durch die Friedliche Revolution überwunden werden.

Überwachung und Verfolgung

Viele Menschen wurden unter der SED-Staatspartei aus politischen Gründen verfolgt, überwacht und benachteiligt. Sie waren insbesondere den menschenverachtenden Methoden der Bespitzelung und Unterdrückung durch das Ministerium für Staatssicherheit ausgeliefert.

Unvergessen bleibt der 17. Juni 1953. Was als Straßenprotest von Bauarbeitern gegen höhere Arbeitsnormen begann, weitete sich zum spontanen Volksaufstand in der DDR aus. Mindestens 55 Aufständische starben, weil die SED-Machthaber sie mit äußerster Brutalität niederschlagen ließen.

Willkürliche und politisch motivierte Verhaftungen sowie Gerichtsverfahren ohne rechtliche Standards – oft mit langen Haftstrafen verbunden – gehörten fortan zum Alltag in der DDR. Wer aus dem Land fliehen wollte, verlor in vielen Fällen an der Mauer und an der Grenze sein Leben.

◀ Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen –
ehemalige Untersuchungshaftanstalt
der DDR-Staatssicherheit





Aufarbeitung bleibt notwendig

Auch fast 30 Jahre nach dem Ende der DDR bleibt es notwendig, über das Unrecht der SED-Diktatur aufzuklären und an die Opfer zu erinnern. Gerade junge Menschen ohne eigene entsprechende Erfahrungen brauchen Möglichkeiten, sich fundiert über diese Zeit und die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur zu informieren.

^ Stasi-Unterlagenbehörde
Berlin-Lichtenberg:
Dauerausstellung
„Einblick ins Geheime“

Neben Kommunen, Ländern und Opferverbänden engagiert sich auch der Bund nachdrücklich bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Kulturstatsministerin fördert national bedeutsame Gedenkstätten und finanziert die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Mit der Stasi-Unterlagen-Behörde und dem Bundesarchiv gewährleistet sie Zugang zu den Akten des SED-Staates.

Akten des SED-Staates erschließen

Die Akten des DDR-Staatssicherheitsdienstes belegen eindringlich die rechtsstaatswidrigen Überwachungs- und Verfolgungsmethoden des MfS. Verwaltet und erforscht werden sie vom **Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**, kurz „Stasi-Unterlagen-Behörde“. Privatpersonen, Forscherinnen und Forscher sowie Medien können hier nach den Regeln des Stasi-Unterlagen-Gesetzes Akten einsehen.

Im Laufe der Zeit haben sich die Arbeitsschwerpunkte der Behörde gewandelt. So sind die Anträge auf Akteneinsicht erwartungsgemäß zurückgegangen, Akten müssen aber inzwischen vor dem Zerfall gerettet werden. Angesichts des weiter wachsenden zeit-

Die eigene Stasi-Akte einsehen:

Informationen, Termine zur Bürgerberatung und das Antragsformular zur persönlichen Akteneinsicht unter

www.bstu.bund.de

- › Stasi-Unterlagen-Behörde – Das Interesse an der Akteneinsicht ist immer noch sehr groß



lichen Abstands zu den Ereignissen in der DDR wird der Auftrag des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des MfS zu unterrichten, immer wichtiger.

Das Bundesarchiv verwahrt schon heute den gesamten zentralstaatlichen Aktenbestand der DDR – mit Ausnahme der Unterlagen des MfS und des früheren Außenministeriums. In der **Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR**, die zum Bundesarchiv gehört, können unter anderem auch die Unterlagen der SED und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes genutzt werden.

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Seit 1998 gibt es die **Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**. Als überparteilich arbeitende Einrichtung des Bundes unterstützt sie Projekte anderer Institutionen zu diesem Thema und trägt mit eigenen Veranstaltungen, Publikationen und Bildungsangeboten zur Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur bei. Auf großes Interesse stoßen insbesondere die Plakatausstellungen zu Aufarbeitungsthemen, die die Stiftung in hoher Auflage vorhält und gegen ein geringes Nutzungsentgelt zur Verfügung stellt.

Mehr als 3.200 Projekte von Partnern wie Gedenkstätten, Opferverbänden, Geschichtsvereinen oder Bildungseinrichtungen hat die Stiftung bisher gefördert. Dabei wurden zum Beispiel Ausstellungen konzipiert, Bildungsveranstaltungen durchgeführt, Dokumentarfilme gedreht oder Initiativen zur Opferberatung unterstützt.

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

› **Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße im Haus 1 der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit**





Orte der deutschen Teilung

Die **Gedenkstätte Berliner Mauer** ist der zentrale Erinnerungsort an die deutsche Teilung mitten in Berlin. Auf einer Länge von 1,4 Kilometern erstreckt sie sich über den ehemaligen Grenzstreifen an der Bernauer Straße. In der dazugehörigen Kapelle der Versöhnung wird jeden Werktag an einen der Toten an der Berliner Mauer erinnert.

Entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze fördert die Kulturstatsministerin weitere Erinnerungsorte. Dazu gehören zum Beispiel die **Gedenkstätte an der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn-Helmstedt**, das **Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth** oder die **Point Alpha Stiftung**.

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.berliner-mauer-gedenkstaette.de

www.moedlareuth.de

www.pointalpha.com



◀ **Gedenkstätte Berliner Mauer mit Wachturm an der Bernauer Straße**



^ Gedenkstätte Berliner
Mauer an der Bernauer
Straße – Fenster des
Gedenkens mit Portraits
von Maueropfern

Anders als bei der Berliner Mauer waren Anzahl, Identität und Schicksal der Toten an der früheren innerdeutschen Grenze lange nicht umfassend erforscht. Finanziert von der Kulturstaa-
ministerin und drei Bundesländern, untersuchte und dokumen-
tierte der **Forschungsverbund SED-Staat** an der Freien Universität
Berlin die Opferschicksale des DDR-Grenzregimes. Demnach
forderte dieses 327 Todesopfer aus Ost und West. Das Handbuch
**„Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen
Grenze“** enthält ausführliche Biographien der Opfer, die zu einem
würdigen erinnern beitragen sollen.



Gedenkstätten und Erinnerungsorte

Die Kulturstaatsministerin fördert Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Initiativen zur Geschichte der SED-Diktatur, die von nationaler Bedeutung sind. Grundlage dafür ist die Gedenkstättenkonzeption des Bundes.

So eröffnete zum Beispiel die **Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen** im ehemaligen Untersuchungsgefängnis des Staatssicherheitsdienstes nach einer ersten Sanierungs- und Umbaumaßnahme eine Dauerausstellung. Hier können sich Besucherinnen und Besucher über die politische Verfolgung in der SED-Diktatur informieren. In einem zweiten Bauabschnitt werden nun auch Zellen- und Vernehmertrakt, Freigangzellen sowie das Haftkrankenhaus gesichert und saniert.

Auf dem Gelände der ehemaligen **Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg** wurde mit Bundesmitteln die Open-Air-Ausstellung

◀ Kulturstaatsministerin Grütters
begrüßt den fünfmillionsten
Besucher in der Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig ist ein Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum, das sich der Geschichte der Deutschen Teilung widmet. Neben der Dauerausstellung können sich die Besucherinnen und Besucher in wechselnden Sonderschauen, Podiumsdiskussionen und Dokumentarfilmen über die Lebenswirklichkeit der Menschen zwischen Diktatur und Widerstand in der DDR sowie dem Prozess der Friedlichen Revolution und der daraus folgenden Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands informieren. Träger des Museums ist die Stiftung Haus der Geschichte in Bonn (HdG).

Weitere Informationen
finden Sie unter:

www.hdg.de
www.stiftung-hsh.de
www.stasimuseum.de
www.havemann-gesellschaft.de
www.pforzheim-ddr-museum.de

Tränenpalast

Am Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße mitten in Berlin passierten während der deutschen Teilung von 1961 bis 1989 hunderte Reisende täglich die Grenze zwischen Ost- und Westberlin. Vor der kleinen Ausreisehalle mit den großen Fenstern und dem Flachdach verabschiedeten sich Familien von ihren Verwandten. Das nächste Wiedersehen? Ungewiss! Viele Menschen blieben in Ohnmacht und Verzweiflung zurück.

Im sogenannten „Tränenpalast“ zeichnet heute die Ausstellung „Ort der deutschen Teilung“ – getragen von der Stiftung Haus der Geschichte (HdG) – den Bau der Berliner Mauer, die Zoll- und Passkontrollen und die Überwachung am Grenzübergang Friedrichstraße nach. Die Besucherinnen und Besucher erleben den Ablauf der Grenzabfertigung und können durch eine Original-Passkontrollkabine gehen. Zeitzeugen schildern in Interviews ihre Fluchten, und wie sie über Briefe und Pakete Kontakt zu ihren Familien im anderen Teil Deutschlands hielten, wie sie Dokumente und geheime Fotografien über die Grenze schmuggelten oder gegen das Reiseverbot in der DDR protestierten.

Tränenpalast – Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße

„Revolution und Mauerfall“ der **Robert-Havemann-Gesellschaft** neu eingerichtet, die sich der Friedlichen Revolution in der DDR 1989/90 widmet.

Das **DDR-Museum Pforzheim** richtet sich mit seiner von der Kulturstatsministerin mitfinanzierten Dauerausstellung insbesondere an jüngere Menschen, um ihnen zu zeigen, was es bedeutet, in einer Diktatur zu leben. Es ist das einzige Museum in den westlichen Bundesländern, das sich ausschließlich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der deutschen Teilung befasst.





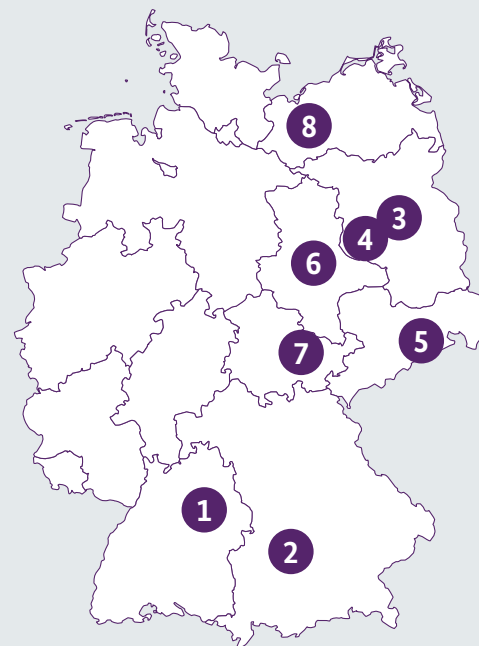
◀ Gedenkstätte
Bautzen/Sachsen
– Zeitzeugen-
gespräch

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen für den Schulunterricht

Fast überall in Deutschland leben Menschen, die über die SED-Diktatur aus eigenen Erlebnissen berichten können. Viele von ihnen wurden vom Staatssicherheitsdienst verfolgt oder waren in der DDR aus politischen Gründen im Gefängnis.

Über das Portal www.ddr-zeitzeuge.de können Zeitzeuginnen und Zeitzeugen bundesweit zum Beispiel an Schulen vermittelt werden. Das Koordinierende Zeitzeugenbüro organisiert die Gesprächspartnerinnen und -partner und trägt die Kosten. Bisher konnten schon über 183.000 vor allem junge Menschen dieses Angebot nutzen.

Das Büro ist eine gemeinsame Servicestelle der **Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen**, der **Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur** und der **Stiftung Berliner Mauer**.



Vom Bund geförderte Einrichtungen zur Erinnerung an SED-Unrecht und die deutsche Teilung – Beispiele:

1 BADEN-WÜRTTEMBERG

→ DDR-Museum Pforzheim

2 BAYERN

→ Deutsch-Deutsches Museum
Mödlareuth

3 BERLIN

→ Stiftung Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen
→ Stasimuseum im Haus 1 des
ehemaligen Ministeriums für
Staatsicherheit, Normannenstraße
→ Stiftung Berliner Mauer
→ Stiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur
→ Erinnerungsstätte Notaufnahmelager
Marienfelde
→ ehemaliger Grenzübergang
„Tränenpalast“ am
Bahnhof Friedrichstraße
→ Dauerausstellung „Alltag in der
DDR“ im Museum in der
Kulturbrauerei der Stiftung
Haus der Geschichte der
Bundesrepublik Deutschland
→ Stiftung Archiv der Parteien und
Massenorganisationen der DDR
(Bundesarchiv)

4 BRANDENBURG

→ Gedenk- und Begegnungsstätte
Leistikowstraße; Potsdam
→ Dokumentationszentrum
Alltagskultur der DDR;
Eisenhüttenstadt
→ Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

5 SACHSEN

→ Gedenkstätte Museum in der
„Runden Ecke“; Leipzig
→ Gedenkstätte Geschlossener
Jugendwerkhof Torgau
→ Gedenkstätte Münchner Platz;
Dresden (Gedenkstätte mit
SED- und NS-Vergangenheit)

6 SACHSEN-ANHALT

→ Gedenkstätte Deutsche Teilung
Marienborn

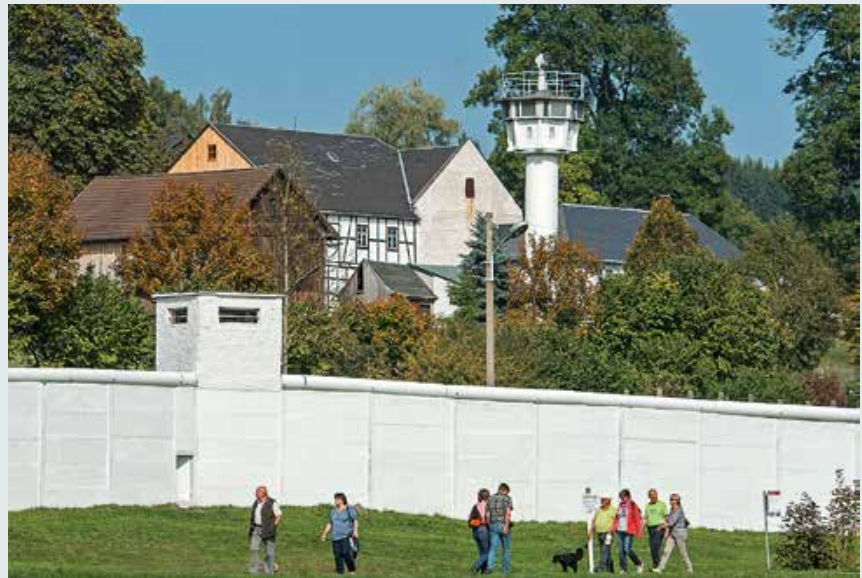
7 THÜRINGEN

→ Gedenk- und Bildungsstätte
Andreasstraße; Erfurt
→ Gedenkstätte Point Alpha; Geisa

8 MECKLENBURG-VORPOMMERN

→ Dokumentations- und Gedenkstätte der
Behörde des Bundesbeauftragten für die
Stasi-Unterlagen in der ehemaligen
U-Haft der Stasi in Rostock

› **Mödlareuth – Die innerdeutsche
Grenze verlief mitten durch das Dorf**



Orte der Demokratiegeschichte

Deutschlands Entwicklung zu einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat ist angesichts der vielen Umwege und Irrwege, Brüche und Abgründe keine Selbstverständlichkeit. Den Weg von der Wiege der deutschen Demokratie, dem Hambacher Fest von 1832, bis zu einem demokratischen, wiedervereinten Deutschland 1990 zeichnen authentische Orte der Freiheits- und Demokratiegeschichte in ganz Deutschland nach.

Diese Orte erinnern uns an Momente, in denen demokratische Werte gesiegt haben. Und sie erinnern uns an Menschen, deren Mut, Zuversicht und Weitsicht diesen Werten zum Sieg verholfen haben.

Das Wissen um die historischen Wegbereiterinnen und Wegbereiter unseres heutigen demokratischen Selbstverständnisses gehört zu einer vollständigen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Daher hat das Gedenken an die deutsche Freiheits- und Demokratiegeschichte einen festen Platz in der Erinnerungspolitik des Bundes.

Hambacher Schloss

Das Hambacher Schloss ist wie die Paulskirche in Frankfurt und der Reichstag in Berlin ein Symbol für Freiheit und Demokratie in Deutschland. Am 27. Mai 1832 feierten hier tausende freiheitsliebende Bürgerinnen und Bürger aus allen Teilen Deutschlands das „Hambacher Fest“. Hier wurde zum ersten Mal die schwarz-rot-goldene Fahne, wie wir sie heute als Symbol der Bundesrepublik Deutschland kennen, geführt.

Aufgrund dieser Demonstration für die Freiheit und Einheit Deutschlands wird das Hambacher Schloss auch als „Wiege der deutschen Demokratie“ bezeichnet. Heute wird dieser historische Ort von der Stiftung Hambacher Schloss als Baudenkmal erhalten. Eine Dauerausstellung informiert über das Hambacher Fest und die Ereignisse rund um das Jahr 1832.

www.hambacher-schloss.de

› **Hambacher
Schloss/Rhein-
land-Pfalz –
„Wiege der
deutschen
Demokratie“**







Freiheits- und Einheitsdenkmal

Die Friedliche Revolution 1989 war ein herausragendes Welt-ereignis: Dass die Menschen in der DDR das SED-Regime unblutig gestürzt und so die Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands ermöglicht haben, verdient als erfolgreichstes Kapitel der deutschen Demokratiegeschichte ein sichtbares Zeichen der Würdigung. Deshalb hat der Deutsche Bundestag 2007 den Bau eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin beschlossen.

Nach dem Entwurf der Agentur Milla & Partner soll auf der Schlossfreiheit zwischen Spreekanal und dem rekonstruierten Berliner Schloss eine begehbare Waagschale mit der Inschrift „Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk.“ entstehen. Das Denkmal wird mehreren hundert Menschen Platz bieten, die es gemeinsam

^ Der Entwurf von Milla & Partner für die Gestaltung des Nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin trägt den Titel „Bürger in Bewegung“

in Bewegung versetzen können. „Bürger in Bewegung“ lautet deshalb auch das Motto des Denkmals. Es soll verdeutlichen, dass jeder Einzelne gestaltend auf gesellschaftliche Prozesse einwirken kann.

Das Denkmal liegt in der Zuständigkeit der Kulturstaatsministerin. Die Umsetzung des Bauvorhabens begleiten das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Themenportal 100 Jahre Weimarer Republik

Am 9. November 1918 beendete die Ausrufung der Weimarer Republik die Monarchie, und Deutschland erprobte erstmals eine parlamentarische Demokratie auf nationaler Ebene. Die Weimarer Republik bestand bis 1933. Benannt ist sie nach der thüringischen Stadt Weimar, in der die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung am 19. Januar 1919 zum ersten Mal tagte. Am 24. Juni 1920 trat der nach der Weimarer Verfassung demokratisch gewählte Reichstag dann erstmals im Berliner Reichstag zusammen.

Zur Erinnerung an die Gründung der Weimarer Republik bietet das Bundesarchiv auf einem eigens eingerichteten Onlineportal hunderttausende digitalisierte Akten, Filme, Fotos, Plakate, Karten und Originaltöne aus dieser Zeit. Zudem finden Nutzerinnen und Nutzer dort Nachlässe historisch bedeutsamer Persönlichkeiten, Schriftgut von Parteien, Vereinen und Verbänden, Sammlungen, amtliche Druckschriften sowie den Bibliotheksbestand. Das Portal wird stetig erweitert und macht die Quellen aus der Zeit der Weimarer Republik auch kommenden Generationen zugänglich.



^ Screenshot vom Themenportal
100 Jahre Weimarer Republik

Politikergedenkstätten als Lernorte

Sechs Politikergedenkstätten machen das politische Wirken und das historische Erbe von Otto von Bismarck, Friedrich Ebert, Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Willy Brandt und Helmut Schmidt erlebbar.

Ihre Ausstellungsräume bieten den Besucherinnen und Besuchern spannende Lernorte deutscher Zeitgeschichte vom Kaiserreich bis in die Gegenwart. Damit sind die Politikergedenkstätten wichtige Träger der historisch-politischen Bildung in Deutschland.



Öffnungszeiten, Anfahrtspläne
und weitere Informationen unter:

www.bismarck-stiftung.de
www.ebert-gedenkstaette.de
www.stiftung-heuss-haus.de
www.adenauerhaus.de
www.willy-brandt.de
www.helmut-schmidt.de

◀ **Bundkanzler-Adenauer-Haus,
Königswinter – Schreibtisch
Konrad Adenauers**



^ **Erinnerungsstätte für die
Freiheitsbewegungen in der
deutschen Geschichte im
Barockschloss von Rastatt –
Blick in die Dauerausstellung**

Erinnerungsstätte Rastatt

Rastatt spielte in der Endphase der Deutschen Revolution 1848/49 eine Schlüsselrolle: Im Ehrenhof des Schlosses begann am 9. Mai 1849 der Aufstand badischer Soldaten, die sich zur Verfassung der Nationalversammlung in der Paulskirche bekannten und die darin verankerten Grundrechte verteidigen wollten. Während der Belagerung der Stadt im Sommer 1849 war das Schloss Hauptquartier dieser Freiheitskämpfer – und ihre letzte Bastion: Viele von ihnen wurden dort nach der Kapitulation am 23. Juli standrechtlich erschossen. Der erste Versuch, einen demokratisch verfassten, einheitlichen deutschen Nationalstaat zu schaffen, war mit Militärgewalt überwiegend preußischer und österreichischer Truppen niedergeschlagen worden.

Heute befindet sich im Rastatter Residenzschloss die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Die Dauerausstellung informiert seit 2009 auch über Opposition und Widerstand in der DDR bis zur Friedlichen Revolution 1989.

www.bundesarchiv.de/erinnerungsstaette

FILM

Kulturträger und Wirtschaftsfaktor zugleich

Weil Filme zu den wirkmächtigsten künstlerischen Ausdrucksformen gehören, spielen sie eine große Rolle für die Kultur einer Gesellschaft: Sie sind Spiegelbild der sozialen Realität und des nationalen Selbstverständnisses, sie nehmen Einfluss auf unser Geschichtsbewusstsein, auf unseren inneren Wertekompass und auf unsere Identitätsbildung, sie liefern Helden und Vorbilder, und sie eröffnen uns neue Perspektiven, wenn sie uns Menschen, deren Lebensläufe oder fremde Länder vorstellen.

Kurzum: Filme transportieren kulturelle Besonderheiten, und gerade das kreativ-künstlerische Filmexperiment stärkt die Fähigkeit einer Gesellschaft zur Reflexion und Verständigung. Das macht den Film zu einem schützenswerten Kulturgut.

Das gilt auch für den deutschen Film, der sich beim heimischen Kinopublikum immer größerer Beliebtheit erfreut. Auch auf internationalen Filmfestivals werden deutsche Filme regelmäßig gezeigt.

Neben seiner kulturellen Bedeutung ist der Film auch ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor. Künstlerische Ambitionen und wirtschaftliche Interessen miteinander in Einklang zu bringen, das ist das Ziel der Kultur- und Filmpolitik des Bundes.

› „3 Tage in Quiberon“ – Gewinner des Deutschen Filmpreises 2018 als bester Spielfilm





Filmförderung

Gute Filme – in Deutschland produziert

Um gute und auch wirtschaftlich erfolgreiche Filme zu drehen, braucht es meist viel Geld. Denn Filmprojekte werden oft über viele Jahre entwickelt, sind produktionstechnisch sehr aufwändig und entstehen als Gemeinschaftsarbeit vieler Kreativer vor und hinter der Kamera. Viele der deutschen Erfolgsproduktionen wie Maren Ades Oscar-nomierter Spielfilm „Toni Erdmann“ wären ohne staatliche Zuschüsse kaum zu realisieren gewesen.

Um die Qualität und thematische Vielfalt des deutschen Kinofilms zu stärken, unterstützt die *kulturelle* Filmförderung der Kulturstaatsministerin die Entstehung und Verbreitung künstlerisch wertvoller Filmprojekte – angefangen von der Drehbuch- und Stoffentwicklung über die Produktion bis hin zur Kinoauswertung, ob Spiel- oder Dokumentarfilm, Kinderfilm oder Kurzfilm. Mit deutlich erhöhten Fördermitteln für die Produktion künstlerisch herausragender Filmprojekte wurden die Experimentierfreude und die Unabhängigkeit der Kreativen nachhaltig gestärkt.

Ein echtes Aushängeschild der kulturellen Filmförderung des Bundes ist der **Deutsche Filmpreis**. Einmal im Jahr werden die besten deutschen Kinofilme mit der Goldenen, Silbernen oder Bronzenen „Lola“ ausgezeichnet. Die Preisgelder für die „Besten Spiel-, Dokumentar- und Kinderfilme“ stehen für die Herstellung neuer Filmvorhaben zur Verfügung.

Darüber hinaus vergibt die Kulturstaatsministerin jedes Jahr den **Deutschen Kurzfilmpreis**, den **Deutschen Drehbuchpreis**, den **Verleiherpreis** und den **Kinoprogrammpreis**.

Die wichtigsten Förderinstrumente der *wirtschaftlichen* Filmförderung der Kulturstaatsministerin sind der für Kinofilme eingerichtete **Deutsche Filmförderfonds** (DFFF) und der für High-End-Produktio-

50 Jahre Filmförderungsanstalt – Motor der deutschen Filmbranche

2018 feierte die Filmförderungsanstalt (FFA) des Bundes ihr 50. Jubiläum. Ge-gründet wurde die FFA zu einer Zeit, in der das aufkommende Fernsehen dem altgedienten Kino den Rang abzulaufen drohte. Um den deutschen (Kino-) Film zu erhalten und wettbewerbsfähig zu machen, wurde 1968 die Filmförderungsanstalt errichtet.

Mithilfe dieser Fördereinrichtung wurden seither große und kleinere Filmerfolge geschaffen und das deutsche Kino nicht nur am Leben gehalten, sondern kräftig ausgebaut. 2017 lag der Marktanteil deutscher Filme im Kino bei rund 24 Prozent.

www.ffa.de



^ Verleihung des Deutschen
Filmpreises 2018 in Berlin

nen eingerichtete **German Motion Picture Fund (GMPF)**. Hier finden Filmschaffende die passende Unterstützung für ihre Projekte. Die über den DFFF und den GMPF ausgereichten Fördergelder setzen nicht nur für deutsche, sondern insbesondere auch für die großen internationalen Filmproduktionen starke Investitionsanreize. In der Folge investieren nationale und internationale Produktionsfirmen ein Vielfaches der staatlichen Zuschüsse allein in Deutschland und sorgen somit für Beschäftigung und Wirtschaftskraft.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am deutschen Filmschaffen ist ein wichtiges Anliegen der Kulturstaatsministerin. Hier hat sich in der Vergangenheit ein deutliches Ungleichgewicht gezeigt. Daher wirkt der Bund unter anderem auf eine möglichst paritätische Besetzung der verschiedenen Entscheidungs- und Fördergremien hin. So können die Interessen und Perspektiven weiblicher Filmschaffender besser in die Auswahlprozesse einfließen. Mehr Parität ist auch eines der besten Mittel gegen Machtmissbrauch, wie ihn die Debatte über sexuelle Belästigung und Gewalt insbesondere auch in der Filmbranche offenbart hat.

www.kulturstaatsministerin.de/filmfoerderung



Der Deutsche Filmpreis – „Und die Lola geht an ...“

Alljährlich im Frühjahr wird in einer feierlichen Gala der Deutsche Filmpreis, die „Lola“ in Gold, Silber und Bronze verliehen. Er ist mit insgesamt fast drei Millionen Euro Preisgeld der höchstdotierte deutsche Kulturpreis.

Die Ehrung ist für die kreativen Köpfe hinter dem Film Auszeichnung und Ansporn zugleich: Sie sind verpflichtet, die Preisgelder für die besten Spiel-, Dokumentar- sowie Kinderfilme in einen neuen Kinofilm zu investieren. So gibt der Deutsche Filmpreis jedes Jahr neue Impulse für künstlerisch anspruchsvolle Produktionen.

Die Kulturstaatsministerin stellt die Preisgelder zur Verfügung. Ausgewählt werden die Preisträgerinnen und Preisträger von den Mitgliedern der Deutschen Filmakademie.

www.deutscher-filmpreis.de

◀ Rede zur Verleihung des
Deutschen Filmpreis



^ DFFF-geförderter Animationsfilm:
Das aufwendig produzierte Fantasy-
Abenteuer DRACHENREITER

Bund stellt Weichen für wirtschaftlich erfolgreiche Filmproduktionen

Der deutsche Filmstandort wird auch aus wirtschaftlichen Gründen gezielt vom Bund gefördert – und zwar durch den **Deutschen Filmförderfonds** (DFFF) sowie den **German Motion Picture Fund** (GMPF).

Aus dem DFFF können 20 bis 25 Prozent der gesamten Kosten für die Produktion eines Films hier in Deutschland erstattet werden. Erstattet werden jedoch nur die Kosten, die auch tatsächlich in Deutschland ausgegeben werden. Seit der Gründung des DFFF im Jahr 2007 bis Ende 2017 wurden 1.187 Projekte mit insgesamt rund 651 Millionen Euro gefördert. Und die machen sich nicht nur auf der Leinwand bezahlt: Rund 3,8 Milliarden Euro zogen die staatlichen Zuschüsse an Folgeinvestitionen in Deutschland nach sich. Das entspricht etwa dem Sechsfachen der ausgereichten Gelder.

Dank des DFFF hat sich Deutschland als attraktiver und international wettbewerbsfähiger Filmstandort etabliert. So kamen etwa 2017 ganze 33 internationale Koproduktionen in Deutschland zustande – von insgesamt 100 DFFF-geförderten Filmproduktionen.

Damit Deutschland auch in Zukunft im weltweiten Standortwettbewerb künstlerisch wie technisch ganz vorne mitspielt, wurde der DFFF 2017 um eine zweite Fördersäule ergänzt. Der sogenannte DFFF II schafft zusätzliche Anreize für Aufträge an deutsche Produktionsdienstleister. Dies stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und bietet überdies jungen Filmtalenten erstklassige berufliche Perspektiven in Deutschland.

Auch der GMPF dient dem Ziel, den Filmstandort Deutschland zu stärken. Der GMPF fördert die Herstellung hochbudgetierter High-End-Produktionen und Serien, die auf Video-on-Demand-Plattformen

men oder im Fernsehen angeboten werden. Ein besonderer Schwerpunkt des GMPF liegt auf der Förderung digitaler Filmproduktionen.

Eine weitere wichtige Säule der bundesweiten Filmförderung ist die **Filmförderungsanstalt** (FFA). Sie fördert alle Entwicklungs- und Wertschöpfungsstufen eines Films: vom Drehbuch über die Produktion bis hin zum Verleih und der Filmvorführung. Die Förderung der FFA ist durch Abgaben finanziert, die von den Verwertern der Kinofilme auf der Grundlage des Filmförderungsgesetzes (FFG) erhoben werden. Die FFA verwaltet zudem den Deutschen Filmförderfonds.

Die Kulturstaatsministerin und die FFA sind die wichtigsten Zuwendungsgeber der German Films Services + Marketing GmbH, die sich erfolgreich für die internationale Vermarktung des deutschen Films einsetzt.

Neben dem Bund engagieren sich auch die Filmfördereinrichtungen der Länder für den deutschen Film.



Internationale Filmfestspiele Berlin

Rund 400 Filme im Programm und mehr als 21.000 Fachbesucherinnen und Fachbesucher, darunter gut 3.700 Journalistinnen und Journalisten aus rund 130 Ländern: Die Berlinale ist eines der bedeutendsten Filmfestivals der Welt und gilt mit über 334.000 verkauften Eintrittskarten auch als das weltweit größte Publikums-Filmfestival. Neben dem Wettbewerb um den Goldenen Bären und den acht weiteren Sektionen, wie zum Beispiel dem Panorama und der Perspektive Deutsches Kino, gehören zur Berlinale auch Veranstaltungen wie die **Berlinale Talents**. Sie bringt junge Talente mit Profis des internationalen Films zusammen.

Auch der **World Cinema Fund** hat auf der Berlinale eine Plattform. Er wird von der Kulturstiftung des Bundes gefördert und unterstützt Kooperationen deutscher Produzenten mit Regisseuren aus Lateinamerika, Afrika, dem Nahen Osten und Zentralasien. Hinzu kommt das bedeutende Branchentreffen „European Film Market“. Hier handeln Fachbesucherinnen und Fachbesucher mit internationalen Filmrechten oder informieren sich über die neuesten Entwicklungen auf dem Filmmarkt. Die Berlinale ist Teil der **Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH** und wird damit aus dem Etat der Kulturstaatsministerin finanziert.

www.berlinale.de

◀ „AUS DEM NICHTS“ – Deutscher Filmpreis 2018 – bester Spielfilm in Silber



^ Eröffnung der Internationalen
Filmfestspiele Berlin

Filmfestivals

Alljährlich im Februar holt eines der wichtigsten Filmfestivals der Welt, die **Berlinale**, internationale Stars auf den roten Teppich nach Berlin. Das von der Kulturstaatsministerin geförderte Festival ist das größte Kultur- und Filmereignis der Hauptstadt und trägt enorm zum internationalen Renommee des Filmstandorts Deutschland bei.

Daneben unterstützt die Kulturstaatsministerin noch eine Reihe weiterer herausragender Festivals wie das Internationale Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm **DOK Leipzig**, die **Internationalen Kurzfilmtage in Oberhausen** und das Nachwuchsfilmfest **Max-Ophüls-Preis** in Saarbrücken sowie die Kinder- und Jugendfilmfestivals **Goldener Spatz** und **Lucas und Schlingel**.

Filmerbe sichern

Deutschland hat ein vielfältiges und umfangreiches nationales Filmerbe. Dazu gehören Stummfilmklassiker aus den zwanziger Jahren wie Friedrich Wilhelm Murnaus „Nosferatu – eine Symphonie des Grauens“, DEFA-Filme wie Heiner Carows „Die Legende von Paul und Paula“ und Werke von Autorinnen und Autoren des Neuen Deutschen Films wie Ulla Stöckls „Neun Leben hat die Katze“ (1968), Rainer Werner Fassbinders „Die Ehe der Maria Braun“ (1978) oder Wim Wenders' „Der Himmel über Berlin“ (1987).

Alte Filmrollen zu erhalten und zu restaurieren, ist eine immense Herausforderung. Zudem müssen digitale Kopien erstellt werden, um die Filme in modernen Kinos weiterhin zeigen zu können. Hierfür stellt die Kulturstatsministerin seit dem Jahr 2012 Fördermittel bereit, zum Beispiel für Institutionen des Kinematheksverbundes. Derzeit arbeitet die Kulturstatsministerin gemeinsam mit den Ländern und der Filmwirtschaft an einer langfristigen Digitalisierungsstrategie für die Zeit ab 2019. Damit soll das deutsche Kinofilmerbe zeit- und gattungsübergreifend in seiner ganzen Breite für künftige Generationen erhalten werden.

Die primäre Aufgabe des Kinematheksverbundes ist es, durch die Zusammenarbeit mit den deutschen Filmerbeinstitutionen die Funktion einer zentralen deutschen Kinemathek zu erfüllen. Hauptmitglieder sind das **Bundesarchiv-Filmarchiv**, die **Stiftung Deutsche Kinemathek** und das **Deutsche Filminstitut**. Beteiligt sind auch die **Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung** und die **DEFA-Stiftung**. Diese Institutionen bewahren das Filmerbe, indem sie es restaurieren, digitalisieren und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Stiftung Deutsche Kinemathek und das Deutsche Filminstitut werden von der Kulturstatsministerin unterstützt.

Filmportal

Als zentrale Internetplattform zum deutschen Film bietet filmportal.de kostenfrei Daten und Hintergrundinformationen zu mehr als 99.000 Filmen und 205.000 Personen. Das vom Deutschen Filminstitut getragene Portal gibt zudem Auskunft über die öffentliche Verfügbarkeit von Kinoproduktionen und dokumentiert im „Bestandskatalog deutscher Filme“ die Überlieferung des nationalen Filmerbes in den Archiven.

www.filmportal.de

Deutsches Filmregister

Um das nationale Filmerbe zu sichern, wurde 2013 das Bundesarchivgesetz geändert. Produzentinnen und Produzenten deutscher Kinofilme sind seitdem verpflichtet, ihre neuen Filme beim Bundesarchiv – dem zentralen nationalen Filmarchiv – zu registrieren. Das Deutsche Filmregister erfasst auch den Ort, an dem sich eine archivfähige Kopie des jeweiligen Films befindet.

www.pflichtregistrierung-film.bundesarchiv.de



^ „Der Blaue Engel“ – Ufa-Film mit Marlene Dietrich, Uraufführung 1930 – Die Ufa, Deutschlands berühmteste Film- und Fernsehproduktionsfirma, feierte 2017 ihr 100-jähriges Bestehen



iPad 93%
 11:15
 renn

Alle in Zeitungsiosk
 Automobilindustrie Bastien und Hobbys

test
 Das Beste für die Party

NEON

stern
 OLIVENBETRUG
 stern eMagazine
 Nachrichten
 GRATIS

WirtschaftsWoche
 25
 Das kostet der EU-Austritt
 WirtschaftsWoche
 Nachrichten
 GRATIS

Gala
 SEX AM SCENARIUM
 GALA Magazin
 Lifestyle
 GRATIS

Cicero
 10 JAHRE
 Cicero ePaper
 Lifestyle
 GRATIS

DIE WELT

BILD

Die Zeit

SHAPE

IN
 Die geheime Welt der Stars

GLA

cosmo
 SOHLAUF MIT DEM SEX

SHAPE
 SOHLAUF MIT DEM SEX

Zeitgeschehen
 Zeitungen
 Zeitschriften für Sie

Alle anzeigen
 Alle anzeigen
 Updates

In der Nähe
 Einkäufe

MEDIEN

Freie Meinungsbildung schützen

Kaum eine Entwicklung hat unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahren stärker geprägt als der mediale Wandel. Unser Freizeitverhalten, Arbeitsleben, die Art und Weise, wie wir uns Informationen beschaffen, unsere private Kommunikation und unser Sozialleben – nahezu alle Lebensbereiche haben sich durch die regelmäßige Nutzung digitaler Medien verändert.

Sie bieten uns zum einen große Chancen, die eine demokratische Gesellschaft auch nutzen sollte: Neue Informations- und Kommunikationstechnologien machen eine weltweite Vernetzung möglich, bieten neue Spielräume für Kreativität und Innovation, für neue Geschäftsfelder und Berufsbilder – und verschaffen vielen Menschen einen besseren Zugang zu Kunst und Kultur. Zugleich hat das Internet die Möglichkeiten revolutioniert, sich eine Meinung zu bilden und sie zu äußern. Damit leisten die digitalen Medien einen unverzichtbaren Beitrag zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben.

Mit diesen Chancen gehen gleichwohl auch immense Herausforderungen einher: Der Schutz der Menschenwürde, grundlegende Freiheitsrechte, Medienvielfalt und fairer Wettbewerb sind Errungenschaften, die wir in der analogen Welt verteidigen und die auch im Netz Anerkennung verdienen.

Deshalb ist die Medienkompetenz von Bürgerinnen und Bürgern eine wichtige Schlüsselqualifikation, die früh erlernt werden sollte, um den Risiken des Internets selbstbestimmt begegnen zu können. Hierzu zählen unter anderem der richtige Umgang mit persönlichen Daten ebenso wie die Achtung bestehender Urheberrechte.

Medienvielfalt sichern

Bei aller Innovationsfreude gilt es, auch im Rausch des technisch Möglichen die Rechte des Einzelnen zu respektieren. Dafür braucht es einen verbindlichen rechtlichen Rahmen, der die Unabhängigkeit der Medien, den Zugang zu ihnen sowie die Meinungsfreiheit und -vielfalt gewährleistet.

Ähnlich wie im Bereich der Kultur liegt die Zuständigkeit für audiovisuelle Medien in Deutschland grundsätzlich bei den Bundesländern. Der Bund hat jedoch Gesetzgebungskompetenzen bei wichtigen medienpolitischen Themen wie dem Urheber- und Verlagsrecht, dem Telemedien- und Telekommunikationsrecht.



Pressevielfalt in der digitalen Welt

Für die Kultur- und Medienpolitik des Bundes spielt der Schutz der Presse- und Meinungsfreiheit sowie der Medienvielfalt eine zentrale Rolle. Stetig sinkende Abonnementzahlen und nachlassendes Interesse an der klassischen Medienutzung gerade bei jungen Leuten machen den klassischen Medien das (Über-) Leben schwer. Umso bedeutender ist die Entwicklung tragfähiger Geschäftsmodelle für den Journalismus des 21. Jahrhunderts. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Frage, wie bewährte Finanzierungsmodelle der privaten Medien künftig auch in der digitalen Welt abgesichert werden können. Denn die Angebote einschlägiger Tageszeitungen mit ihren gründlich recherchierten und Hintergründe berücksichtigenden Informationsangeboten sind unverzichtbar für die Medienvielfalt und Meinungsfreiheit.

◀ **Digitale Informationsangebote konkurrieren stark mit den klassischen Medien**



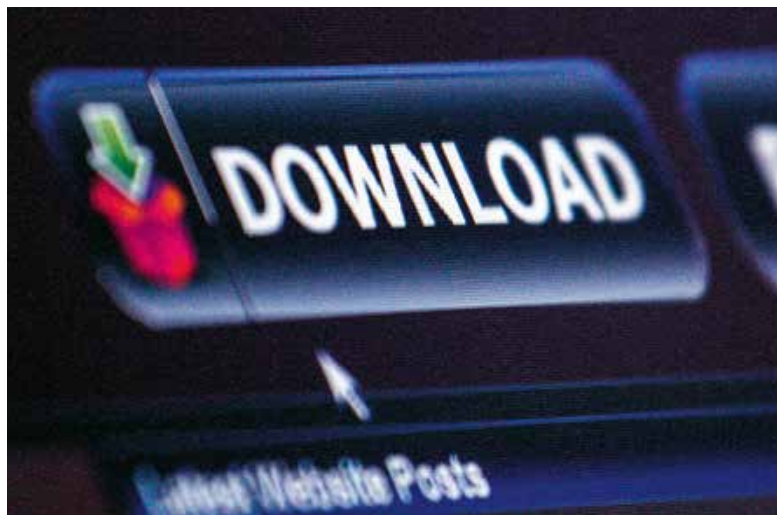
^ Breitgefächertes Angebot in der Buchhandlung

Urheberrechte schützen

Das Recht am geistigen Eigentum ist eine demokratische Errungenschaft, die in Deutschland aus gutem Grund Verfassungsrang genießt: Denn kreative Spitzenleistungen entstehen vor allem dann, wenn Künstlerinnen und Künstler von ihrer Arbeit leben können – auch in der digitalisierten Medienlandschaft.

Filme, Musikstücke, Bücher oder andere Werke illegal im Internet oder auf sonstige Weise zu kopieren und zu verbreiten, sind deshalb keine Bagatelldelikte, sondern bedrohen die Existenz unserer Kultur- und Medienschaffenden. Um ihnen eine starke politische Stimme zu verleihen und den Schutz des geistigen Eigentums auch im Netz zu wahren, setzt sich die Kultur- und Medienstaatsministerin für ein starkes Urheberrecht ein – national wie international.

Vorschläge für eine europäische Urheberrechts-Richtlinie hat die Europäische Kommission im Rahmen ihrer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt bereits unterbreitet. Wenn der europäische



Rechtsrahmen in Kraft getreten ist, werden die darin gemachten Vorgaben in deutsches Recht umgesetzt.

Zugunsten des Gemeinwohls müssen Urheberinnen und Urheber auch Eingriffe in ihr Recht am eigenen Werk dulden – so zum Beispiel bei der erlaubten Privatkopie oder in bestimmten Fällen bei Publikationen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Hier sorgt ein gutes Urheberrecht dafür, dass sie dafür eine angemessene Vergütung erhalten. Zudem unterstützt der Bund Initiativen, die es Nutzern – etwa durch ein „Gütesiegel“ – erleichtern, legale Angebote zu finden.

Eine weitere digitale Herausforderung für die Meinungsvielfalt ist die Tatsache, dass der Weg zur Website einer Zeitung heute vielfach über Intermediäre, über soziale Netzwerke führt. Was die Nutzerinnen und Nutzer dort zu sehen bekommen, sind die Ergebnisse eines Algorithmus – die Ergebnisse automatisierter Entscheidungen, ausgerichtet auf die jeweiligen Präferenzen der Nutzerinnen und Nutzer und ihrer Freunde, programmiert mit dem Ziel, möglichst viel „Traffic“ zu generieren.

Für Vielfalt in der Presselandschaft – das Presse-Grosso

Angeln, Stricken, Dekorieren: In Kiosken und Zeitungsregalen von Einzelhändlern findet jeder Leser, was er sucht. Aber wie kommen diese Zeitungen und Zeitschriften mit ihrer geringen Auflage und überschaubaren Leserschaft überhaupt an ihre Käufer? Einen eigenen Vertrieb können sich oft nur die großen Verlage leisten.

Die einzigartige publizistische Vielfalt in Deutschland ist nur möglich, weil es hier branchenweit einheitliche Vertriebskonditionen gibt. Dafür sorgt das so genannte „Presse-Grosso“. Mehr als die Hälfte aller in Deutschland verkauften Zeitungen und Zeitschriften wird über Presse-Grossisten vertrieben. Sie sind in ihrem jeweiligen „Grosso-Gebiet“ eine Schnittstelle zwischen Verlag und Einzelhandel. Die Grossisten sind verpflichtet, auch Presseerzeugnisse kleinerer Verlage anzubieten. Außerdem unterliegen die Zeitungen einer Preisbindung, und der Einzelhandel kann nicht verkaufte Zeitungen an den Grossisten zurückgeben.

Dank dieses Pressevertriebssystems kann überall in Deutschland das gesamte Spektrum an Zeitungen und Zeitschriften gelesen werden. Es sichert mit seinen Vertriebsstrukturen die wirtschaftliche Existenz kleiner Verlage und sorgt für einen fairen Wettbewerb in der Verlagsbranche.

Die Kultur- und Medienstaatsministerin hat sich deshalb dafür eingesetzt, das Presse-Grosso gesetzlich zu verankern, um es so dauerhaft zu erhalten.

www.pressegrasso.de

Das nährt Filterblasen, in denen nicht zuletzt rassistische Hetze, Falschmeldungen und Verschwörungstheorien gedeihen. Und es führt dazu, dass nur ein Bruchteil der Inhalte, die eine Redaktion veröffentlicht, den Nutzern auch tatsächlich angezeigt wird. Das heißt: Ein Großteil fällt durchs Raster.



Digitalisierung – fairen Wettbewerb ermöglichen

Fernsehen, Radio, Zeitung, Internet: Früher haben die verschiedenen Medien ihre Programminhalte auf ihren ganz eigenen Übertragungswegen in die Welt gesetzt. Heute lässt sich die verpasste Fernsehsendung problemlos zu einem späteren Zeitpunkt online schauen. Wo hört nun also das Fernsehen auf und wo beginnt das Internet?

Im Zeitalter von Mediatheken und Streamingdiensten verschmelzen die Medien immer mehr. Diese sogenannte Medienkonvergenz macht die Mediennutzung viel flexibler und individueller als früher. Zugleich stellt sie große Herausforderungen beispielsweise an einen fairen Wettbewerb untereinander, an die Unabhängigkeit von Berichterstattung, an die Wahrnehmbarkeit europäischer und deutscher Sichtweisen, an die politische Meinungsbildung und die Medienkompetenz der Nutzerinnen und Nutzer.

Um eine wettbewerbsbasierte, vielfältige und unabhängige Medienlandschaft zu gewährleisten, brauchen wir eine zeitgemäße Medienregulierung und Medienordnung. Deshalb hat eine Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz unter Vorsitz der Staatsministerin für Kultur und Medien und der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Vorschläge erarbeitet, die derzeit umgesetzt werden.

Kultur und Wissen online – die Deutsche Digitale Bibliothek

Kunstwerke eines Museums betrachten, historische Musiknoten ausdrucken und Tondokumente anhören oder Fotos und Filme zu geschichtlichen Ereignissen herunterladen: Auf der Internetseite der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) ist all das kostenfrei vom eigenen Computer aus möglich.

Früher musste man für Recherchen vor Ort sein – im Museum, im Archiv oder in anderen bundesweiten Kultureinrichtungen. Die DDB macht es möglich, sämtliche Bestände der angeschlossenen Einrichtungen mit modernster Suchtechnik zentral zu erschließen. Sie bietet Zugang zu Kultur und Wissenschaft in einer bisher nicht gekannten Form. So trägt sie zur Demokratisierung von Wissen und Ressourcen bei. Sie verfolgt keine kommerziellen Interessen und schützt die Urheberrechte.

Seit 2009 fördert der Bund die Deutsche Digitale Bibliothek – sowohl den Aufbau der Infrastruktur als auch, gemeinsam mit den Ländern, den laufenden Betrieb. Im März 2014 ging die Deutsche Digitale Bibliothek mit rund sieben Millionen Objekten online. Sie verfügt inzwischen über mehr als 24 Millionen Objekte. Die Bestände werden ständig erweitert.

✓ Digitalisierungszentrum der Bayerischen Staatsbibliothek München: Scannen des Prachtchorbuchs Albrechts V.



- › **Einscannen von Dokumenten für die digitale europäische Bibliothek Europeana**

Deutscher Beitrag zur Europeana

Die Deutsche Digitale Bibliothek ist der deutsche Beitrag zur „Europeana“, ihrem europäischen Pendant. Hier stellen die EU-Mitgliedstaaten die Bestände ihrer Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen ein. Damit bündelt die „Europeana“ zum einen das wissenschaftliche sowie kulturelle Erbe der EU-Länder und macht es zum anderen weltweit zugänglich.

In der „Europeana“ kann in sämtlichen europäischen Sprachen recherchiert werden. Momentan sind bereits über 50 Millionen digitale Objekte verfügbar – und es werden täglich mehr.

www.europeana.de



Doch nicht nur für die Nutzerinnen und Nutzer, auch für die Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen bietet die Deutsche Digitale Bibliothek spannende Möglichkeiten: Hier können sie ihre Bestände weltweit sichtbar und zugänglich machen. Der Wissenschaft eröffnen sich damit ganz neue Welten zur Forschung.

Bisher haben sich über 4.300 deutsche Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen für eine Zusammenarbeit mit der DDB registrieren lassen, davon liefern bereits über 400 Daten an die DDB. Die Zahl der Datenlieferanten der DDB steigt ebenfalls laufend an. Viele pflegen ihre bereits vorhandenen digitalen Bestände in die DDB ein und digitalisieren zugleich viele weitere ihrer Objekte, um sie nach und nach ebenfalls in der DDB sichtbar machen.

Um diese Entwicklung weiter auszubauen und den digitalen Wandel in den Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen insgesamt zu unterstützen, erarbeitet die Kultur- und Medienstaatsministerin eine Digitalisierungsstrategie und setzt diese schrittweise um.

www.deutsche-digitale-bibliothek.de



Museum 4.0 – das Museum der Zukunft

Die Federführung für das Verbundprojekt „Museum 4.0“ liegt bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit ihren Staatlichen Museen zu Berlin. Weitere Partner sind das Humboldt Forum, das Deutsche Museum München, das Auswandererhaus Bremerhaven, das Senckenberg Museum für Naturkunde in Görlitz und die Fastnachtsmuseen Schloss Langenstein und „Narrenschof“ in Bad Dürkheim.

www.museum4punkto.de

◀ **Rundgang mit einer
Virtual Reality-Brille –
Fastnachtsmuseum
Narrenschof Bad
Dürkheim**

Um neue Formen der Kommunikation, Partizipation, Bildung und Vermittlung auch in Museen zu entwickeln, haben sich bundesweit sechs deutsche Kultureinrichtungen in dem Projekt „Museum 4.0 – Digitale Strategien für das Museum der Zukunft“ zusammengeschlossen. Gesucht wird nach neuen Wegen, um in den Austausch mit Besucherinnen und Besuchern zu treten, individualisierte Angebote für sie zu entwickeln und zusätzliche Zielgruppen anzusprechen. Im Fokus stehen dabei die soziale Integration und die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen.

Mithilfe neuester digitaler Technologien, wie zum Beispiel Virtual Reality, Augmented Reality und 3D-Modellierung, wollen die Projektpartner neue Formen der Vermittlung, Kommunikation, Interaktion und Partizipation in und mit Museen entwickeln. Dies können digitale Angebote rund um den Museumsbesuch für spezielle Zielgruppen sein oder mobile, interaktive Anwendungen, in denen die Sammlungen benachbarter Museen oder anderer Kultureinrichtungen einbezogen werden.

Ein weiteres Projektziel ist die Entwicklung eines gemeinsamen interaktiven Online-Portals für die Projektpartner. Außerdem soll mit dem Aufbau eines Digital News Room für Museen sowohl eine Schnittstelle zu den sozialen Medien als auch eine interaktive Kommunikationsplattform für Museumsbesucherinnen und -besuchern geschaffen werden.

Die Kultur- und Medienstaatsministerin unterstützt das auf drei Jahre ausgerichtete Gemeinschaftsprojekt mit insgesamt 15 Millionen Euro. Die Ergebnisse stehen anschließend allen Kultureinrichtungen in Deutschland zur Verfügung.



Medienkompetenz

Schlüsselfähigkeiten im Umgang mit digitalen Medien stärken

Die digitale Welt ist heute ein wesentlicher Teil der Lebenswirklichkeit von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen. Kommunikation findet in hohem Maße über soziale Medien statt. Im Internet werden Fotos, Videos und persönliche Daten geteilt, Filme und Serien auf Online-Plattformen geschaut. Zudem informieren sich heute viele Menschen im Netz über das aktuelle Tagesgeschehen oder für ein Referat in der Schule.

Initiative „Ein Netz für Kinder“

Bereits seit dem Jahr 2007 engagiert sich die Staatsministerin für Kultur und Medien zudem im Rahmen der Initiative „Ein Netz für Kinder“, die das Ziel eines sicheren Surfraums für Kinder von bis zu zwölf Jahren im Internet verfolgt. Neben der Förderung qualitätvoller Internetangebote für Kinder durch die Kultur- und Medienstaatsministerin gehört die von der Wirtschaft finanzierte Kindersuchmaschine **fragFINN** zu „Ein Netz für Kinder“.

Die von fragFINN ausgespielten Suchergebnisse enthalten ausschließlich kindgerechte Internetseiten und werden fortlaufend von Medienpädagoginnen und -pädagogen redaktionell geprüft. Für die Nutzung auf Smartphones und Tablets gibt es zudem die fragFINN-App.

Weitere Informationen zur Initiative „Ein Netz für Kinder“ und zu den geförderten Kinderseiten gibt es unter www.enfk.de



^ Besuch einer Schule zum Safer Internet Day

Daher ist es wichtig, Medien und insbesondere das Internet selbstbestimmt, verantwortungsvoll und kritisch nutzen zu können. Dies umfasst auch die Fähigkeit, zwischen Fakten und „fake news“ unterscheiden zu können. Medien- und Nachrichtenkompetenz eröffnen zudem Mitwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten in unserer Gesellschaft.

Die Kultur- und Medienstaatsministerin unterstützt daher Initiativen, die die Medien- und Nachrichtenkompetenz fördern. Dazu gehört seit 2007 die **Nationale Initiative Printmedien** mit renommierten Partnern insbesondere aus dem Bereich der Presse und der Bildung.

Für einen von der Stiftung Digitale Spielekultur im Jahr 2018 ausgerichteten Game Jam zum Thema „News Games & Nachrichtenkompetenz“ hat sie die Schirmherrschaft übernommen und die Veranstaltung auch finanziell unterstützt.



VISION KINO

Beim Netzwerk für Film- und Medienkompetenz VISION KINO geht es darum, die Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen im Umgang mit Filmen zu stärken.

Die größte Initiative von VISION KINO sind die SchulKinoWochen. An diesem bundesweiten Angebot zur Filmbildung nehmen jedes Jahr rund 900.000 Schülerinnen und Schüler teil. Es ist damit eines der größten filmpädagogischen Projekte Europas.

Schulklassen können Kinovorstellungen zu vergünstigten Preisen in einem Kino in ihrer Nähe besuchen. Mit pädagogischem Begleitmaterial können die Filme im Unterricht vor- und nachbereitet werden. Außerdem gibt es Gesprächsrunden mit Filmschaffenden und begleitende Fortbildungen für Lehrkräfte. Lehrkräfte werden weiterhin durch zahlreiche filmpädagogische Materialien von VISION KINO befähigt und motiviert, Filme im Unterricht einzusetzen. Die Materialien umfassen Filmhefte, Praxisleitfäden, didaktische DVDs sowie webbasierte Unterrichtsmaterialien.

Alle zwei Jahre richtet VISION KINO einen Kongress aus, zu dem sich Pädagoginnen und Pädagogen, Filmschaffende, Kinobetreiberinnen und -betreiber, Politikerinnen und Politiker und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler treffen, um neue Perspektiven für die Filmbildung zu diskutieren.

Weitere Informationen unter:
www.visionkino.de



◀ Eröffnung der SchulKinoWoche mit dem Film „Tschick“

› **DW-Reportage in einem Dorf
in der Nähe der ivorischen
Hauptstadt Abidjan**

Unabhängiger Journalismus

Die Deutsche Welle wird aus dem Haushalt der Kulturstatsministerin finanziert. Als unabhängiger Sender ist sie nach dem Deutsche-Welle-Gesetz dem freien Journalismus verpflichtet.

Rund 3.000 feste und freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus mehr als 60 Nationen arbeiten für die DW, in den Zentralen in Bonn und Berlin, in den DW-Studios in Washington, Moskau und Brüssel und an weiteren Einsatzorten.

~ **Sitz der Deutschen Welle in Bonn**



Die Deutsche Welle

Mediale Stimme Deutschlands in der Welt

Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandssender Deutschlands. Mit ihren Angeboten in Fernsehen, Radio und Internet erreicht sie ein internationales Publikum – auf Deutsch und in 29 weiteren Sprachen. Rund 160 Millionen Menschen weltweit nutzen Woche für Woche die journalistischen Inhalte der DW.

Die DW ist damit eine bedeutende Kulturbotschafterin Deutschlands im Ausland. Sie vermittelt Werte und Positionen, für die Deutschland als europäische Kulturnation steht: Menschenrechte, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Entwicklung. Die objektiven und qualitativ hochwertigen Angebote der DW sind beispielgebend für gut recherchierten Qualitätsjournalismus. Insbesondere in Krisenregionen eröffnen sie einen Zugang zu unabhängigen Informationen – und tragen weltweit zur Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit bei.

Das multimediale Angebot der Deutschen Welle

Die Deutsche Welle erfüllt ihren Programmauftrag mit einem multimedialen Informationsangebot in 30 Sprachen, mit hochwertigen journalistischen Inhalten in Fernsehen, Radio, Internet und mobil über die DW-App.

Lineares Fernsehen verbreitet sie derzeit in vier Sprachen: Deutsch, Englisch, Spanisch und Arabisch. Das Programm kann man – je nach Region – über Kabel oder Satellit empfangen. In weiteren Sprachen produziert die DW Fernsehmagazine für Partner.

✓ „Shabab Talk“ – Die erfolgreiche DW-Sendung von Jaafar Abdul Karim im arabischsprachigen TV





^ **Indigene Radiomacherin in Guatemala:
Der lokale Radiosender informiert mit
Unterstützung der DW Akademie in der
Maya-Sprache**

Deutsch lernen mit der Deutschen Welle

Die Verbreitung der deutschen Sprache zu fördern, ist eine Aufgabe der DW. Daher gibt es auf der Internetseite der DW kostenlose interaktive Deutsch-Kurse.

Angeboten werden diverse Kurs-Niveaus – zugänglich in 30 Sprachen. Die Angebote reichen von ersten Schritten über Vokabeltrainer und langsam gesprochene Nachrichten, um das Hörverstehen zu trainieren, bis zur Telenovela. Außerdem gibt es Unterrichtsmaterialien für Deutschlehrerinnen und -lehrer zum Herunterladen.

www.dw.com/deutschlernen

Auch Radioprogramme verbreitet die DW weiterhin – unter anderem in den Sprachen Hausa, Kisuaheli und Amharisch für Afrika sowie Dari und Paschtu für Afghanistan.

Die Fernseh- und Radioprogramme sind auf www.dw.com abrufbar und stehen auch mobil über die DW-App zur Verfügung. Immer wichtiger wird für die DW die Verbreitung ihrer Inhalte in den sozialen Medien, umgekehrt bindet die DW soziale Medien in ihr lineares Programm ein.

DW Akademie

Die DW Akademie ist Deutschlands führende Organisation für internationale Medienentwicklung. In über 50 Ländern unterstützt sie die Entwicklung freier und transparenter Mediensysteme, bildet Journalistinnen und Journalisten aus Entwicklungs- und Transformationsländern aus und fördert journalistische Qualität und Medienkompetenz. So wurde mit Hilfe der DW Akademie zum Beispiel die erste unabhängige Nachrichtenagentur in Libyen ins Leben gerufen. In der Türkei wurde gemeinsam mit einem lokalen Partnersender und syrischen Flüchtlingskindern eine Fernsehsendung entwickelt.

In der Akademie wird auch der journalistische Nachwuchs der DW ausgebildet. Der Masterstudiengang „International Media Studies“ verbindet die Bereiche Medien und Entwicklung, Journalismus, Kommunikationswissenschaften und Medienmanagement. Mit ihrem Einsatz für Medien- und Meinungsfreiheit ergänzt die Akademie die journalistischen Angebote der DW. Die DW Akademie finanziert ihre Projekte vorrangig aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Auswärtigen Amtes, der Europäischen Union sowie der Vereinten Nationen.

Kontakt zur BKM

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

Staatsministerin
Prof. Monika Grütters MdB
Bundeskanzleramt
11012 Berlin
Telefon: 030 18 400-2060
E-Mail: bkm@bk.bund.de

www.kulturstaatsministerin.de

 www.twitter.com/bundeskultur
 www.instagram.com/bundeskultur

www.bundesregierung.de

Amtschef der BKM

Dr. Günter Winands
E-Mail: guenter.winands@bkm.bund.de

Gruppe K 1 – Zentrale Angelegenheiten; Kultur und Recht

Leiterin: Dr. Stephanie Schulz-
Hombach
E-Mail: K1@bkm.bund.de

**Gruppe K 2 –
Kunst- und Kulturförderung**
Leiterin: Dr. Sigrid Bias-Engels
E-Mail: K2@bkm.bund.de

Gruppe K 3 – Medien und Film; Internationales

Leiter: Dr. Jan Ole Püschel
E-Mail: K3@bkm.bund.de

**Gruppe K 4 –
Geschichte; Erinnerung**
Leiterin: Maria Bering
E-Mail: K4@bkm.bund.de

Gruppe K 5 – Grundsatzfragen der Kulturpolitik; Denkmal- und Kulturgutschutz

Leiterin: Dr. Kathrin Hahne
E-Mail: K5@bkm.bund.de

Dienstszitz Berlin

Köthener Straße 2
10963 Berlin
Telefon: 030 18 681 0

Dienstszitz Bonn

Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Telefon: 0228 99 681 0
E-Mail: poststelle@bkm.bund.de

Pressestelle

Sprecher: Hagen Philipp Wolf
Telefon: 030 18 272-3252
E-Mail: pressestelle-bkm@bpa.bund.de

Impressum

Herausgeber

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung, 11044 Berlin

Stand Juli 2018

Druck

MKL Druck GmbH & Co. KG,
48346 Ostbevern

Gestaltung MediaCompany –
Agentur für Kommunikation
GmbH, 10179 Berlin

Titelbild imago/imageBROKER/
Sandra Schänzer

Bildnachweis

AFP Photo/JOSEPH EID: S. 85;
action press/United Archives/
McPHOTO/Ingo Schulz: S. 115;
Albrecht Fuchs/Kunst- und Aus-
stellungshalle der Bundesrepublik
Deutschland GmbH: S. 79; Axel
Schmidt: S. 155; Bayerische Staats-
bibliothek, München: S. 154;
BKM/Gajus Köhr: S. 10;
BMW/Michael Reitz: S. 46 (unten);
bpk/David von Becker: S. 4/5;
bpk/Staatsbibliothek zu Berlin:
S. 89; BStU/Popa: S. 120; Bundesjug-
endballett/Kiran West: S. 2 (oben),
63; David von Becker: S. 48/49;
Deutsche Nationalbibliothek/
Stephan Jockel CC-BY 4.0: S. 51;
ddp images/Franka Bruns: S. 106;
ddp images: S. 58 (unten), 130/131;
dpa/AP Photo/Jens Meyer: S. 129;
dpa/picture-alliance/Paul Zinken:
S. 35; dpa/picture-alliance/
Wolfram Kastl: S. 54 (oben);
dpa/picture alliance/Eventpress
Herrmann: S. 36; dpa/picture
alliance/Photoshot: S. 30/31;
dpa/Maurizio Gambarini: S. 23;
dpa/Fredrik von Erichsen: Seite 77;
dpa-Zentralbild/Patrick Pleul:
S. 93; dpa/picture alliance/
Gusman/Leemage: S. 145; dpa/
Maurizio Gambarini: S. 151; DW:
S. 161 (oben); DW/M. Müller: S. 161
(unten); DW/S. Takato: S. 162;
DW/Oneida Rodas: S.163;

Elke A. Jung-Wolff: S. 1, 9;
Enrico Fontolan, Rom: S. 11 (oben);
folklang/Tobias Doehner: S. 74;
Fastnachtsmuseum Narrenschopf
Bad Dürkheim: S. 156;
getty Images/LOOK/Ulf Boettcher:
S. 28; getty Images/Mondadori
Portfolio: S. 100/101; getty images/
Tom Werner: S. 42/43;
Herzog & de Meuron Basel Ltd.,
Basel, Schweiz mit Vogt Land-
schaftsarchitekten AG, Zürich/Ber-
lin: S. 32; imago/tagesspiegel/Kitty
Kleist-Heinrich: S. 56; imago/
Rainer Weisflog: S. 11 (unten);
imago/epd-bild/Thomas Lohnes:
S. 90/91; imago/Jürgen Ritter:
S. 92; imago/Rüdiger Wölk: S. 94;
imago/IPON: S. 65; imago/Schö-
ning: S. 113; Infographics Group:
S. 25; Initiative Musik/Stephan
Böhlig/Robert Gebler: S. 62;
International Tracing Service (ITS)/
Uwe Zucchi: S. 88; iStock/Getty
Images/jotily: S. 26/27;
iStock/Getty Images Plus/
Vertigo3d: S. 152; iStock/Getty
Images Plus/Yalana: S. 158;
Jens Schlenker/Messe Bremen:
S. 52; Jens Weber: Seite 114;
Jochen Eckel: Seite 121;
Johannes Zappe: Seite 105;
Jüdisches Museum Berlin/Günter
Schneider: S. 34; Klassik Stiftung
Weimar/Jens Hauspurg: S. 39;
klicksafe/Thomas Meyer/Ostkreuz:
S. 159 (oben); Kunstforum Ostdeut-
sche Galerie/Wolfram Schmidt,
Regensburg: S. 99; Landesmuseum
für Kunst und Kulturgeschichte
Oldenburg/Foto Marcus Kenzler:
S. 80/81; Landesamt für Denkmal-
pflege und Archäologie Sachsen-
Anhalt, Juraj Lipták: S. 87;
Laurin Schmid/BILDKRAFTWERK/
Kunst- und Ausstellungshalle der
Bundesrepublik Deutschland
GmbH: Seite 17; laif/Pierre Adenis/
VG Bild-Kunst, Bonn 2018/Olaf
Metzel: S. 6; laif/Ralf Brunner:
S. 54 (unten);
laif/Wolfgang Stahr: S. 67;
laif/Gordon Welters: S. 69;
laif/Andreas Fechner: S. 134;
laif/Bernd Jonkmanns: S. 149;
mauritus images/imageBROKER/
Ingo Schulz: S. 12/13;

mauritus images/
Jürgen Ritterbach/Alamy: S. 96/97;
mauritus images/imageBROKER/
Helmut Meyer zur Capellen: S. 46
(oben); Milla & Partner: S. 132;
Monika Rittershaus: S. 58/59;
obs/Constantin Film: S. 141;
Peter Hartwig/Rohfilm Factory:
S. 2 (links unten), 136/137;
Photothek/Felix Zahn: S. 29, 124,
125, 127;
Presse- und Informationsamt der
Bundesregierung,
Sebastian Bolesch: S. 140,
Christian Stutterheim: S. 2 (rechts
unten), 146/147, 150,
Clemens Bilan: S. 68,
Felix Zahn: S. 126, 139,
Guido Bergmann: S. 108/109, 116,
Hans-Christian Plambeck: S. 76,
Jesco Denzel/Fondation Oskar
Kocoschka/VG Bild-Kunst,
Bonn 2018: S. 8,
Jesco Denzel: 110/111,
Kai-Uwe Knoth: S. 57,
Marvin Ibo Güngör: S. 15,
Stefanie Loos: S. 82,
Steffen Kugler: S. 18, 19, 55, 73,
Raik Tybussek: S. 118/119, 148;
Richard Hübner/Berlinale 2014:
S. 143; Robert Kothe: S. 160;
Rüdiger Baumann: S. 61;
Screenshot:
www.kuenste-im-exil.de: S. 50;
Screenshot: www.lostart.de: S. 78;
Screenshot: www.weimar.
bundesarchiv.de: S. 133;
Screenshot: www.enfk.de: S. 159
(unten); Sebastian Bolesch: S. 37;
Sergej Horowitz/Robert Have-
mann-Gesellschaft: S. 122/123;
Susan Vaupel/Berlin: S. 98;
Sven Ehlers: S. 135;
SHF/Architekt: Franco Stella mit
FS HUF PG/Jan Pautzke: S. 20/21;
SHF/Architekt: Franco Stella mit
FS HUF PG: S. 2 (Mitte links),
24 (unten); SHF/Marco Urban:
S. 24 (oben); Stadt Osnabrück/
Angela von Brill: S. 95; Stephan
Falk/Stiftung Humboldt Forum
im Berliner Schloss: S. 22 (unten);
Stiftung Denkmal/Marko Priske:
S. 107; Stiftung Denkmal/Marko
Priske: S. 2 (Mitte rechts), 112;
Stiftung Denkmal/Marko Priske:
S. 102/103;

Stiftung Genshagen/René Arnold:
S. 72; Stiftung Humboldt Forum im
Berliner Schloss/David von Becker:
S. 22 (oben); Stiftung Sächsische
Gedenkstätten/Gedenkstätte Bautzen:
S. 128; Sybill Hecht/Programm Kultur-
agenten für kreative Schulen: S. 70;
Thomas Bruns/Deutsch-Russisches
Museum Berlin-Karlshorst: S. 104;
Thomas Meinicke, Leipzig: S. 66;
Tillmann Franzen/VG Bild-Kunst, Bonn
2018/Walter Gropius: S. 38; Ute Klein/
lab.Bode – Initiative zur Stärkung der
Vermittlungsarbeit in Museen: S. 71;
Villa Massimo/Sebastian Bolesch:
S. 45; Villa Massimo/Sebastian
Bolesch: S. 64; Volker Kreidler: S. 60;
William Veder/Kompetenzzentrum
Kultur- und Kreativwirtschaft des
Bundes: S. 47; Zeppelin
Museum/Markus Tretter: S. 81;
Übersee-Museum Bremen/Volker
Beinhorn: S. 83; 2016 bomberint./
WarnerBros.Ent.: S. 142

Bestellmöglichkeit

Publikationsversand der
Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Servicetelefon: 030 18 272 2721
Servicefax: 030 1810 272 2721
E-Mail: [publikationen@
bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)
Bestellung über das Gebärdentelefon:
[gebaerdentelefon@sip.
bundesregierung.de](mailto:gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de)
Online-Bestellung:
www.bundesregierung.de/infomaterial

Weitere Publikationen der Bundesre-
gierung zum Herunterladen und zum
Bestellen finden Sie ebenfalls unter:
www.bundesregierung.de/infomaterial

Diese Publikation wird von der
Bundesregierung im Rahmen ihrer
Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben.
Die Publikation wird kostenlos ab-
gegeben und ist nicht zum Verkauf
bestimmt. Sie darf weder von Parteien
noch von Wahlwerbenden oder Wahl-
helfern während eines Wahlkampfes
zum Zwecke der Wahlwerbung ver-
wendet werden. Dies gilt für Bundes-
tags-, Landtags- und Kommunal-
wahlen sowie für Wahlen zum
Europäischen Parlament.



www.kulturstaatsministerin.de